

# RUNDBRIEF DEZEMBER 2023

THEMENKOORDINATIONSGRUPPE  
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# VORWORT

Liebe Rundbrief-Leser\*innen,

„Land ist alles für uns. Unsere Kultur, unsere Identität, unsere Lebensgrundlage. Wir haben alles verloren“ sagte eine 69-jährige Massai-Frau aus Ololosokwan, Distrikt Loliondo, Tansania. Diese Aussage macht auf bedrückende Weise deutlich, welche verheerenden Auswirkungen die Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen für die Massai in Tansania, aber auch für die Ogiek in Kenia haben. In ähnlicher Weise bringt es die kanadische Landverteidigerin und weibliches Oberhaupt der traditionellen Wet'suwet'en Nation, Freda Huson, auf den Punkt: „Wenn sie unser Land zerstören, zerstören sie uns.“ Hintergrund ist hier der jahrelange Kampf der First Nation gegen den Gaspipelinebau auf ihrem angestammten Land.

Landraub, Vertreibungen, die Zerstörung von Lebensräumen durch die Abholzung wertvoller Regenwälder sowie die Militarisierung von indigenem Land finden im Namen des Naturschutzes durch Bildung von Schutzgebieten oder aus wirtschaftlichen Interessen weltweit zunehmend statt. Wie die Beiträge zu Mexiko, Peru, Kolumbien, Kanada und Indien zeigen, wird nach wie vor ihr Recht auf Zustimmung zu Infrastruktur- und Tourismusprojekten oder zum Abbau von Bodenschätzen auf ihrem Land massiv verletzt. Oft werden indigene Völker beim Einsatz für ihre Rechte bedroht, schikaniert, verletzt, unrechtmäßig verhaftet, kriminalisiert oder sind Übergriffen mit Todesfolge ausgesetzt.

Ermutigend ist demgegenüber eine Zunahme an Initiativen und indigenen Bewegungen, die sich im Kampf für ihre Rechte und zum Schutz der Natur immer häufiger und deutlicher Gehör verschaffen, wie z.B. die *Kinshasa-Deklaration*, das Statement zum *Three Basins Summit* oder die massiven Proteste gegen die Stichtagregelung in Brasilien zeigen. In Ecuador stimmte die Bevölkerung bei einem Referendum gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, was für die indigenen Völker im Kampf gegen den Klimawandel ein großer Erfolg ist.

Weitere Beiträge befassen sich mit der längst überfälligen Begnadigung von Leonard Peltier, der Rolle indigener Journalist\*innen in Kolumbien, dem partiellen Veto des brasilianischen Präsidenten zum Schutz indigener Landrechte, den Menschenrechtsverletzungen gegenüber jungen Māori im neuseeländischen Rechtssystem und der Ablehnung des *The Voice* Referendums in Australien.

Des Weiteren finden Sie im Rundbrief auch wieder Online-Aktionen, an denen sie sich beteiligen können. Weitere Informationsquellen bieten die Urgent Actions.

Außerdem freuen wir uns, Ihnen interessante Bücher- und Filmtipps vorstellen zu können.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine spannende Lektüre sowie eine friedliche Weihnachtszeit und einen guten Übergang in das neue Jahr 2024!

Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

# INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
Internationaler Tag der indigenen Völker	4
The Impact of Militarizaion of Indigenous Peoples	7
Three Basins Summit	11
Nord- und Südamerika	13
Kanada	15
USA	29
Mexiko	30
Guatemala	32
In eigener Sache	34
Kolumbien	35
AI-Broschüre zu Indigenen	40
Ecuador	41
Peru	43
Brasilien	48
Kongobecken	51
Tansania	55
Kenia	61
Indien	64
Bangladesch	66
Australien	67
Neuseeland	72
Buchtipps	74
Film-Festival-Tipps	78

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker  
Marianne Kersten · marianne.kersten@amnesty-indigene.de  
Rosemarie Hofstetter · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.  
[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de); [www.amnesty-indigene.de](http://www.amnesty-indigene.de)

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX  
Gruppe 2915

# INTERNATIONALER TAG DER INDIGENEN VÖLKER

## ... UND ENERGIEWENDE IN DEUTSCHLAND – WAS HABEN SIE MITEINANDER ZU TUN?

Am 9. August 1983 – vor 41 Jahren – hatten Indigene den Zugang zur UNO in Genf erreicht, die Arbeitsgruppe zu Indigenen Völkern (UN Working Group on Indigenous Peoples) nahm ihre Arbeit auf.

### DIE SITUATION INDIGENER VÖLKER HEUTE

Die Lage indigener Völker bleibt weltweit prekär.

Francisco Calí, UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, stellte fest, „er könne nicht berichten, dass die Bedrohungen für die Menschenrechte indigener Völker weniger ernst geworden seien als ... im Jahr 2022. Die Entwicklung von Megaprojekten in indigenen Gebieten, einschließlich Naturschutzvorhaben und Projekten der ‚grünen Wirtschaft‘ ohne Zustimmung der indigenen Völker, hat zu Vertreibung, Enteignung, Gewalt und systematischer Diskriminierung dieser Völker geführt.“<sup>1</sup>

„Mr. Cali ... betonte, dass die indigenen Völker der Welt keine ‚stakeholder‘, sondern ‚rightholder‘, Inhaber von Rechten, sind, die kollektive Rechte wie das Selbstbestimmungsrecht in Bezug auf ihr Land und ihre Ressourcen genießen.“<sup>2</sup>

Die Menschenrechtsorganisation Global Witness dokumentierte im September 2022<sup>3</sup> die Ermordung von 200 indigenen Menschen, die versucht hatten, ihr Land, ihre Lebensgrundlagen und ihre Rechte zu verteidigen. Im Zusammenhang mit dem Statement des UN-Sonderberichterstatters, Francisco Cali, ist für 2022 und 2023 kaum besseres zu erwarten.

Eine im Juni 2023 veröffentlichte Studie<sup>4</sup> zeigt, dass Indigene rd. 6.2 % der Weltbevölkerung ausmachen, dass sie jedoch von mindestens 34 % der dokumentierten Umweltkonflikte im Zusammenhang mit extraktiven und industriellen Entwicklungsprojekten betroffen werden – also mehr als fünfmal so oft.

---

<sup>1</sup> <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10246906/>

<sup>2</sup> <https://press.un.org/en/2023/hr5477.doc.htm>

<sup>3</sup> [https://www.globalwitness.org/documents/20425/Decade\\_of\\_defiance\\_EN\\_-\\_September\\_2022.pdf](https://www.globalwitness.org/documents/20425/Decade_of_defiance_EN_-_September_2022.pdf)

<sup>4</sup> Scheidel, A., et. al., Global impacts of extractive and industrial development projects on Indigenous Peoples' lifeways, lands, and rights, <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10246906/>

## WAS HAT DAS MIT DEUTSCHLAND ZU TUN?

In Deutschland nimmt die Energiewende unter der Ampel-Koalition Fahrt auf; allerdings werden für Photovoltaik- und Windkraftanlagen Rohstoffe benötigt, von denen viele aus dem Ausland importiert werden müssen – und dort hässliche Spuren hinterlassen.

### Beispiel Lithium

In der Dreiecks-Grenzregion Argentinien – Bolivien – Chile liegen rd. 85 % der bekannten Lithium-Vorkommen der Welt. Lithium wird nicht nur für die Energiewende benötigt, sondern schon lange für Handys, PCs und anderes.

Der Bedarf im Rahmen der Energiewende wird allerdings die Nachfrage nach Lithium wesentlich in die Höhe treiben – und damit den Druck auf die indigenen Gemeinschaften, die in den Abbauregionen leben, erhöhen: Hoher Wasserverbrauch<sup>5</sup> und Lizenzgebühren, von denen die Menschen vor Ort kaum bzw. nicht profitieren, gehen damit einher.

Dass die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) der Indigenen vor Ort nicht eingeholt wurde, zeigt ein Gerichtsverfahren in Chile 2022<sup>6</sup>: Eine Zusage für ein Lithium-Projekt in der Region Atacama wurde zurückgezogen und ein Konsultationsverfahren der betroffenen indigenen Gemeinden angeordnet. Es hatte eines Gerichtsprozesses bedurft, um das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) der Betroffenen durchzusetzen.

### Beispiel Wasserstoff

Da die durch Erneuerbare gewonnene Energie für Deutschland nicht ausreichen wird, um den bisherigen Energieverbrauch zu decken, soll – gemäß der Deutschen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung – die Lücke durch importierten Wasserstoff, u. a. aus Brasilien, aber auch aus Namibia, gedeckt werden. Vonseiten der Regierung wird zwar versichert, dass man keinen ‚grünen Kolonialismus‘ betreiben wolle. Verbindliche Zusicherungen und die Orientierung an UN-Menschenrechtenormen wie der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker oder die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz indigener und in Stämmen lebender Völker fehlen jedoch.

### Beispiel LNG

Nicht nur Südamerika ist betroffen, auch in Kanada gibt es Widerstand gegen einen geplanten LNG-Verladehafen an der Ostküste – für den Transport von LNG nach Deutschland<sup>7</sup>: „Das Goldboro LNG-Terminal wird ohne die vorherige, freie und informierte Zustimmung der Mi'kmaq Nation verhandelt.“ Ein großes Camp für 5.000 (männliche) Arbeiter ist geplant. Frauen fürchten die Begleiterscheinung solcher Camps: Vergewaltigungen und Verschwindenlassen von – indigenen – Mädchen und Frauen, das in Kanada bereits erhebliche Ausmaße angenommen hat<sup>8, 9</sup>. Darüber hinaus ist die Herstellung von LNG aus Erdgas keineswegs ‚grün‘.

---

<sup>5</sup> Siehe auch: Salar de Maricunga: Wasser ist viel wertvoller als Lithium, 03.07.2023, <https://latina-press.com/news/313957-salar-de-maricunga-wasser-ist-viel-wertvoller-als-lithium/>

<sup>6</sup> Oberstes Gericht in Chile: Indigene Gemeinden müssen zu Lithiumprojekt befragt werden, 11.04.2022, <https://amerika21.de/2022/04/257535/chile-konsultation-indigene-lithium>

<sup>7</sup> Mi'kmaq opposition to the Goldboro LNG project is growing, 30.05.2021, [www.halifaxexaminer.ca/environment/mikmaq-opposition-to-the-goldboro-lng-project-is-growing/](http://www.halifaxexaminer.ca/environment/mikmaq-opposition-to-the-goldboro-lng-project-is-growing/)  
Indigene und Flüssiggas: LNG aus Kanada ist nicht grün. Bundeskanzler Scholz will Flüssiggas in Kanada einkaufen. Für die indigene Bevölkerung hat die Förderung katastrophale Auswirkungen, 25.07.2022, <https://taz.de/Indigene-und-Fluessiggas/!5867062/>

<sup>8</sup> 'Breeding grounds for predators': MPs probe links between resource extraction, MMIWG, 28.04.2022, [www.aptnnews.ca/national-news/breeding-grounds-for-predators-mps-probe-links-between-resource-extraction-mmiwg/](http://www.aptnnews.ca/national-news/breeding-grounds-for-predators-mps-probe-links-between-resource-extraction-mmiwg/)

<sup>9</sup> Natural gas for Europe can't come at a cost to Indigenous Rights and safety in Nova Scotia, <https://thenarwhal.ca/opinion-goldboro-lng/>

Die Energiewende kann zu einer weiteren Bedrohung für indigene Völker und Menschen im ‚Globalen Süden‘ werden. Die vagen Aussagen von Politiker\*innen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rechte indigener Völker, entsprechend der ILO-Konvention 169 und der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker, kaum Beachtung finden. Keine der beiden Rechtsquellen wird als eine der Grundlage für die ‚Partnerschaft‘ mit anderen Staaten benannt, Maßnahmen zu deren Umsetzung fehlen bislang.

Die Bundesregierung muss im Rahmen der Energiewende die ILO-Konvention 169, die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und das damit verbundene Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung der betroffenen Indigenen zur Grundlage ihres Handelns machen, auch bei der Energiewende.

### HINTERGRUNDINFORMATION

Am 9. August 1982 – vor 41 Jahren – hatten Indigene den Zugang zur UNO in Genf erreicht, die Arbeitsgruppe zu indigenen Völkern (UN Working Group on Indigenous Peoples) nahm ihre Arbeit auf.

Der Tag des Beginns der UN-Arbeitsgruppe wurde 1995 von der UNO zum Internationalen Tag der indigenen Völker erklärt.

Die UNO-Arbeitsgruppe schloss 2007 mit der Annahme der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker durch die UN-Vollversammlung ab.

Seither werden relevante Themen beim UN Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples (UN EMRIP) diskutiert, die jedes Jahr im Juli in Genf tagt.

Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) hatte schon früher Konventionen zum Schutz indigener und in Stämmen lebender Völker formuliert; die ILO-Konvention 169 wurde von der Bundesrepublik 2021 ratifiziert und ist seit Juni 2022 rechtsverbindlich.

Im Jahr 2011 waren vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** verabschiedet worden. Deren Umsetzung liegt u. a. in der Hand der Staaten. Es dauerte 10 Jahre, bis am Juni 2021 ein deutsches Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verabschiedet wurde, das die Achtung von Menschenrechten in globalen Lieferketten festschreibt.

Die Bundesrepublik hatte mit den Stimmen aller demokratischen Parteien im April 2021 den Beitritt zur Konvention 169 zum Schutz indigener und in Stämmen lebender Völker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, im Juni 2022 wurde die Konvention für die Bundesrepublik rechtsverbindlich.

Presseerklärung – mit freundlicher Genehmigung von  
MENSCHENRECHTE 3000 e.V., Freiburg, Deutschland, [www.menschenrechte3000.de](http://www.menschenrechte3000.de)

# THE IMPACT OF MILITARIZATION ON THE RIGHTS OF INDIGENOUS PEOPLES

## ZUSAMMENFASSUNG EINER STUDIE DES EXPERTENMECHANISMUS DER UN FÜR DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER ANHAND VON BEISPIELEN

Am 8. August 2023 veröffentlichte der Expertenmechanismus der UN für die Rechte indigener Völker gemäß der Resolution 33/25 des UN- Menschenrechtsrates eine Studie, die die Auswirkung der Militarisierung auf die Rechte indigener Völker dokumentiert.<sup>1</sup>

Unter Militarisierung wird jede Strategie und Aktivität militärischer Natur verstanden, die sich auf die Rechte indigener Völker auswirkt, einschließlich des Baus von Versorgungseinrichtungen, Infrastruktur, Stützpunkten oder anderen Maßnahmen mit dem Ziel, die Kontrolle über indigenes Land und Territorium zu erreichen. Begründet wird die Militarisierung mit nationalen Sicherheitsinteressen, Aufstandsbekämpfung, notwendigen Grenzkontrollen, dem Zugang zu natürlichen Ressourcen, dem Naturschutz, Entwicklungsprojekten oder dem Schutz der Interessen internationaler Konzerne.

Die Studie beleuchtet die historische Militarisierung indigener Territorien und ihre Verbindung zur Kolonialisierung sowie die lange Geschichte indigener Kämpfe für Entmilitarisierung und Entkolonialisierung. So waren Inuit-Organisationen z. B. während des Kalten Krieges besonders mit Waffentests und militärischen Abfällen auf ihrem Territorium konfrontiert.

Das Thema Entmilitarisierung wird zudem in Verbindung mit Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen und anderen internationalen Verträgen behandelt: Danach wird Entmilitarisierung von indigenem Land mit dem Recht auf Sicherheit eigenständiger Völker verankert, dem Verbot von Völkermord, dem Recht der Kontrolle über ihre Territorien und Ressourcen und dem Recht, an Entscheidungen teilzunehmen, die sie betreffen.

---

<sup>1</sup> [www.ohchr.org/en/calls-for-input/2023/call-inputs-study-impact-militarization-rights-indigenous-peoples](http://www.ohchr.org/en/calls-for-input/2023/call-inputs-study-impact-militarization-rights-indigenous-peoples)

**Die Militarisierung der Territorien, Ländereien und Ressourcen indigener Völker ist eine der größten Herausforderungen für die Verwirklichung ihrer Rechte.**

Wie die nachfolgenden Beispiele zeigen, wird das Land indigener Völker in vielen Fällen zum Schlachtfeld interner Kriege und Konflikte. Indigene Völker werden zur Zielscheibe nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen wie Paramilitärs, aber auch durch militärische Kräfte.

**MILITARISIERUNG IN KONFLIKTGEBIETEN**

Bewaffnete Konflikte führen häufig zur Vertreibung indigener Völker. So hat die Verschärfung des bewaffneten Konflikts in Myanmar zu einer Massenvertreibung geführt. Es wurde berichtet, dass im Bezirk Mutraw über 90 % der indigenen Karen-Bevölkerung vertrieben wurden, im Karenni-Staat waren es 30 % und 10 % im Chin-Staat.

Trotz eines formal beendeten Konflikts im Jahr 1997 bleiben die Chittagong Hill Tracts in Bangladesch eines der am stärksten militarisierten Gebiete der Welt. Die Militarisierung hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Rechte der Indigenen. So haben viele aufgrund der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensräume und der Zwangsumsiedlungen ihre traditionellen Lebensgrundlagen verloren.

Ähnliches gilt für den Nordosten Indiens mit der Verhängung des Armed Forces (Special Powers) Act von 1958 und in den Regionen Cordillera und Mindanao auf den Philippinen, die zu Migration und Vertreibung indigener Völker innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinaus geführt haben.

**MILITARISIERUNG MIT DER RECHTFERTIGUNG NATIONALER SICHERHEIT, AUFSTANDS--BEKÄMPFUNG UND DURCHSETZUNG VON GESETZEN ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG**

In einigen Staaten steht der Begriff "indigen" bei den Sicherheitskräften und der Polizei als Synonym für separatistische Bewegungen. Auf den Philippinen gibt es die Tendenz, indigene Gebiete als "rote Gebiete" zu bezeichnen, um so die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung zu rechtfertigen.

Aus Bangladesch wurde berichtet, dass die Regierung in ähnlicher Weise versucht, indigene Völker als Sezessionist\*innen darzustellen, um die Militarisierung zu begründen.

In Peru, Chile und den Philippinen wurden Indigenen, die für ihre Landrechte demonstrierten, terroristische Straftaten vorgeworfen.

**MILITARISIERUNG IN VERBINDUNG MIT WIRTSCHAFTS- UND INFRASTRUKTURPROJEKTEN**

Im Jahr 2017 gingen in Standing Rock in den USA die private Sicherheitsfirma TigerSwan gemeinsam mit paramilitärischen Kräften, dem Militär und der örtlichen Polizei gegen Indigene vor, die gegen die Dakota Access Pipeline protestierten.

In Mexico wurde das Militär beim Bau großer ziviler und öffentlicher Bauvorhaben in indigenen Gebieten, wie dem Bau der Maya-Bahn und der Eisenbahnlinie am Isthmus von Tehuantepec, eingesetzt.

In Kanada führte im Januar 2019 eine einstweilige Verfügung, erwirkt durch ein Pipeline-Unternehmen, zur Auflösung eines Protestcamps der Wet'suwet'en im Nordwesten von British Columbia und zu Massenverhaftungen. Es wurde berichtet, dass die Polizei bereit gewesen sei, exzessive und sogar tödliche Gewalt anzuwenden.

## **MILITARISIERUNG UND LANDRAUB**

In Süd- und Südostasien haben Staaten wie Bangladesch, Indien, Myanmar, Nepal, die Philippinen und Thailand Berichten zufolge Sicherheitskräfte eingesetzt, um indigene Völker zu kontrollieren. Das hat zu Enteignungen und Zwangsvertreibungen von indigenen Völkern beigetragen.

In Kolumbien wurde die indigene Bevölkerung mit Hilfe des Militärs und paramilitärischer Kräfte von ihrem Land vertrieben, um dort neben Öl-, Kohle- und Bergbauprojekten auch Projekte zur Gewinnung erneuerbarer Energien aufzubauen.

Einige indigene Völker sind von erzwungenen Bevölkerungstransferprogrammen betroffen. Von Bangladesch wurde berichtet, dass zwischen 1979 bis 1985 mehr als 400.000 bengalische Muslime auf dem Land der Indigenen in den Chittagong Hill Tracts angesiedelt wurden.

In ähnlicher Weise soll Indonesien zwischen den 1970er und den frühen 2000er-Jahren eine Auswanderungspolitik betrieben haben, die zum Rückgang der indigenen Papua-Bevölkerung in West Papua führte. Bis 2007 waren 70 % der Bevölkerung aus anderen Gebieten zugewandert. In den Jahren von 2018 bis 2022 wurden große Militäreinheiten und paramilitärische Polizeieinheiten nach West Papua verlegt, die zu Massenvertreibungen von Zivilist\*innen geführt haben.

## **MILITARISIERUNG IM RAHMEN VON NATURSCHUTZ UND AUSWEITUNG VON SCHUTZGEBIETEN**

Der Expertenmechanismus der UN hat Informationen über den erheblichen Anstieg der Militarisierung im Hinblick auf den Naturschutz und die Ausweitung von Schutzgebieten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und Bewältigung des Klimawandels. Indigene Territorien könnten zunehmend militarisiert werden, um das Übereinkommen umzusetzen, nachdem bis 2030 30 % der Erde geschützt werden sollen. Lokale Ranger patrouillieren in den Schutzgebieten und in indigenen Gebieten. Die Militarisierung für den Naturschutz wurde in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, Guatemala, Indien und Südafrika dokumentiert. Parkwächter und Ranger erhalten eine militärähnliche Ausbildung, die Mittel für die Bewaffnung der Parkwächter wurden aufgestockt.

Im Distrikt Loliondo (Tansania), dem Land der Massai, wird paramilitärischen Gruppen im Zusammenhang mit der Umwandlung ihres angestammten Territoriums in das Pololeti Wildreservat Einschüchterung, Belästigung, Gewalt, Vergewaltigung, Zwangsräumung, die Verweigerung medizinischer Versorgung, Zerstörung von Eigentum, Verschwindenlassen und willkürliche Verhaftung vorgeworfen.

## **MILITARISIERUNG, UMWELTVERSCHMUTZUNG UND KLIMAWANDEL**

In der Arktis sehen sich indigene Völker Bedrohungen durch das Auftauen des Permafrosts ausgesetzt, der Schichten von Giftstoffen darunter einschließt. Tonnen von Giftmüll in Camp Century, einschließlich polychlorierter Biphenyle und radioaktiven Materials, die unter dem nordwestlichen Grönland liegen, könnten aufgrund des Klimawandels und des tauenden Eises freigesetzt werden. Gleichermäßen besorgniserregend sind die Unfälle, Lecks und Entsorgungen von gefährlichen Abfällen an militärischen Standorten, die zu einer Kontamination mit Per- und Polyfluoralkyl-Substanzen auf amerikanischen und japanischen Militärbasen auf den Ryukyu-Inseln in Japan geführt haben.

Die jahrzehntelange Abfallentsorgung auf oder in der Nähe von indigenem Land hat Auswirkungen auf zusammenhängende Wasserwege und ihre Nahrungsquellen.

### **MILITARISIERUNG DURCH MILITÄRÜBUNGEN UND MILITÄRSTÜTZPUNKTE**

Norwegen ermöglicht regelmäßig groß angelegte Militärübungen mit Streitkräften der NATO im südlichen Teil des Siedlungsgebiets der Sami. Ein kürzlich unterzeichnetes Abkommen zwischen Finnland,

Norwegen und Schweden soll zu einer verstärkten Militärpräsenz in der samischen Region geführt haben. Es wurde auch berichtet, dass es bei der Landnutzung zu Konflikten zwischen den Streitkräften und Anwälten der Sami gekommen sei.

Staaten nutzen indigenes Land für Militärbasen, -übungen und militärische Tests. So wurde in Australien das traditionelle Land von sechs Aboriginal-Gemeinschaften ohne ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung für militärische Tests zur experimentellen Raumfahrt und Militärtechnologie genutzt.

Aus Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Kenia, Mali, Marokko, Niger, Senegal, Tunesien und Uganda gibt es Berichte, dass nationale und internationale Streitkräfte ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung Stützpunkte und Lager einrichteten und militärische Übungen auf ihrem Land durchführten.

### **MILITARISIERUNG UND WILLKÜRLICHE TÖTUNGEN**

In den Bergbaugebieten Indiens, insbesondere in Nagaland, bleiben willkürliche Tötungen ungestraft. Aus Manipur wurde berichtet, dass Massaker als eine Form kollektiver Bestrafung für angebliche Angriffe von Aufständischen begangen wurden.

In Myanmar kam es zu Gewalt einschließlich sexueller Gewalt gegenüber der indigenen Bevölkerung sowie willkürliche Tötungen.

Auf den Philippinen gibt es Vorwürfe gegen das Militär wegen willkürlicher Tötungen, Folter, Entführungen und Verschwindenlassen bekannter indigener Aktivist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen sowie wegen illegaler Überwachung, Durchsuchung und Inhaftierungen von Aktivist\*innen.

### **MILITARISIERUNG, MENSCHENHANDEL UND SEXUELLE GEWALT**

Konflikte um indigenes Land haben zu sexuellen Übergriffen, Gruppenvergewaltigungen, sexueller Versklavung und Tötung von indigenen Frauen und Mädchen in Indien, Kenia, Myanmar, Nepal, den Philippinen, Thailand und Timor-Leste geführt. In Panama fürchten indigene Frauen sexuelle Übergriffe durch Militärangehörige, die in ihrem Gebiet den Drogenhandel aus dem benachbarten Kolumbien verhindern sollen.

Weltweit sind indigene Frauen und Mädchen, die ihre Familien und Gemeinschaften verlassen, um schwierigen sozioökonomischen Bedingungen oder bewaffneten Konflikten zu entfliehen, besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden einschließlich schwerer wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung und sexueller Gewalt. In Nepal machen indigene Frauen und Mädchen angeblich fast 80 % der Opfer des Menschenhandels aus.

**Der Expertenmechanismus der UN für die Rechte indigener Völker fordert erneut, dass Staaten in ihre Verfassungs- und Rechtssysteme Normen und Prinzipien aufnehmen, damit die Territorien der indigenen Völker frei von Militarisierung und somit Zonen des Friedens sind. Bei sämtlichen Projekten auf indigenen Gebieten und Territorien müssen Konsultationsprozesse mit den dort lebenden Indigenen garantiert werden.**

Die Studie wurde in verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Den Link zur Auswahl einer Version finden Sie hier:

[www.ohchr.org/en/calls-for-input/2023/call-inputs-study-impact-militarization-rights-indigenous-peoples](http://www.ohchr.org/en/calls-for-input/2023/call-inputs-study-impact-militarization-rights-indigenous-peoples)

Unautorisierte Übersetzung und Zusammenfassung von Ruth Oelgeklaus  
Kogruppe Bangladesch

# THREE BASINS SUMMIT

## INDIGENE VÖLKER DER DREI GROSSEN REGENWALDREGIONEN<sup>1</sup> AMAZONAS, KONGO UND SÜDOSTASIEN KÄMPFEN FÜR DEREN ERHALT UND IHRE RECHTE

Vom 26.–28. Oktober 2023 trafen sich in Brazzaville (DR Kongo) Staatsoberhäupter, offizielle Delegationen, Regierungsvertreter\*innen, internationale Institutionen, Finanzierungsorganisationen und Expert\*innen im Rahmen eines dreitägigen Gipfels mit dem Ziel, die drei großen Regenwaldregionen im **Amazonas**, dem **Kongo** und in **Südostasien** zu erhalten und wiederherzustellen. Neue Untersuchungen in diesen drei Gebieten zeigen allerdings, dass viele Länder Pläne vorantreiben, die genau das Gegenteil bewirken.<sup>2</sup> So umfassen z. B. die Öl- und Gasblöcke in Südostasien, die für die Produktion oder Exploration vorgesehen sind, mehr als 34,8 Millionen Hektar bzw. fast 20 % intakter Tropenwälder. In Indonesien befinden sich mehr als 99.000 Siedlungen innerhalb von Öl- und Gasblöcken. Dort leben überwiegend indigene und vom Wald abhängige Gemeinschaften.<sup>3</sup>

Bereits am Vorabend des Gipfeltreffens verabschiedeten 60 Indigenen-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen eine gemeinsame Erklärung.<sup>4</sup> Darin werfen sie den Staatsoberhäuptern und der *Three Basins Summit*-Initiative eine mangelnde Berücksichtigung der Rechte indigener und bäuerlicher Gemeinschaften sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen vor und die zunehmende Bedrohung der Tropenwälder durch die Rohstoffindustrie zu ignorieren.

Sie weisen darauf hin, dass indigene Völker und Umweltschützer\*innen in immer größerer Zahl verfolgt und getötet werden, weil sie die Waldgebiete verteidigen, zu deren Schutz der Gipfel aufruft. Häufig nutzen die Täter\*innen ihre Macht und ihren Einfluss auf die Behörden, um Leben und Wälder zu zerstören und ungestraft zu handeln.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Auf die drei großen Regenwaldregionen (Amazonas, Kongo und Südostasien), um die es beim *Three Basins Summit* ging, entfällt die überwiegende Mehrheit der intakten Tropenwälder weltweit und mehr als die Hälfte der globalen Artenvielfalt. Sie bieten über einer Milliarde Menschen eine Lebensgrundlage und sind heilige Orte für viele indigene Völker und vom Wald abhängige Gemeinschaften, die seit Generationen über diese Ressourcen wachen. <https://www.rainforestfoundationuk.org/the-three-basin-summit-falls-short-of-bold-actions-in-fight-against-tropical-deforestation/>

<sup>2</sup> Three Basins Threat Report: Fossil Fuel, Mining, and Industrial Expansion Threat to Forests and communities, October 2023, <https://www.earth-insight.org/wp-content/uploads/2023/10/Three-Basins-Threat-Report-Executive-Summary-Earth-Insight-2023.pdf>

<sup>3</sup> Three Basins Summit Statement: [https://www.rainforestfoundationuk.org/wp-content/uploads/2023/10/Three-Basins-Summit-Statement\\_EN.pdf](https://www.rainforestfoundationuk.org/wp-content/uploads/2023/10/Three-Basins-Summit-Statement_EN.pdf)

<sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> ebd.

Außerdem äußern sie sich besorgt, dass die „*Three Basins Summit*“-Initiative mehr mit den Kohlenstoffmärkten beschäftigt zu sein scheint als mit den Menschenrechten indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und fordern u. a.

- eine gerechte Energiewende und nachhaltige Wirtschaft,
- den Schutz der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften,
- die vollständige und wirksame Beteiligung bei Entscheidungsfindungen zu Projekten, die in diesen Gebieten geplant sind – einschließlich des Rechts indigener Völker auf die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ und des Schutzes derjenigen, die freiwillig isoliert leben,
- die Anerkennung der Gebiete, in denen Waldgemeinschaften leben, als Voraussetzung für einen wirksameren Schutz der Wälder,
- den Stopp der Zerstörung aller natürlichen Ökosysteme durch groß angelegte Landwirtschaft, Bergbau, Rohstoffgewinnung und andere Industrien,
- die Beschleunigung einer kohlenstoffarmen Entwicklung in den Tropenwäldern,
- die Stärkung und den Schutz der indigenen Völker und anderer Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\*innen vor Ort,
- die Verabschiedung von zeitlich begrenzten und messbaren Zielen, Transparenz und eine Rechenschaftspflicht.

Darüber hinaus fordern sie die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Regierungen des globalen Nordens auf, den Verbrauch von wald- und klimazerstörenden Rohstoffen zu reduzieren und eine neue Finanzierungsarchitektur für die Wälder voranzutreiben, u. a. durch eine globale Kohlenstoffabgabe, Subventionsumlenkung, gerechte Zahlungen für Ökosystemleistungen und einen Schuldenerlass.<sup>6</sup>

Zum Abschluss des *Three Basins Summit* am 28. Oktober 2023 gelobten die Staats- und Regierungschefs, die Zusammenarbeit zum Schutz der großen Regenwaldgebiete der Welt zu verstärken, konnten jedoch keine konkreten Ergebnisse zum Schutz der Tropenwälder und der drohenden Gefahren durch industrielle Expansion erzielen.<sup>7</sup>

Die Abschlusserklärung<sup>8</sup> beschreibt vor allem einen Fahrplan für eine verstärkte technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem globalen Süden, einschließlich Verwaltung und Solidarität zwischen den Ländern der drei Regenwaldregionen im Kampf gegen die Entwaldung. Allerdings fehlt darin jegliche Verpflichtung, gegen die wachsende Rohstoffindustrie und andere Ursachen der Entwaldung vorzugehen. Auch enthält die Erklärung keinen Hinweis auf die umstrittenen Märkte für Kohlenstoff und die biologische Vielfalt, was viele Beobachter\*innen im Vorfeld des Gipfels erwartet hatten.<sup>9</sup>

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>6</sup> ebd.

<sup>7</sup> Rainforest Foundation UK, The three Basin summit falls short of bold action against tropical deforestation, November 1, 2023, <https://www.rainforestfoundationuk.org/the-three-basin-summit-falls-short-of-bold-actions-in-fight-against-tropical-deforestation/>

<sup>8</sup> Declaration from the 2nd Summit of the three basins, Brassaville, 28. November 2023, [https://www.thethreebasinssummit.org/wp-content/uploads/2023/10/ENG-Declaration\\_2\\_SUMMIT\\_OF\\_THE\\_THREE\\_BASINS.pdf](https://www.thethreebasinssummit.org/wp-content/uploads/2023/10/ENG-Declaration_2_SUMMIT_OF_THE_THREE_BASINS.pdf)

<sup>9</sup> Rainforest Foundation UK, The three Basin summit falls short of bold action against tropical deforestation, November 1, 2023, <https://www.rainforestfoundationuk.org/the-three-basin-summit-falls-short-of-bold-actions-in-fight-against-tropical-deforestation/>

# NORD- UND SÜDAMERIKA

## SICHERES UMFELD FÜR KLIMA-AKTIVIST\*INNEN SCHAFFEN!

AMNESTY INTERNATIONAL – Pressemitteilung Aktuell – 23. November 2023

**In einem neuen Bericht dokumentiert Amnesty International sechs Fälle, in denen Menschenrechtler\*innen in Nord- und Südamerika sich für Umwelt- und Klimaschutz stark machen. Dabei setzen sie sich erheblichen Gefahren aus, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Interessen berührt sind.**

Menschen aus afroamerikanischen, indigenen oder ländlichen Gemeinschaften sind häufig als erstes und besonders intensiv von Umweltzerstörung und Klimawandel betroffen. Viele engagieren sich, um sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt und Lebensgrundlagen zu wehren. Dennoch erfahren sie weder ausreichend Anerkennung noch werden sie angemessen an Entscheidungen über Umwelt- und Klimathemen beteiligt. Die Ursachen hierfür liegen u. a. in der Kolonialgeschichte der Region, im Rassismus und der vorherrschenden sozialen Ungleichheit. Zu diesem Schluss kommt Amnesty International in einem neuen Bericht im Vorfeld des Klimagipfels COP28.

Der Amnesty-Bericht mit dem Titel "No Future without courage - Human rights defenders in the America speaking up on the climate crisis" stellt sechs Fälle vor, in denen sich Personen bzw. Organisationen in Argentinien, Brasilien, Kanada, Kolumbien und Ecuador trotz erheblicher Gefahren für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen.

Maja Liebing, Amerikas-Referentin bei Amnesty International in Deutschland, sagt:

**„Der amerikanische Kontinent ist für Menschen, die sich für Land- und Umweltrechte stark machen, die tödlichste Region der Welt. Trotz vieler Risiken, Angriffe und Kriminalisierung kämpfen Menschenrechtler\*innen unbeirrt für Klimagerechtigkeit und für eine gesunde Umwelt für alle. Die Staaten der Region müssen den Wert dieser Arbeit endlich anerkennen und dafür sorgen, dass diese Menschen geschützt und die Verantwortlichen für die Übergriffe zur Rechenschaft gezogen werden. Während der COP28 müssen Politiker\*innen auf die Warnungen derjenigen hören, die sich seit Generationen für den Schutz des Lebens auf unserem Planeten einsetzen und ihre Forderungen unterstützen.“**

In allen sechs Fällen, die im Amnesty-Bericht aufgezeigt werden, haben sich Menschen aus betroffenen Gemeinschaften zusammengeschlossen, um kollektiv mächtigen Wirtschaftsinteressen die Stirn zu bieten und Staaten von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen abzubringen. Bei den meisten der betroffenen Bevölkerungsgruppen handelt es sich um indigene oder afroamerikanische Gemeinschaften oder um Menschen, die von der Landwirtschaft oder dem Fischfang leben.

In **Kolumbien** überwacht der Fischereiverband FEDEPESAN die Verschmutzung in den Gewässern in der Region Magdalena Medio und prangert Umweltzerstörung öffentlich an.

In **Ecuador** wehrt sich eine Gruppe von Mädchen und Jugendlichen mit rechtlichen Schritten gegen das Verbrennen von Abgasen aus der Erdölförderung – eine Praxis, die zu Kohlenstoffemissionen führt und für Anwohner\*innen sehr gesundheitsschädlich ist.

In **Kanada** stemmen sich Angehörige der indigenen Wet'suwet'en gegen den Bau einer Gaspipeline auf ihrem angestammten Land, für die sie nicht ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung gegeben haben.

Andere Gruppen und Organisationen kämpfen für den Erhalt von Kohlenstoffsinken und der biologischen Vielfalt. So zeigen afrobrasilianische Frauen in Brasilien durch den Anbau traditioneller Nutzpflanzen wie der Babassupalme, wie der Amazonas auf nachhaltige Weise erhalten werden kann.

Amnesty International appelliert an alle Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimawandel, die Arbeit der Aktivist\*innen anzuerkennen, die sich für Umweltschutz und Klimagerechtigkeit stark machen. Amnesty fordert die Staaten auf, ein sicheres Umfeld zu schaffen, in dem Menschenrechtler\*innen sich wirksam und ohne kriminalisiert zu werden engagieren können. Angesichts ihrer Kenntnisse ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Klimaaktivist\*innen ohne Diskriminierung an Entscheidungen, die Umwelt und Klimagerechtigkeit betreffen, beteiligt werden. Bei indigenen Gemeinschaften muss das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung gewährleistet werden. In einer kürzlich veröffentlichten Studie kam Amnesty International ebenfalls zu dem Schluss, dass die kolumbianische Regierung nur unzureichend auf Angriffe und Bedrohungen reagiert hat, denen Umweltschützer\*innen dort ausgesetzt sind.

Hier finden Sie die Pressemitteilung mit Foto sowie den Amnesty-Bericht „NO FUTURE WITHOUT COURAGE - Human right defenders in the Americas speaking up on the climate crisis“:

<https://www.amnesty.de/nordamerika-suedamerika-umweltschutz-klimaschutz-aktivist-innen-angriffe-drohungen>

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2023-11/Amnesty-Bericht-Nordamerika-Suedamerika-Umweltschutz-Klimaschutz-Aktivist-innen-Angriffe-Drohungen-November-2023.pdf>

# KANADA

## SOLIDARITÄT MIT DEN LANDVERTEIDIGER\*INNEN DER WET'SUWET'EN!

„WENN SIE UNSER LAND ZERSTÖREN, ZERSTÖREN SIE UNS.“<sup>1</sup>

Der am 11. Dezember 2023 von Amnesty International veröffentlichte Bericht *'Removed from our land for defending it': Criminalization, Intimidation and Harassment of Wet'suwet'en Land Defenders*<sup>2</sup> dokumentiert die anhaltende Kampagne der Einschüchterung, rechtswidrigen Überwachung, Belästigung, Gewalt und rassistischen Diskriminierung gegenüber den indigenen Land- und Wasserverteidiger\*innen, der traditionellen Wet'suwet'en Nation in der kanadischen Provinz British Columbia (BC). In der Studie werden Menschenrechtsverletzungen untersucht, die vonseiten der kanadischen Provinz- und Bundesbehörden, der kanadischen Polizei (Royal Canadian Mounted Police RCMP) und der Forsythe Security (einer privaten Sicherheitsfirma von Coastal GasLink Pipeline Ltd.) im Zusammenhang mit dem Bau einer Flüssiggaspipeline begangen wurden.

Der Bericht stützt sich u. a. auf Zeugenaussagen zu vier groß angelegten, gewalttätigen Razzien der kanadischen Polizei (RCMP) auf dem angestammten Territorium der Wet'suwet'en und kommt zu dem Schluss, dass die indigenen Landverteidiger\*innen und ihre Unterstützer\*innen, die ihr Land und ihre Rechte friedlich verteidigten, unrechtmäßig verhaftet und angeklagt wurden.

In den abschließenden Empfehlungen des Berichts fordert Amnesty International u. a.

- die Regierungen von British Columbia und des Bundes auf, die Anklagen gegen die Landverteidiger\*innen und ihre Unterstützer\*innen wegen Missachtung einer einstweiligen Verfügung unverzüglich fallenzulassen.
- von der kanadischen Polizei, ihrer Sondereinheit C-IRG<sup>3</sup> und der Forsythe Security, die Belästigung, Einschüchterung und rechtswidrige Überwachung von Landverteidiger\*innen sofort einzustellen und sich aus dem Gebiet der Wet'suwet'en zurückzuziehen.
- die beiden Regierungen sowie CGL Pipeline Ltd. und TC Energy Corporation<sup>4</sup> auf, den Bau und die Nutzung der Pipeline in dem angestammten Gebiet der nach dem Erbrecht regierten Wet'suwet'en sofort einzustellen.

Die Veröffentlichung des Berichts fällt mit dem 26. Jahrestag der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Kanada im Fall Delgamuukw gegen British Columbia zusammen. Nach diesem Urteil sind die sogenannten Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en die Autoritäten ihrer Nation und ihres Landes, auf dem sie seit Urzeiten leben und das sie niemals abgetreten haben.

---

<sup>1</sup> Freda Huson ist eine landesweit bekannte Landverteidigerin, Umweltaktivistin und weibliches Oberhaupt der traditionellen Wet'suwet'en Nation und erhielt 2021 zusammen mit anderen den Alternativen Friedensnobelpreis.

<sup>2</sup> Amnesty International, "Removed from our land for defending it": Criminalization, Intimidation and Harassment of Wet'suwet'en Land Defenders, December 2023, <https://amnesty.ca/wp-content/uploads/2023/12/wetsuweten-report.pdf>

<sup>3</sup> C-IRG – Community-Industry Response Group, Sondereinheit der RCMP, die für Proteste gegen den Abbau von Rohstoffen in British Columbia zuständig ist.

<sup>4</sup> Coastal GasLink (CGL) ist eine Tochtergesellschaft der TC Energy Corporation.

**„Die Durchsetzung des Pipelinebaus ohne die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der First Nation - und die Kriminalisierung von Landverteidiger\*innen, die ihre Rechte wahrnehmen - sind keine isoliert stattfindende Ungerechtigkeit, sondern Teil der anhaltenden kolonialen Gewalt Kanadas gegenüber indigenen Völkern.“** *Ketty Nivyabandi, Generalsekretärin der kanadischen Sektion von Amnesty International.*<sup>5</sup>

#### ZUM HINTERGRUND:

Wie wir in der Vergangenheit mehrfach berichteten, wehren sich die Landverteidiger\*innen der Wet'suwet'en und ihre Unterstützer\*innen seit Jahrzehnten gegen den Bau einer Flüssiggas-Pipeline auf ihrem Land, dem sie niemals zugestimmt haben.

Nach wie vor werden sie von der kanadischen Polizei (RCMP) und der privaten Sicherheitsfirma von Coastal GasLink überwacht<sup>6</sup>, schikaniert, eingeschüchtert, bedroht und dürfen Gebiete ihres Landes nicht betreten, nur weil sie von ihrem Recht Gebrauch machen, ihr traditionelles Territorium und die Wasserwege zu verteidigen. Sie erleben rassistische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt sowie Verletzungen ihrer kulturellen und kollektiven Rechte als indigenes Volk.



© Alli McCracken/Amnesty International

---

<sup>5</sup> Amnesty International, "Amnesty report tracks years-long campaign of criminalization, unlawful surveillance against Wet'suwet'en land defenders" December 11, 2023, <https://www.amnesty.ca/press-releases/wetsuweten-report-2023/>

<sup>6</sup> Zwischen 2019 und 2023 wurden fast 37 Millionen kanadische Dollar an öffentlichen Geldern ausgegeben, um die Landrechtsverteidiger\*innen und ihre Verbündeten zu überwachen und zu kontrollieren.

Infolgedessen fühlen sich einige Mitglieder der Wet'suwet'en nicht mehr sicher, verlieren die Verbindung zu ihrem angestammten Land und damit auch zu ihren Vorfahren.

„Die Umweltzerstörung in unserem Gebiet hat enorme Auswirkungen auf unser Volk. Wir sind auf den Lachs, unsere Bäche und unseren Fluss angewiesen. Unsere Flüsse werden zerstört. Die Möglichkeit, das Wasser aus den Flüssen zu trinken, ist für uns von großer Bedeutung.“ (....) „Es trägt die Geschichte unserer Vorfahren in sich.“<sup>7</sup> *Molly Wickham, auch bekannt als Sleydo, Landverteidigerin der Gidim'ten.*<sup>8</sup>



Pipeline-Baustelle von Coastal GasLink auf Wet'suwet'en Land; ©Alli McCracken/Amnesty International

Seit Anfang 2019 hat die kanadische Polizei bei vier groß angelegten Razzien mehr als 75 Personen zu Unrecht festgenommen und inhaftiert, darunter Landverteidiger\*innen, Oberhäupter der Wet'suwet'en, Rechtsbeobachter\*innen und Medienvertreter\*innen.

---

<sup>7</sup> Amnesty International, Amnesty report tracks years-long campaign of criminalization, unlawful surveillance against Wet'suwet'en land defenders, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/12/canada-amnesty-criminalization-surveillance-wetsuweten-land-defenders/>, December 11, 2023

<sup>8</sup> Die Gidim'ten gehören zum Volk der Wet'suwet'en Nation.

Betroffene und Zeug\*innen berichteten, dass kanadische Polizei- und Sicherheitskräfte mit halbautomatischen Angriffswaffen, Hundestaffeln, Hubschraubern und Drohnen vor Ort operierten, Gebäude niederbrannten, rechtswidrige Speerzonen errichteten und zeremonielle Räume entweihten. Dabei kam es zu willkürlichen Verhaftungen und Übergriffen durch maskierte Beamte, die sich weigerten, sich auszuweisen.

Die Verhafteten wurden vor ihren Anhörungen für vier bis fünf Tage in Gewahrsam genommen. Mehrere Interviewpartner\*Innen berichteten gegenüber Amnesty International, dass die indigenen Landverteidiger\*Innen strenger behandelt wurden als nicht-indigene Inhaftierte. Unter anderem wurden sie anders als die Medienvertreter\*innen und andere Inhaftierte gefesselt.

Zur Rechtfertigung der Razzien diente eine einstweilige Verfügung von Coastal GasLink, die vom *Supreme Court of British Columbia* 2019 bewilligt worden war. Diese Verfügung enthält eine Vollstreckungsklausel, die die Polizei ermächtigt, jede Person zu verhaften, von der sie begründet oder möglicherweise annimmt, gegen die einstweilige Verfügung zu verstoßen. Amnesty International stellte fest, dass die Polizeitaktik während der Razzien in keinem Verhältnis zur Situation stand. So gibt es keine Belege, dass die Landverteidiger\*Innen Gewalt angewendet oder eine Bedrohung dargestellt hätten.

Die kanadische Bundesregierung begründete die Strafverfolgung u. a. damit, dass die Landrechtsverteidiger\*innen wiederholt die einstweilige Verfügung der Generalstaatsanwaltschaft von British Columbia bzw. ein Betretungsverbot der Baustelle, die quer durch ihr 22.000 Quadratkilometer großes Land verläuft, missachtet hätten.

Die nach dem Erbrecht regierenden Oberhäupter der Wet'suwet'en Nation machten demgegenüber geltend, dass Kanada nicht befugt sei, einem Unternehmen die Baugenehmigung für ein Projekt auf ihrem angestammten Territorium ohne ihre Zustimmung zu gewähren. Dennoch wird das Projekt fortgeführt, was nicht nur ein Verstoß gegen das 'Anuc niw'it'en (Wet'suwet'en-Gesetz) ist, sondern auch gegen Kanadas Menschenrechtsverpflichtungen und das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1997.



Unterlassungsverfügung von Coastal Gaslink<sup>9</sup>

© Alli McCracken/Amnesty International

<sup>9</sup> Kurzfassung: Wir weisen darauf hin, dass es eine Verfügung des Supreme Courts von British Columbia gibt, wonach es allen Personen, die von dieser Verfügung Kenntnis haben, untersagt ist, Mitarbeiter\*innen von Coastal GasLink oder andere Personen, die im Rahmen des Pipelineprojekts tätig sind, zu behindern, zu bedrohen, einzuschüchtern oder in irgendeiner Weise zu belästigen oder zu blockieren, sich einer Person oder einem Fahrzeug des Unternehmens während der Arbeit auf weniger als 10 m zu nähern.

Amnesty International fordert von den Bundes- und Provinzbehörden, dafür zu sorgen, dass einstweilige Verfügungen nicht dazu verwendet werden, die Menschenrechte indigener Völker einzuschränken.<sup>10</sup>

Derzeit stehen erneut mehrere Landverteidiger\*innen vor Gericht. Weitere Prozesse werden im Dezember 2023 und im Januar 2024 folgen. Sollten sie schuldig gesprochen werden, drohen ihnen möglicherweise Haftstrafen. In der Vergangenheit wurden fünf Angeklagte zu gemeinnütziger Arbeit und Geldstrafen verurteilt und sechs für nicht schuldig erklärt.

In Solidarität mit den Wet'suwet'en sagte Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika von Amnesty International:

**„Indigene Völker, die sich an friedlichen Aktionen zur Verteidigung des Landes beteiligt haben, sollten nicht kriminalisiert werden, nur weil sie ihre Rechte wahrnehmen. Wir fordern die Generalstaatsanwältin von British Columbia auf, die Anklagen gegen die Landverteidiger\*innen der Wet'suwet'en und ihre Unterstützer\*innen – wegen Missachtung einer einstweiligen Verfügung - sofort fallen zu lassen.“** (..) „Die Genehmigung für den Bau der Coastal-GasLink-Pipeline ohne die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der Wet'suwet'en Nation missachtet ihr Recht zu entscheiden, welche wirtschaftliche Entwicklung auf ihrem traditionellen Gebiet stattfindet, so wie es in verschiedenen internationalen Menschenrechtsvereinbarungen einschließlich der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker festgelegt ist.“<sup>11</sup>

In der Zeit zwischen 2022 und 2023 wandte sich Amnesty International wiederholt an kanadische Bundes- und Provinzbehörden, bat um Interviews und schickte Fragen. Während alle Behörden ein Treffen mit Amnesty International ablehnten, gingen schriftliche Antworten von Seiten der kanadischen Polizei, des Premiers von BC und der Energieregulierungsbehörde der Provinz ein. Allerdings waren sie sehr allgemein gehalten und gingen nicht auf die gestellten Fragen ein. Bei einem Treffen mit Vertreter\*innen von Coastal Gaslink im Juni 2023 äußerte Amnesty International Bedenken wegen der Übergriffe seitens der Sicherheitskräfte, erhielt aber, wie schon bei einem Briefwechsel im Jahr 2022, keine hinreichende Antwort zu den Vorfällen.

Parallel zu vielen Protestaktionen in Kanada und auf internationaler Ebene haben sich zwischen 2019 und 2023 verschiedene UN-Gremien, darunter der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker und der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) an die kanadische Regierung gewandt. In mehreren Schreiben bringen sie ihre Sorge über die anhaltende Kriminalisierung der Landverteidiger\*innen, die unangemessene Überwachung und Souveränitätsverletzung auf indigenem Land zum Ausdruck und fordern die kanadische Regierung auf, alle Genehmigungen des Pipelinebaus auszusetzen bis die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der Betroffenen eingeholt wurde, so wie es in der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) verankert ist.

2019 setzte das Parlament von British Columbia (BC) die Umsetzung der UNDRIP per Gesetz in Kraft und machte sie im März 2022 mit einem 89-Punkte-Plan verbindlich. Das Parlament der Bundesregierung in Ottawa folgte 2021 und veröffentlichte im Juni 2023 ebenfalls einen Aktionsplan.

---

<sup>10</sup> Amnesty International, "Amnesty report tracks years-long campaign of criminalization, unlawful surveillance against Wet'suwet'en land defenders", December 11, 2023, <https://www.amnesty.ca/press-releases/wetsuweten-report-2023/>

<sup>11</sup> Amnesty International, Charges must be dropped against Wet'suwet'en land defenders and their supporters, October 26, 2023 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/canada-charges-against-wetsuweten-land-defenders/>

Anlässlich der Allgemeinen Periodischen Überprüfung (UPR - Universal Periodic Review) der Menschenrechtslage in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, bei der es am 11. November 2023 um Kanada ging, war eine Delegation der kanadischen Sektion von Amnesty International zusammen mit Na'moks (Oberhaupt der traditionellen Wet'suwet'en), Jérôme Bacon Saint-Onge (Vize-Oberhaupt des Pessamit Innu Council) und Nicholas Marcus Thompson, (geschäftsführender Direktor von Black Class Action) nach Genf gereist.

Die Delegation übergab anlässlich der 44. Sitzung der UPR-Arbeitsgruppe eine Vorlage<sup>12</sup> mit bereits bekannten Empfehlungen und Kommentaren zu den Fortschritten, die Kanada seit der letzten Überprüfung im Jahr 2018 gemacht hat.

124 Staaten richteten ihre Empfehlungen an die kanadische Regierung, die sich unter anderem auf die Rechte indigener Völker, die Gewalt gegen indigene Frauen, die Rechte indigener Kinder und den systemischen Rassismus beziehen.

„Während Kanada den Würdenträger\*innen hier in Genf ein rosiges Bild zeichnet, werden Wet'suwet'en Landverteidiger\*innen zu Unrecht verfolgt, weil sie unsere Rechte, unser Territorium und die natürliche Umwelt schützen, auf die wir alle angewiesen sind, um leben zu können.“, sagte Na'moks, *Hereditary Chief der Wet'suwet'en*.<sup>13</sup>

„In seinem Bericht bekräftigt Kanada, dass seine Beziehungen zu allen kulturellen Gemeinschaften optimal sind, und dass die Rechte aller respektiert werden. Unsere Anwesenheit in Genf ist eine der konkreten Aktionen, die wir auf der internationalen Bühne durchführen, um die Wahrheit über die Realität der indigenen Völker zu sagen, in Hinblick auf die Selbstbestimmung der First Nations“, erklärte Jérôme Bacon Saint-Onge der *Pessamit Innu Nation*.

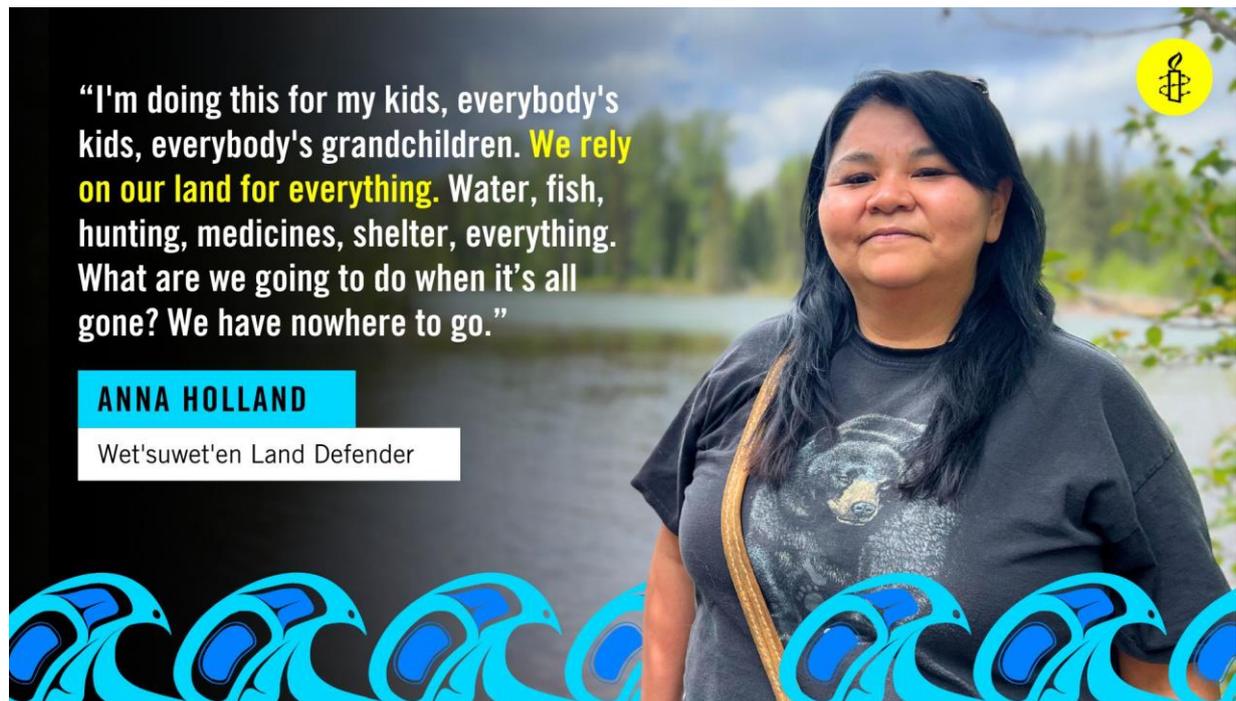
**„Wir fordern die kanadische Führung auf, ihre Versäumnisse öffentlich einzugestehen und den First Nations die Kontrolle über ihr Schicksal zu geben, auf die sie ein Recht haben.“<sup>14</sup>**

---

<sup>12</sup> Amnesty International, Canada: Human rights in peril. Amnesty International: Submission to the 44<sup>th</sup> session of the UPR working group, 10 November 2023, <https://www.amnesty.org/en/documents/amr20/6627/2023/en/>

<sup>13</sup>Amnesty International Canada: Canada extols its human rights record at United Nations while criminalizing Indigenous land defenders at home“, November 10. 2023, <https://amnesty.ca/human-rights-news/canada-united-nations-universal-periodic-review-2023/>

<sup>14</sup> ebd.



**Wir bitten Sie, sich in Solidarität mit den kriminalisierten Landverteidiger\*innen der Wet'suwet'en und ihren Unterstützer\*innen, gegenüber der Regierung von British Columbia dafür einzusetzen, dass**

- die Anklagen gegen sie fallen gelassen werden,
- der Bau der Coastal GasLink Pipeline - auch vor dem Hintergrund der Klimakrise - gestoppt wird,
- dass die kanadische Regierung bestehende Gerichtsurteile, ihre eigene nationale Gesetzgebung und die Rechte indigener Völker respektiert, einschließlich des Rechts auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“.

**Senden Sie die neue Online-Petition des internationalen Sekretariats von Amnesty International bitte an den Premier von British Columbia, David Eby, und die Generalstaatsanwältin, Niki Sharma, der gleichnamigen Provinz.**

Den Link zur Unterzeichnung der Petition finden Sie hier:

<https://www.amnesty.org/en/petition/respect-indigenous-rights-on-wetsuweten-territory/>

Eine Video-Botschaft des Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en, Na`Moks, aufgenommen im Sekretariat von Amnesty International in Vancouver, finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=JHQ75KW9XL4>

**Natürlich können Sie auch gern die Petition an die kanadische Botschaft in Berlin unterzeichnen und die Unterschriftenliste eingescannt an unsere E-Mail-Adresse [gruppensprecher@amnesty-indigene.de](mailto:gruppensprecher@amnesty-indigene.de) oder an das Sekretariat von Amnesty International in Berlin schicken.**

PETITION 2023

BOTSCHAFT VON KANADA
Frau Isabelle Poupart,
Gesandte, Geschäftsträgerin a.i.
Leipziger Platz 17
10117 Berlin

KANADA: SOLIDARITÄT MIT DEN
WET'SUWET'EN LANDVERTEIDIGER\*INNEN

Sehr geehrte Frau Poupart,

mit großer Sorge erfuhr ich von der andauernden Kriminalisierung der Wet'suwet'en Land- und Wasserverteidiger\*innen in British Columbia. Die Erlaubnis zum Bau der Coastal GasLink Pipeline ohne ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ missachtet ihr Recht auf Selbstbestimmung und zu entscheiden, welche wirtschaftliche Entwicklung auf ihrem nie abgetretenen Territorium stattfindet.

Wie Sie sicher wissen, hat die kanadische Polizei bei der Durchsetzung einer von der Pipelinegesellschaft erwirkten einstweiligen Verfügung Dutzende von Landverteidiger\*innen verhaftet. Nach wie vor werden sie auf ihrem Land überwacht, schikaniert und eingeschüchert. Nachdem im Dezember 2022 fünf Personen verurteilt wurden, haben in den letzten Monaten die Prozesse gegen neun weitere Angeklagte begonnen bzw. stehen unmittelbar bevor. Sollten sie verurteilt werden, drohen ihnen möglicherweise Haftstrafen.

Vor dem Hintergrund wiederholter Schreiben besorgter UN-Gremien, entsetzt mich das Vorgehen Ihrer Regierung, die eine „Nation to Nation“ Beziehung mit der indigenen Bevölkerung versprochen hat und 2021 die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker in Kraft setzte.

Ich bitte Sie höflichst, sich mit Ihren Kolleg\*innen bei Global Affairs Canada und dem Justizministerium in Verbindung zu setzen, um sicherzustellen, dass alle Maßnahmen ergriffen werden,

- um die Anklagen gegen die Landverteidiger\*innen fallen zu lassen und
der Bau der Pipeline solange gestoppt wird, bis die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der rechtmäßig anerkannten Oberhäupter der Wet'suwet'en Nation erfolgt ist.

Hochachtungsvoll

Table with 5 rows for signatures. Each row contains a number (1-5), a line for Name, Vorname, a line for Anschrift, and a line for Unterschrift.

Die Adressen werden nur im Sinne der Petition genutzt und nicht an Dritte weitergegeben.

Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis zum 31. Dezember 2023 per Post oder Mail an untenstehende Adresse.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e.V.
Theko Menschenrechte und indigene Völker (2915)
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 .
E: gruppensprecher@amnesty-indigene.de, W: www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX



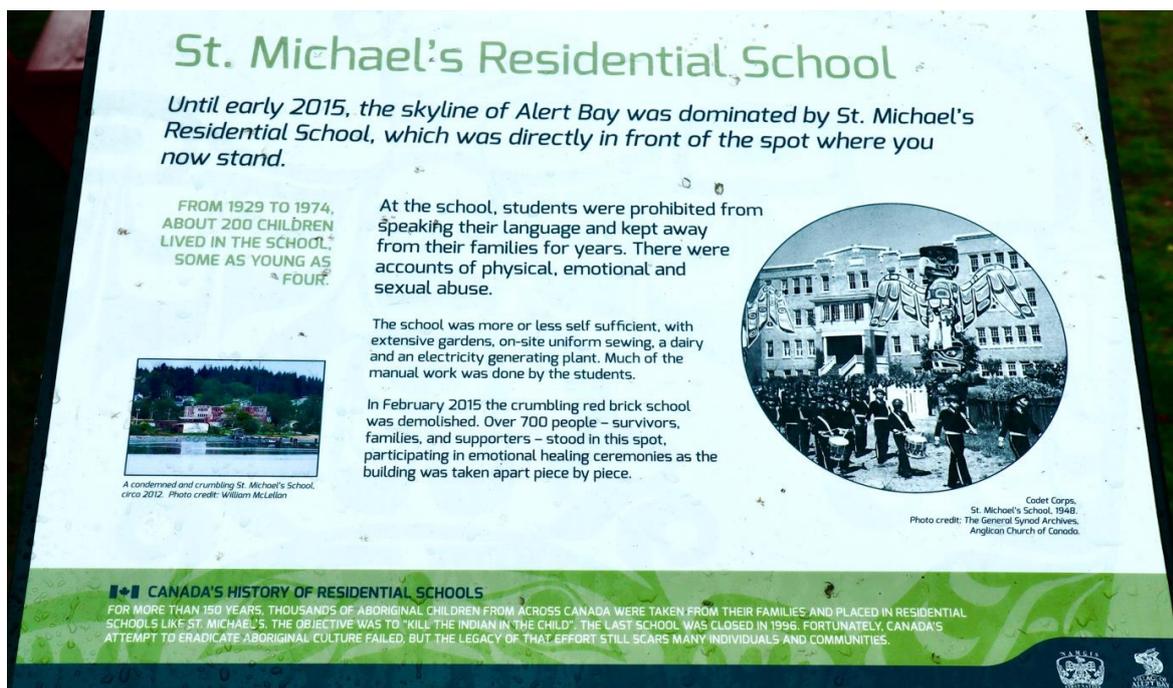
## ***I'tustolagalis: RISING UP, TOGETHER – EVERY CHILD MATTERS***



"I'tustolagalis: Rising Up, Together" – "Every child matters", © Marianne Kersten

Wenn man sich in diesen Tagen dem kleinen Ort Alert Bay auf Cormorant Island mit der Fähre nähert, entdeckt man zwischen den Bäumen eine überlebensgroße Installation in Form eines orangefarbenen T-shirts mit den Aufschriften: *I'tustolagalis*, *Awilagila xan's Sasam*, *Every Child Matters*. Seit langer Zeit leben auf dieser Insel, die vor der nordöstlichen Küste von Vancouver Island in British Columbia liegt, die `Namgis First Nation.

Mitglieder der Gemeinschaft errichteten das Mahnmal auf dem ehemaligen Gelände der St. Michael's Indian Residential School zur Ehrung und Erinnerung an die Überlebenden und gestorbenen indigenen Kinder, die in dieser Einrichtung 45 Jahre lang körperlich, physisch und sexuell missbraucht wurden. Als das Gebäude im Jahr 2015 Stück für Stück abgebaut wurde, nahmen über 700 Menschen, darunter Überlebende, Familien und Unterstützer\*innen an einer emotionalen Heilungszeremonie teil. Seitdem finden hier regelmäßig Begegnungen und Zeremonien statt.



Erinnerungstafel, © Marianne Kersten

**Zum Hintergrund:**

Die internatsähnlichen Schulen wurden im Auftrag der kanadischen Regierung von kirchlichen Institutionen geleitet und dienten bis 1996 der Umerziehung indigener Kinder mit dem Ziel, ihre Identität, Kultur, und Sprache auszulöschen. Im Alter zwischen 6 und 16 wurden sie ihren Eltern weggenommen und in die oft weit entfernten Internate gebracht. In der Zeit zwischen 1870 und 1996 starben oder verschwanden von den dort untergebrachten 150 000 Kindern etwa 6000 in Folge von Missbrauch, Hunger, Unterversorgung, Einsamkeit oder auf dem Fluchtweg zu ihren Familien. Für die indigene Bevölkerung gab es keine Möglichkeit, sich diesem System mit seinen bis in die Gegenwart reichenden, verheerenden Auswirkungen zu entziehen.

In seinem Buch<sup>15</sup> „Namwayut“<sup>16</sup> - „We are all one“ beschreibt Oberhaupt Robert Joseph auf bewegende Weise seine traumatische Zeit in der Residential School von Alert Bay, die anschließenden schweren Jahre, die Überwindung dieses Traumas bis hin zu seinem heutigen Engagement für kollektive Veränderung, Hoffnung, Wiedergutmachung und Frieden. Als international anerkannte Persönlichkeit, hat er zahlreiche Auszeichnungen und Ehrentitel erhalten.

Parallel zu dem seit 2021 jährlich am 30. September in Kanada veranstalteten „Truth and Reconciliation Day, findet an diesem Tag auch der „Orange Shirt Day“ statt, ein von der indigenen Bevölkerung eingeführter Gedenktag. An diesem Tag tragen viele Menschen ein orangefarbenes T-shirt als Zeichen der Erinnerung und Solidarität.

<sup>15</sup> Chief Robert Joseph, „Namwayut – We are all one: A pathway to reconciliation, Page Two Books Inc, September 2022,

<sup>16</sup> In der Kwak’wala-Sprache drückt dieses Wort das tiefe Verständnis dafür aus, dass wir alle eins sind.

Das T-Shirt soll an die Geschichte der sechsjährigen Phyllis Webstad der *Stswecem'c Xgat'tem* First Nation und ehemaligen Schülerin der Saint Joseph Mission Residential School in British Columbia erinnern. Sie trug an ihrem ersten Schultag ein glänzendes, neues orangefarbenes Hemd, das ihre Großmutter für sie gekauft hatte und das ihr sofort nach ihrer Ankunft weggenommen wurde. Für die indigenen Völker Kanadas ist das T-shirt zum Symbol für den Entzug ihrer Kultur, Freiheit und ihres Selbstwertgefühls geworden, den sie über Generationen hinweg erlebt haben und unter dem sie noch heute leiden.

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

-----

Im Zusammenhang mit den beiden vorangegangenen Beiträgen möchten wir Sie auf dieses interessante, aber auch berührende und mutmachende Interview aufmerksam machen:

## **KANAHUS MANUEL: “CANADA MUST END VIOLENCE AGAINST INDIGENOUS WOMEN AND 2SLGBTQQIA+ LAND AND WATER DEFENDERS”**

*Kanahus Manuel is a land and water defender, tattoo artist and traditional birth keeper belonging to the Secwepemc and Ktunaxa Nations of the south-central interior of so-called British Columbia. Kanahus is also a member and founder of the Tiny House Warriors movement.*

*Kanahus Manuel spoke with Amnesty International Canada’s campaigner Elishma Noel Khokhar on November 29, 2023.*

***What brought you to defending the lands and waters and the rights of Indigenous, women, girls and 2SLGBTQQIA+ people?***

***I was born into it.***

This work was led by my father Arthur Manuel and before him, my grandfather Grand Chief George Manuel. This work is also being led by the women in my family – by my grandmother, my sisters, and aunties. They (are lived) experts of childhood sexual trauma and intergenerational trauma that stemmed from the Indian residential school system, the impacts of which, continue to this day. My mom was also a victim of Missing and Murdered Indigenous women, girls, and 2SLGBTQQIA+ (MMIWG2S+). When she was a teenager, she found her mother violently murdered in their own home.

At a very young age, I learnt the impacts of colonization and our realities as Indigenous women in Canada. Eventually, I learned that Indigenous women deal with the same issues around the world. My mom was raised by her great grandmother at Neskonlith. This meant that she was still raised with her language and culture and that is what kept her strong. Being rooted in our culture allowed my family members and I to be strong and become examples in our community for the younger generations as language teachers, healers, nurses and through other important roles.

***Can you share the experiences of Indigenous women, Two-Spirit and gender diverse defenders on the frontlines?***

**It is hard work and dedication to be on the frontlines.**

Most of our leadership comes from women. The people who are on the frontlines, who are fighting back against industry and its bulldozers are mostly women, grandmothers, spiritual people in their ribbon skirts. Indigenous women including myself, my aunties and my sisters are courageous because we are standing up and fighting back against a predominantly male industry. When we fight back, we face violence.

I have spoken up against Imperial Metals, a corporation that is known for the largest gold-copper mine tailings spill disaster. I experienced targeted attacks from Imperial Metals workers because they were aware that I was organizing against the mine tailing spill.

My twin sister, Mayuk Manuel was also attacked by Trans Mountain Pipeline (TMX) mining camp workers and security personnel. She is experiencing permanent physical damage because of these attacks, and we have filed a lawsuit against TMX.

As Indigenous women defenders, we are not only facing a violent industry but also thousands of transient male industry workers. When Tiny House Warriors were organizing against the Trans Mountain Pipeline man camp workers at Blue River, there were originally about 1500 men in the camp. During COVID-19, the plant and associated camp were shut down.

After COVID restrictions were lifted, the numbers reduced to roughly 550 men. That is still a big concentration of transient male industry working population. If you talk to anyone in the vicinity, they will tell you what happens when you assemble such a big concentration of male workers in one place. Instances of substance use based violence, domestic and sexual violence increase in the areas where 'man camp' workers are housed.

Violence is perpetuated not just by industry, but also by the Crown and the judicial system. These systems are not protecting Indigenous rights, human rights, or the earth. They are protecting industry by making money for the Government of Canada and bringing more investment into the country.

When there are systems that do not care about Indigenous rights and human rights, they are going to try to get rid of us. They are trying to do this by criminalizing Indigenous peoples, by using disinformation and smear campaigns when Indigenous peoples are actually upholding Indigenous and human rights.

Violence is perpetuated by all these entities. It is the whole society. This is why we are experiencing the highest rates of murdered and missing Indigenous women and girls in the country. These statistics demonstrate how we are viewed as Indigenous women to the extent that we could go missing and murdered and nothing would ever be done. We are not given the same privileges as a white Canadian woman walking down the street. A white Canadian woman could walk down the street with a yoga outfit on and nobody's going to touch her. If an Indigenous woman walks down the street with a yoga outfit, she would be assaulted. This is our reality.

***What is your message for us during the 16 Days of Activism against Gender Based Violence and beyond?***

The work that land and water defenders are doing is selfless work, it is hard work, it is 24/7 work. We need relief, support, and assistance. We need researchers, lawyers, fundraisers, grant writers. We need childcare and drivers. We need financial resources, to help fight cases, to keep Indigenous people free from criminalization and prisons and to help provide for those who are on the frontlines. With a little bit of help we can advance our movements, actions, and missions tenfold.

**“Indigenous peoples, supporters, allies, and all people who care about the planet have collective intelligence. To protect the planet, Indigenous rights, human rights and our women, girls, and families, we must come together and work collectively. We cannot do it alone.”** Kanahus Manuel

***What gives you strength? What keeps you going?***

My faith, the creator, our ancient ways, our medicines, and our ancestors who continued to fight and never gave up. They fought hard for us to be here. Now it is our turn to leave something for our next generation.

We are still here. We are surviving. We will never give up fighting for our land because we are an endangered species. Our languages, food, and culture all are endangered. We fight so hard because we are fighting for our very existence. We will continue to raise our children and grandchildren and continue to fight until we have authority over our lands. Until we can eat healthy food, live in our traditional homes, speak our languages, and exercise our culture freely as self-determining Peoples.

It empowers me to think of all the Indigenous land and water defenders that are not just here in the so-called Americas, but around the world. Their strength, endurance, courage, and dedication empower me.

This is what empowers me to continue every day.

Den Link zum Blog vom 10. Dezember 2023 mit Fotos finden Sie hier:

<https://www.amnesty.ca/blog/kanahus-manuel-canada-must-end-violence-against-indigenous-women-and-2slgbtqia-land-and-water-defenders/>

# USA

AMNESTY JOURNAL – 11. SEPTEMBER 2023

## EINE BEGNADIGUNG IST ÜBERFÄLLIG

**LEONARD PELTIER** SITZT SEIT MITTLERWEILE 46 JAHREN IN DEN USA IN HAFT. WAS MIT GESTOHLENE COWBOYSTIEFELN BEGANN, BESCHÄFTIGT BIS HEUTE GERICHTE, ANWÄLTE UND MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN.

*Von Sumit Bhattacharyya*

In der Pine Ridge Reservation in South Dakota war Dick Wilson von 1972 bis 1976 Stammesvorstand. Die Bürgerrechtsbewegung American Indian Movement (AIM), die sich für die Rechte der nordamerikanischen indigenen Bevölkerung einsetzt, unterstützte Wilson anfangs. Sie überwarf sich aber mit ihm, als er eine Bürgerwehr gründete und politisch aktive Einwohner\*innen von Pine Ridge einschüchterte oder sogar ermordete. Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Bürgerwehr, dem FBI und dem AIM. Mehr als 60 Menschen kamen innerhalb von vier Jahren zu Tode.

Und mittendrin: Leonard Peltier als Mitglied der AIM. Schon früh erlebte er die ungerechte Behandlung, die die indigene Bevölkerung in den USA erfuhr. Im Alter von neun Jahren wurde er 1953 gegen seinen und den Willen seiner Familie in ein Internat gebracht. In diesen vom Bureau of Indian Affairs geführten Schulen gehörten Gewalt und die Unterdrückung der indigenen Identität zum Alltag. Nach seiner Rückkehr litt er immer wieder unter Hunger, erlebte abermals Gewalt und Ungerechtigkeit. Diese Erfahrungen trugen zu seiner Politisierung bei, und so schloss er sich dem 1968 gegründeten AIM an. Die Organisation machte mit spektakulären Aktionen auf die miserable Situation der indigenen Bevölkerung aufmerksam. Die Besetzung der Gefängnisinsel Alcatraz in der Bucht von San Francisco sorgte 1969 weltweit für Schlagzeilen.

### FBI SUCHT COWBOYSTIEFEL

Am 26. Juni 1975 stürmten zwei Mitarbeiter des FBI auf der Suche nach gestohlenen Cowboystiefeln ein AIM-Camp in der Pine Ridge Reservation. Im Camp brach Panik aus, da die Bewohner\*innen Misshandlungen befürchteten. Einige Aktivist\*innen griffen zu ihren Waffen, und es kam zu einem langen Schusswechsel, in dessen Verlauf die beiden FBI-Agenten Ronald Williams und Jack Coler sowie der Aktivist Joe Stuntz getötet wurden. Während niemals untersucht wurde, wer Joe Stuntz getötet hatte, wurde Leonard Peltier, der nach dem Schusswechsel nach Kanada geflohen war, vom FBI schnell als Täter präsentiert.

„Als ich die Akte las, wurde für mich offensichtlich, was passiert war und warum es niemals hätte passieren dürfen. Darum entschloss ich mich, Peltier kostenlos zu vertreten“, sagt der Anwalt Kevin Sharpe. Aus seiner Sicht verstieß das Verfahren gegen Peltier aus mehreren Gründen gegen die US-Verfassung. So sei eine Zeugin massiv beeinflusst worden. Hauptbelastungszeugin war Myrtle Poor Bear, die ihre Aussage später widerrief und erklärte, sie sei eingeschüchtert worden, und man habe ihr Gewalt angedroht, sollte sie Peltier nicht belasten. Tatsächlich war die Indigene, wie später bekannt wurde, zum Tatzeitpunkt gar nicht in Pine Ridge. Dennoch lieferte Kanada Peltier auf der Grundlage ihrer Falschaussage an die USA aus.

### **ENTLASTENDES GUTACHTEN VERSCHWIEGEN**

Die Tatsache, dass Myrtle Poor Bear ihre Aussage zurückzog, wurde den Geschworenen ebenso wenig bekannt gemacht wie ein entlastendes ballistisches Gutachten, das nachwies, dass die tödlichen Kugeln nicht aus Peltiers Waffe stammten. Ein Geschworener erklärte außerdem vor dem Prozess, er sei bei Indigenen voreingenommen. Trotzdem blieb er in der Jury.

Am 18. April 1977 wurde Peltier wegen Mordes zu zweimal lebenslanger Haft verurteilt. "Die Prozessbeteiligten haben ihren Schwur auf die Verfassung gebrochen", sagt Kevin Sharpe. Peltiers Fall war schon umstritten, als er noch vor Gericht stand. Neben Amnesty International forderten auch die Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela und Desmond Tutu ein faires Verfahren für ihn.

### **Seine Familie wartet auf ihn, und er möchte seine verbleibende Zeit bei seiner Familie verbringen, bei seinen Kindern, Enkel\*innen und Urenkel\*innen. Genug ist genug.**

Leonard Peltier sitzt seit mittlerweile 46 Jahren in Haft. Mehrere Berufungsverfahren und viele Gnadengesuche wurden abgelehnt, obwohl selbst eine Begnadigungskommission feststellte, die Staatsanwaltschaft habe keinen direkten Beweis für die Beteiligung an den Morden vorgelegt. „Das FBI ist gegen jede Begnadigung, und kein Präsident traut sich, gegen das FBI zu opponieren“, sagt Anwalt Kevin Sharpe. Umso wichtiger sei öffentlicher Druck: „Der Präsident ist um die öffentliche Meinung besorgt. Das Weiße Haus muss wissen, dass Menschen schockiert sind über diese unfaire Prozessführung. Je mehr die Regierung merkt, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, desto wahrscheinlicher wird eine Begnadigung.“

Die Zeit drängt, denn Peltier ist 78 Jahre alt und schwer krank. Er kann sich nur noch mithilfe eines Rollators fortbewegen, ist seit einem Schlaganfall auf einem Auge blind und hat ein Aneurysma, das sein Leben jederzeit beenden kann.

Sharpe ist überzeugt, dass auch Druck aus Deutschland wirken kann, da nur wenige Länder eine so enge Beziehung zu den USA pflegen. Briefe, Karten und Nachrichten an das Weiße Haus könnten helfen. „Peltier könnte nach Hause gehen. Seine Familie wartet auf ihn, und er möchte seine verbleibende Zeit bei seiner Familie verbringen, bei seinen Kindern, Enkel\*innen und Urenkel\*innen. Genug ist genug.“

*Sumit Bhattacharyya ist USA-Experte der deutschen Sektion von Amnesty International.*

### **HINTERGRUND – RASSISTISCHER KOLONIALISMUS**

Die Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents bedeutete für die indigene Bevölkerung von Beginn an Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und Leid. Die europäischen Kolonisator\*innen propagierten die Überlegenheit und Vorherrschaft weißer Menschen. Viele Indigene fielen diesem Rassismus zum Opfer: Sie wurden von ihrem Land vertrieben, vergewaltigt oder ermordet. Im 19. Jahrhundert zwang die US-Regierung die meist nomadisch lebenden Stämme, in streng abgegrenzten Gebieten zu leben, die deutlich kleiner und meist auch weitaus unfruchtbarer waren als das Land, auf dem sie ursprünglich lebten. So entstanden die sogenannten Reservate als Internierungslager für indigene Menschen. Sie waren nichts anderes als Gefangenenlager, niemand durfte sie ohne Erlaubnis verlassen. Doch hielten sich mehrere US-Regierungen noch nicht einmal an bestehende Verträge, sondern verkleinerten die zugewiesenen Gebiete immer weiter. Teile davon wurden an Weiße verkauft oder zur Ausbeutung von Bodenschätzen genutzt.

Die strukturelle Diskriminierung, die die indigene Bevölkerung bis heute an den Rand drängt, führt dazu, dass die Einwohner\*innen der Pine Ridge Reservation in South Dakota eine Arbeitslosenquote von 89 Prozent aufweisen. Die ganz überwiegende Mehrheit lebt in Armut und hat eine sehr geringe Lebenserwartung.

# MEXIKO

## INDIGENE GEMEINDE IN SÜDMEXIKO KÄMPFT GEGEN LANDRAUB

Am 17.08.2023 drang die Staatspolizei des Bundesstaates Yucatán gewaltsam in die Maya-Gemeinde Ixil ein, die 20 km nordöstlich der Hauptstadt Mérida liegt, um Hunderte von indigenen Bauernfamilien widerrechtlich von ihrem Ejido<sup>1</sup> zu vertreiben. Dabei wurden mehrere Gemeindemitglieder verletzt.

Das Gemeindeland, im touristisch gut erschlossenen Yucatán gelegen, weckt nicht zum ersten Mal Begehlichkeiten bei Investoren, die zudem gute Beziehungen zu Politik und Justiz haben und nun versuchen, 324 Hektar Gemeindeland widerrechtlich zu enteignen.<sup>2</sup> Zwei wirtschaftlich und politisch einflussreiche Familien<sup>3</sup> versuchen seit einiger Zeit, Ejido-Land widerrechtlich aufzukaufen, obwohl dieses unveräußerlich ist. Die Gemeinden wurden vorher weder informiert noch in die Verhandlungen eingebunden. Dabei hatte der Staat Mexiko bereits 1990 die ILO-Konvention 169 ratifiziert, die auch die rechtliche Stellung der traditionellen Selbstverwaltungsorgane stärkt.

Noch am 17.08.2023 veröffentlichte die Gemeinde via change.org eine Petition<sup>4</sup>. Am 05.09.2023 reichte die Gemeinde Ixil eine entsprechende Klage bei den Bezirksgerichten ein. Am 17.09.2023 demonstrierte sie in Ixil und am 30.09.2023 in Mérida.<sup>5</sup> Unter der Organisation der Gemeinde Ixil demonstrierten 23 Gemeinden aus den Bundesstaaten Yucatán, Campeche und Quintana Roo gegen widerrechtliche Enteignung, staatliche Gewalt und den Verlust ihrer Lebensgrundlage. Sie forderten u. a. den Rücktritt bzw. die Entlassung des Generalstaatsanwalts und des Ministers für öffentliche Sicherheit.<sup>6</sup>

Beatriz Garrido Vallejos, Aktivistin aus Ixil: „**Diese Situation ist nicht neu, unsere Gemeinschaft wehrt sich seit Jahren gegen die Schikanen und die Gewalt privater Interessen, die sich unser Land mit Unterstützung der Landesregierung aneignen wollen. In den letzten fünf Jahren haben sie versucht, 5.300 Hektar Ejido-Land, 2.000 Hektar nationales Land mit vielen Natur- und archäologischen Schätzen sowie 712 Hektar Dschungel zu enteignen, wo sie eine Stadt bauen wollen, die siebenmal größer ist als Ixil. Bisher haben wir all diese Aggressionen über die Selbstorganisation unserer Gemeinde mit rechtlichen Schritten, Klagen, Absperrungen und der Vertreibung von Eindringlingen, die von Investoren bezahlt werden, gestoppt. Der Druck ist sehr groß, aber wir werden nicht aufgeben, wir werden unser Land weiter verteidigen.**“<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Ejido-Land ist traditionell im Gemeindebesitz und wird in den meisten Fällen von einzelnen Familien kultiviert oder gemeinschaftlich genutzt. Das Gemeindeland ist nicht veräußerbar, die Parzellen können aber an die Erben weitergegeben werden. In Südmexiko befinden sich etwa 50 % des Agrarlandes in gemeinschaftlichem Besitz.

<sup>2</sup> Das Land gehört laut dem Präsidialbeschluss zur Erweiterung des Ejidos der Gemeinde Ixil, unterzeichnet von Gen. Lázaro Cárdenas am 3. September 1937.

<sup>3</sup> [https://www.lajornadamaya.mx/yucatan/219388/ixil-conflicto-tierras-ejidales-](https://www.lajornadamaya.mx/yucatan/219388/ixil-conflicto-tierras-ejidales)

<sup>4</sup> <https://www.change.org/p/fgeyucatan-sspyuc-cndh-codhey-sedatu-mx-lopezobrador-gobiernomx-a-encinas-r-detengan-el-despojo-y-la-violencia-policia-en-la-comunidad-maya-de-ixil?recruiter=898457570>

<sup>5</sup> <https://desinformemonos.org/ellos-piensen-que-vamos-a-aceptar-ser-esclavos-pobladores-de-ixil-llaman-a-boicot-tras-represion/>

<sup>6</sup> <https://piedepagina.mx/comunidades-mayas-unidas-contra-los-despojos-de-las-mafias-inmobiliarias-en-yucatan/> und Presseerklärung, Mérida, Yucatán, 30. September 2023

<sup>7</sup> Presseerklärung, Mérida, Yucatán, 30. September 2023

Inzwischen hat die Gemeinde Ixil ihren ersten Rechtsstreit gewonnen. Am 09.11.2023 konnte beim Ersten Bezirksgericht von Yucatán ein Erlass erwirkt werden, der vorläufig die Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft zur Beschlagnahmung des Ejidos außer Kraft setzt. Die Gemeinde Ixil hat somit wieder ungehinderten Zugang zu den landwirtschaftlichen Flächen, um auf ihren Feldern zu ernten, sowie Zugang zu ihren Gemeinschaftsprojekten.<sup>8</sup> Rechtssicherheit konnte damit noch nicht erwirkt werden, der Fall geht in die nächste Instanz. In den sozialen Medien wurde kurze Zeit später davon berichtet, wie in der Gemeinde daraufhin versucht wurde, einzelne Gemeindemitglieder dazu zu bringen, Dokumente zu unterschreiben, die den Verzicht auf das Gemeindeland erklären. Eine perfide Strategie, da nicht alle Gemeindemitglieder sicher im Gebrauch der Schrift in spanischer Sprache sind. Die Gemeinde Ixil hat daraufhin umgehend mit einer Gemeindeversammlung reagiert, um alle Mitglieder darüber aufzuklären. Inzwischen hat sich die Gemeinde Ixil mit der Gemeinde Kinchil solidarisiert, die auch von der Enteignung ihrer Ejidos bedroht wird. Aktuell wird diskutiert, nächstes Jahr ein breiteres Bündnis anzustreben, das weitere betroffene Gemeinden, NGOs und Akademiker\*innen zusammenbringt, um einen Vorschlag für eine Gesetzesreform auszuarbeiten, die diesen Sektor so reguliert, dass die indigenen Gemeinden besser geschützt sind.

Am 07.12.2023 fand eine Pressekonferenz beider Gemeinden in Mérida statt.

Federico May Cuitún, Bio-Habanero-Chili-Produzent aus Kinchil: „Wir schließen uns dieser Beschwerde und Forderung an, weil auch wir viele Probleme mit Immobilienentwicklern in unserem Gebiet haben, die unverhohlen auf 5.000 Hektar Land unseres Ejidos eingedrungen sind. Es gibt etwa 10 Immobilienprojekte in diesem Gebiet. Sie haben illegale Manöver durchgeführt, damit unser Land an andere Leute vergeben wird. Wir betreiben auf diesen Ländereien weiterhin Landwirtschaft, Bienenzucht, Viehzucht, sammeln Huano und Oregano usw. Aber die Immobiliengesellschaften verkaufen sie ganz ungeniert, das ist Raubbau am laufenden Band. Die Behörde PROFEPA hat das Land bereits stillgelegt, aber das ist ihnen egal, sie fahren fort, trotz Stilllegung. Sie bemächtigen sich unserer archäologischen Stätten und Cenotes<sup>9</sup> wie Xelactún. Sie verschließen Cenotes, fällen Tausende von Bäumen auf völlig illegale Weise. Es scheint, dass all dies und unser Leben als Maya-Volk wertlos sind, dass es wichtiger ist, dass diese Geschäftsleute sich an unserem Naturerbe bereichern können. Sie sagen, dass 90 % einiger Immobilienprojekte an der Straße nach Celestún bereits verkauft sind. Die Kammer des Baugewerbes beklagt, dass es zu viele Vorschriften gibt und fordert eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Immobilienprojekte. In den Gemeinden sagen wir das Gegenteil, es muss mehr Regulierung geben, mehr Kontrollen, dieser Wahnsinn muss gestoppt werden. Das ist Betrug, auch für die Käufer. Es ist auch ein Geschäft für korrupte Politiker wie den Bürgermeister meiner Stadt, der diese Immobilienagenturen autorisiert, und auch für den korrupten Ejido-Kommissar. Wir wollen mehr Regulierung, damit diese Verwüstung gestoppt wird.“<sup>10</sup>

Die Informationen und Quellen wurden von Kirsten vom Heu zur Verfügung gestellt. Sie arbeitet im Umweltschutz und in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zusammengefasst von Barbara Hermanns  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>8</sup> Presseerklärung, Ixil, Yucatán, 9. November 2023

<sup>9</sup> Große Wasserlöcher oder Höhlen, die durch Einsturz von Kalkgesteindecken entstanden sind. Die Maya hatten schon immer eine starke Verbindung zu den Cenotes, da sie als Wasserquelle eine große Bedeutung haben und die sie auch als Eingang zur Unterwelt betrachteten.

<sup>10</sup> Presseerklärung, Mérida, Yucatán, 7. Dezember 2023

# GUATEMALA

## LANDESWEITE PROTESTBEWEGUNG NACH PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN – DEMONSTRIERENDE IN GEFAHR

Am 2. Oktober 2023 wurden erstmals landesweite Proteste von mehreren indigenen Organisationen aus verschiedenen Regionen Guatemalas ausgerufen, die sich immer weiter ausgebreitet haben und weiterhin anhalten. Inzwischen haben sich Student\*innen und verschiedene Gruppen aus der Zivilgesellschaft im ganzen Land angeschlossen. Nach Informationen von Amnesty International verliefen die Proteste zunächst friedlich. Allerdings wurde Ende Oktober ein Aktivist der indigenen Gemeinschaft der Xinca im Osten Guatemalas mit mehreren Schüssen ermordet.

Es kam zu massiven Straßenblockaden in verschiedenen Teilen des Landes, jedoch durften Krankenwagen sowie Transporte mit verderblichen Gütern ungehindert passieren, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Zu Höchstzeiten der Proteste gab es landesweit 140 Straßenblockaden.<sup>1</sup> Der noch amtierende Präsident Alejandro Giammattei erklärte am 9. Oktober die Blockaden als „illegal“ und verurteilte die durch die Proteste entstandenen wirtschaftlichen Engpässe und Schäden, konstruierte angebliche Gewalttaten von vermeintlich radikalen Gruppen und sprach von einer Gefährdung der demokratischen Ordnung. Außerdem drohte er mit Verhaftungen.

Die Proteste richten sich gegen die Generalstaatsanwaltschaft, die für die eingeleiteten Strafverfahren gegen die Partei Movimiento Semilla verantwortlich ist. Außerdem beschuldigen die Protestierenden die Regierung, das Strafrechtssystem zu missbrauchen, um den neu gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo daran zu hindern, im Januar 2024 sein Amt anzutreten.

### HINTERGRUND:

Am 25. Juni 2023 fanden in Guatemala turnusgemäß die Präsidentschaftswahlen sowie die Wahl des Kongresses statt. Am 20. August kam es zur Stichwahl zwischen Bernardo Arévalo von der Mitte-Links-Partei SEMILLA (Bewegung Saatkorn), und seiner Konkurrentin Sandra Torres von der rechten Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), die Arévalo überraschenderweise klar gewann. Am 14. Januar 2024 soll er vereidigt werden und das Amt vom jetzigen Präsidenten Alejandro Giammattei übernehmen. Allerdings gibt es ein gravierendes Problem, da eine dem Wahlgericht untergeordnete Behörde die Gewinner-Partei Semilla angeblich wegen gefälschter Mitgliederlisten, mit denen sie die Einschreibung als Partei 2017 beantragt hatte, suspendiert hat. Ohne seine Partei Semilla im Rücken, die nur über 23 von insgesamt 160 Abgeordneten verfügt, dürfte Arévalo nur unter erschwerten Bedingungen regieren können.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> <https://amerika21.de/2023/11/266670/guatemala-semilla-suspendiert-hauptstadt>

<sup>2</sup> Weitere Informationen über Parteien und die beiden Wahlgänge siehe die Länderberichte der Konrad Adenauer Stiftung (KAS) vom Mai 2023 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/wahlkampf-in-guatemala> und August 2023 <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/wechsel-und-zukunft-die-hoffnung-hat-gesiegt>

Auch gegen die Oberste Wahlbehörde wird ermittelt, die nach der Stichwahl den Wahlsieg des Antikorruptionskandidaten Arévalo bestätigt hatte. Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt also gegen die Partei von Arévalo und die Oberste Wahlbehörde. So soll anscheinend der Einzug von Arévalo ins Präsidentenamt im Januar 2024 verhindert werden.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hob auf einer außerordentlichen Sitzung des Ständigen Rates am 10. Oktober den friedlichen Charakter der Proteste hervor. Sie verurteilte das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als Versuch, die Demokratie in Guatemala zu untergraben. Dem schlossen sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft an.<sup>3</sup>

Am 11. Oktober ermächtigte das Verfassungsgericht die guatemalteken Behörden, das Recht auf friedliche Versammlung einzuschränken, obwohl es zuvor eine Entscheidung zugunsten des Rechts der indigenen Bevölkerung auf Protest getroffen hatte.

Amnesty International fordert in einer Urgent Action vom 12. Oktober<sup>4</sup> das Recht auf Versammlungsfreiheit, ohne dass die Menschen Repressalien befürchten müssen. Insbesondere wird gefordert, dafür zu sorgen, dass die guatemalteken Behörden von der Anwendung des Strafrechts und übermäßiger Gewalt gegen Demonstrierende oder anderen unrechtmäßigen Maßnahmen zur Einschränkung friedlicher Proteste absehen.

Amnesty International dokumentierte eine zunehmende Einengung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft und eine allgemeine Kriminalisierung Andersdenkender und Stigmatisierung der Arbeit von NGOs, die die Proteste unterstützen.

Mittlerweile konzentrieren sich die Proteste auf die Hauptstadt und finden vor allem in der Nähe des Gebäudes der Staatsanwaltschaft statt. Dort ist inzwischen ein Protestcamp entstanden, ein zweites soll hinzugekommen sein. „Indigene Zusammenschlüsse der Bürgermeister aus Sololá und der 48 Kantone aus Totonicapán, beides Departementos mit fast ausschließlich indigener Bevölkerung, stellen die zentralen Entscheidungsstrukturen. Dies sei in dieser Form für Guatemala etwas Neues.“<sup>5</sup> In Zeiten des Bürgerkrieges waren Indigene die Kämpfer\*innen, die weißen Guatemalteken\*innen aus den Städten die Kommandeur\*innen.

Nach Angaben indigener Behörden, die die Proteste anführen, sollen die Aktionen auf den Straßen bis Januar fortgeführt werden. Sie hoffen darauf, dass die von ihnen eingeleiteten rechtlichen Schritte vor dem Verfassungsgericht Erfolg haben und die Generalstaatsanwältin María Consuela Porras Argueta entlassen wird.<sup>6</sup>

Der Zorn des Volkes richtet sich insgesamt gegen den „Pakt der Korrupten“, illegale Netzwerke, die seit Jahrzehnten tief im guatemalteken Staat verankert sind. Man erhofft sich durch den neuen Präsidenten, dass die Korruption in Politik, Justiz und Behörden, Polizei und Armee, in der Oberschicht und der Wirtschaft endlich bekämpft werden kann. Bisher haben mindestens 60 Menschenrechtsverteidiger\*innen, Staatsanwält\*innen, Richter\*innen und Journalist\*innen, die sich gegen Straflosigkeit und Korruption einsetzten, das Land verlassen, um einer Verhaftung zu entgehen.

---

<sup>3</sup> <https://amerika21.de/2023/09/265685/guatemala-kritik-ausschluss-semilla>

<sup>4</sup> UA-098/2023, AMR 34/7301/2023 vom 12.10.2023 <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/guatemala-friedlich-protestierende-gefahr-2023-10-17>  
<https://www.amnesty.ca/urgent-actions/guatemala-peaceful-protesters-face-imminent-risk/>

<sup>5</sup> <https://amerika21.de/2023/11/266670/guatemala-semilla-suspendiert-hauptstadt>

<sup>6</sup> <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/11/16/indigenas-de-guatemala-cumplen-45-dias-de-protestas-para-exigir-la-renuncia-de-la-fiscal-general-consuelo-porras/>

Amnesty International setzte sich in der Vergangenheit für die guatemaltekische Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin Claudia González Orellana ein, die aufgrund eines fragwürdigen Haftbefehls verhaftet wurde. Claudia González ist eine ehemalige Mitarbeiterin der CICIG, einer UN-Antikorruptionsstelle, die bis 2019 in Guatemala tätig war und die Rechtsvertreterin verschiedener ehemaliger Anti-Korruptionsanwält\*innen, die als Vergeltung für ihre Arbeit kriminalisiert wurden.<sup>7</sup>

Liebe Leserinnen und Leser:

Bitte beteiligen Sie sich **bis 31. Januar 2024** an der Eilaktion zu den Protesten:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/guatemala-friedlich-protestierende-gefahr-2023-10-17>

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

# IN EIGENER SACHE

## UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos per E-Mail bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)



---

<sup>7</sup> <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/guatemala-anwaeltin-freilassen-2023-09-15>

# KOLUMBIEN

AMNESTY AKTUELL – 09. NOVEMBER 2023

## MENSCHENRECHTLER\*INNEN MÜSSEN GESCHÜTZT WERDEN!

**Die kolumbianischen Behörden haben in den vergangenen fünf Jahren nicht genügend unternommen, um Menschenrechtsverteidiger\*innen im Land vor Gefahren zu schützen. Dies geht aus einem neuen Bericht von Amnesty International hervor. Amnesty appelliert an die Behörden, dafür zu sorgen, dass Menschenrechtler\*innen ihre Arbeit unter angemessenen und sicheren Bedingungen ausüben können.**

Sie setzen sich für den Umweltschutz, die indigene Bevölkerung oder Kleinbäuer\*innen ein: In Kolumbien machen sich Menschenrechtsverteidiger\*innen für die grundlegenden Rechte der Bevölkerung stark. Und dennoch sind sie regelmäßig Gewalt, Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Dies geht aus dem neuen Amnesty-Bericht mit dem Titel "Hope at risk: The lack of a safe space to defend human rights in Colombia continues" hervor.

"Amnesty International hat unzählige Berichte darüber erhalten, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen in Kolumbien wegen ihrer Arbeit bedroht und angegriffen worden sind", sagt Ana Piquer, Direktorin für die Region Amerikas bei Amnesty International. "Es ist deutlich zu sehen, dass die Behörden zwischen 2020 und 2023 keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen haben, um den kollektiven Schutz von Menschenrechtler\*innen sicherzustellen, insbesondere derjenigen, die sich in verschiedenen Landesteilen für Land- und Umweltrechte stark machen. Unsere Recherchen zeigen deutlich auf, dass angesichts dieser verheerenden Situation eine robuste, ganzheitliche und abgestimmte institutionelle Reaktion nötig ist."

Die zuständige kolumbianische Ombudsstelle (*Defensoría del Pueblo*) berichtete im Jahr 2023, dass die Anzahl der getöteten Menschenrechtsverteidiger\*innen im Zeitraum 2020–2023 durchweg hoch war und sukzessive anstieg. Laut Angaben der Organisation *Programa Somos Defensores* lag die Zahl der getöteten Menschenrechtler\*innen im Jahr 2020 bei 199, im Jahr 2021 bei 139, und im Jahr 2022 bei 197. Im September 2023 hatte die zivilgesellschaftliche Organisation INDEPAZ (*Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz*) bereits die Tötung von 127 zivilgesellschaftlich und menschenrechtlich engagierten Personen verzeichnet – eine vorläufige, aber nicht minder alarmierende Statistik.

Der Amnesty-Bericht dokumentiert fünf Fälle, in denen Menschenrechtsverteidiger\*innen in vier verschiedenen Landesteilen bedroht und angegriffen wurden. Amnesty International setzt sich seit 2020 in drei dieser Fälle ein, und der Bericht zeigt ihren aktuellen Stand auf. Die beiden anderen Fälle werden von Menschenrechtsorganisationen in der Region Magdalena Medio betreut, einer Gegend, die stark von bewaffneter Gewalt betroffen ist und in der die Verteidigung der Menschenrechte ein hohes Risiko darstellt.

Die Umweltschutzorganisation FEDEPESAN (*Federación de Pescadores Artesanales, Ambientales y Turísticos de Santander*) setzt sich für den Schutz der Gewässer von Magdalena Medio und den Erhalt der Lebensweise der vom Fischfang lebenden Menschen in den Feuchtgebieten um Barrancabermeja ein. FEDEPESAN ist eine Dachorganisation für sieben Fischereiorganisationen und macht sich trotz

Drohungen und Angriffen weiterhin für den Schutz der Umwelt stark. Die Vorsitzende der Organisation, Yuly Velásquez, wurde in den vergangenen Jahren mindestens dreimal von bewaffneten Personen angegriffen.

CREDHOS (*Corporación Regional para la Defensa de los Derechos Humanos*) ist ein Netzwerk von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Magdalena Medio, das seit Jahrzehnten Drohungen und Angriffen ausgesetzt ist. Seit 1987 engagiert sich CREDHOS für die Menschenrechte in der Region und ist dabei Angriffen ausgesetzt, die im Laufe der Jahre zur Tötung von Mitgliedern der Organisation geführt und einige Mitglieder gezwungen haben, ins Exil zu gehen oder innerhalb Kolumbiens umzuziehen.

Die Organisation ADISPA (*Asociación de Desarrollo Integral Sostenible de La Perla Amazónica*) verteidigt den Amazonas und die Lebensweise der Kleinbäuer\*innen (*Campesinos*) in Putumayo. Jani Silva und andere Mitglieder von ADISPA wurden in den vergangenen fünf Jahren mehrfach bedroht und angegriffen, vor allem wegen ihres Einsatzes für den Umweltschutz, die Wasserqualität und die Artenvielfalt in der Region.

Die indigene Gemeinde ASEINPOME im Departamento Meta ist seit mehr als 30 Jahren das Ziel von Gewalt, Angriffen und Vertreibung. Dennoch ist die Gemeinschaft auf ihr angestammtes Territorium zurückgekehrt und harrt dort aus. Seit ihrer Rückkehr im Jahr 2015 sieht sich die Gemeinschaft Schikanen und Angriffen ausgesetzt, die offenbar darauf abzielen, sie aus diesem Gebiet zu vertreiben.

Die Organisation CISCA (*Comité de Integración Social del Catatumbo*) macht sich für die Landrechte der kleinbäuerlichen Gemeinschaften von Catatumbo stark, die Gewalt, Ausgrenzung und Armut ausgesetzt sind. Die kleinbäuerlichen Familien von Catatumbo werden seit jeher gesellschaftlich ausgegrenzt und haben unverhältnismäßig stark unter den Auswirkungen des bewaffneten Konflikts und der erzwungenen Vernichtung von Kokapflanzen zu leiden.

Abgesehen von diesen spezifischen Fällen enthält der Amnesty-Bericht auch eine allgemeine Analyse des kollektiven Schutzes von Landrechtsverteidiger\*innen und Umweltschützer\*innen in Kolumbien. Amnesty International hat hierzu die letzten zwei Jahre der Regierungszeit von Iván Duque und das erste Amtsjahr des neuen Präsidenten Gustavo Petro unter die Lupe genommen. Am Ende der Präsidentschaft von Iván Duque beharrte die Regierung trotz zahlreicher Warnungen und Empfehlungen von Menschenrechtsorganisationen, Plattformen und internationalen Organisationen – darunter auch Amnesty International – auf der Verabschiedung von Maßnahmen, die dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen abträglich waren.

Zudem hielt die Regierung sich nicht an Zusagen aus dem Friedensabkommen von 2016. Die Regierungszeit von Gustavo Petro begann mit Absichtserklärungen, etwas an der Situation zu ändern, sowie der Verabschiedung eines Notfallplans zum Schutz von Menschenrechtler\*innen und Bemühungen um mittel- und langfristige Lösungen. Trotz dieses Kurswechsels hat Amnesty International festgestellt, dass es während seiner Amtszeit weiterhin zu Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen gekommen ist. Dies geht sowohl aus den allgemeinen Statistiken als auch aus vielen der im Bericht dokumentierten Fälle hervor.

Um die strukturellen Ursachen der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen angemessen zu mindern und zu bewältigen, sollten kollektive Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Diese müssen zusätzlich zu individuellen Schutzmaßnahmen erfolgen und auf einem intersektionalen Ansatz basieren, der angemessen berücksichtigt, welchen speziellen Gefahren Frauen, indigene Bevölkerungsgruppen, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Gemeinschaften, Kinder, LGBTI+, ländliche Gemeinden und andere ausgegrenzte bzw. diskriminierte Gruppen ausgesetzt sind und was sie benötigen. Amnesty International fordert die kolumbianische Regierung auf, gemäß diesem Ansatz weitere Maßnahmen zu verabschieden und somit Menschen, Gruppen und Gemeinschaften, die die Menschenrechte verteidigen, bestmöglich zu schützen.

AMNESTY JOURNAL – 23. OKTOBER 2023

**„ICH WEISS WOFÜR“**

2020 als beste indigene Journalistin Kolumbiens ausgezeichnet: Diana Jembuel; © Knut Henkel

**Indigene Journalist\*innen sind in Kolumbiens Medienlandschaft die absolute Ausnahme. Dazu gehört Diana Jembuel. Die preisgekrönte Journalistin arbeitet derzeit als Generalsekretärin in der indigenen Selbstverwaltung und am Aufbau alternativer Mediennetzwerke.**

*Interview: Knut Henkel*

**Journalist\*innen in Kolumbien sind gefährdet. Investigative Recherchen zu Bürgerkrieg, Drogenschmuggel und Investitionsprojekten sind oft riskant. Sind Sie schon bedroht oder attackiert worden?**

Ja, ich bin von der Guerillaorganisation ELN direkt bedroht worden, als ich zusammen mit anderen Angehörigen meiner Gemeinschaft einen jungen Mann befreit habe, den die Rebellen rekrutieren wollten. Ich bin danach mehr als einen Monat lang verfolgt worden. Damals, vor fünf Jahren, war ich am Zweifeln, hatte Angst.

**Dennoch haben Sie weitergearbeitet.**

Ja. Ich habe weitergemacht, wie es mir meine Großmutter eingetrichtert hatte: Jede ist für etwas Bestimmtes gemacht, hat sie immer gesagt. Ich weiß wofür.

**Warum sind Sie Journalistin geworden?**

Weil ich Glück hatte und nie etwas anderes wollte. Dank eines Stipendiums konnte ich Journalismus studieren und gehöre nun zu den wenigen indigenen Journalist\*innen in Kolumbien. Oder kennen Sie eine indigene Journalistin in einer der großen Redaktionen des Landes? Nein – und genau das muss sich ändern. Schon als kleines Mädchen ist mir aufgefallen, wie diskriminierend über uns Indigene in den Medien berichtet wurde – wir waren die aus dem Dschungel. Das hat mich verletzt, und fortan habe

ich mir gewünscht, eines Tages dazu beizutragen, dieses Stigma aufzulösen. Dabei hat mir meine Mutter geholfen. Sie hat mich und meine beiden Schwestern als Jugendliche zu unserem lokalen Radiosender Namuy Wam Estéreo geschickt. Da habe ich meine ersten journalistischen Gehversuche gemacht. Später habe ich dann Medienkurse belegt.

### **Wie war es Ihnen möglich, für das Studium nach Bogotá zu gehen?**

Auslöser war, dass der Leiter des Stipendienprogramms der Universidad Externado zu uns nach Silvia kam. Er ermutigte mich, meinen Lebenslauf an die Universität zu schicken. Kurz darauf, im Januar 2012, erhielt ich eine Einladung zu einem Vorstellungstermin in Bogotá, also packte ich ein paar Sachen.

### **War das ein Wendepunkt in Ihrem Leben?**

Ja, ohne Zweifel. Allerdings sollte ich auf Wunsch der Auswahlkommission Anthropologie oder Soziologie studieren. Das war ernüchternd. Und meine Mutter, die meine beiden kleinen Kinder in ihre Obhut nehmen sollte, wollte, dass ich ein traditionelles Leben in patriarchalen Strukturen führe. Das war hart.

### **Wie haben Sie sich aus dieser Klemme befreit?**

Meiner Mutter erklärte ich, dass ich die Chance wahrnehmen müsse. Und der Fakultät teilte ich mit, dass ich einzig und allein Journalismus studieren würde. Die Dekane schluckten, fanden aber eine Lösung. Und so saß ich ein paar Stunden später bereits im Seminar, wo etliche der Studierenden erst dachten, ich sei die Dozentin. Sie hatten noch nie eine indigene Frau gesehen.

### **Wie sind Sie mit dieser Achterbahnfahrt zurechtgekommen?**

Gar nicht. Ich wurde krank, hatte Heimweh und war einsam. Ich war kurz davor abzubrechen. Doch dann kamen mir Studienkolleg\*innen und Dozent\*innen zu Hilfe: Die einen forderten mich auf, meine Chance zu ergreifen, die anderen nahmen mich in die Verantwortung. Sie ließen mich Seminare halten: über die Geschichte Kolumbiens, indigene Kommunikation, indigene Justiz und vieles mehr. Das hat mich motiviert, und am Ende des Seminars hatten alle einen detaillierten Einblick in die indigene Realität und Geschichte. Und ich konnte mit den Seminaren, die ich später auch an anderen Universitäten abhielt, Dinge finanzieren, die das Stipendium nicht abdeckte.

Schon als kleines Mädchen ist mir aufgefallen, wie diskriminierend über uns Indigene in den Medien berichtet wurde – wir waren die aus dem Dschungel. Das hat mich verletzt.

### **Geben Sie auch heute noch Seminare?**

Ich nehme hin und wieder an Journalismuskonferenzen teil und referiere für die eine oder andere Universität zu Themen wie indigener Rechtsprechung, indigener Kultur oder interkulturellem Journalismus.

### **Haben Sie nach dem Studium direkt als Journalistin gearbeitet?**

Ich habe nach dem Bachelor zwei Jahre in Bogotá bei der indigenen Juristinnenorganisation Akubadaura als Presseverantwortliche gearbeitet. Zum einen wollte ich ökonomisch unabhängig sein, zum anderen wollte ich wissen, wie es ist, als Indigene in einer Organisation zu arbeiten: sowohl an der Uni als auch außerhalb. Ich wollte mich ausprobieren. Danach habe ich meinen Master gemacht.

### **Warum Akubadaura?**

Akubadaura ist eine Organisation indigener Frauen, die abgelegenen indigenen Gemeinschaften zur Seite steht, Konzepte entwickelt, sie berät und bei Bedarf juristisch vertritt. Parallel dazu kümmert sich Akubadaura um die Aus- und Weiterbildung indigener Juristinnen, wie etwa María Patricia Tobón, die

für die Wahrheitskommission gearbeitet hat. Sie hat mich darin bestärkt, den Master zu machen. Denn qualifizierte, engagierte Frauen sind nach wie vor zu selten in unseren Strukturen zu finden. Das muss sich ändern, und dabei müssen wir unsere eigenen authentischen Sprachen und unsere Identität bewahren.

### **Welche Rolle spielt dabei der Journalismus?**

Er begleitet, unterstützt, visualisiert den Wandel – nach innen und außen. Interkultureller Journalismus endet nicht mit der Reportage, dem Bericht, dem Interview. Er begleitet die indigene Gemeinschaft, er hört zu. Wir verfolgen ein integrales Kommunikationskonzept. Journalismus in den Gemeinden ist auch ein Weiterbildungsansatz, und dem fühle ich mich verpflichtet – innerhalb und außerhalb meiner eigenen Gemeinschaft. Ich habe nach meiner Rückkehr nach Silvia 2020 Workshops gegeben und zum Beispiel Jugendlichen erklärt, wie sie ihr Mobiltelefon für Berichterstattung nutzen können. Heute gibt es ein Netzwerk indigener Expert\*innen, die das weiterführen, vor allem online.

### **Wie kam es dazu, dass Medien in indigenen Gemeinschaften mittlerweile eine so große Rolle spielen?**

Die fast viermonatigen Proteste im Jahr 2021, bei denen auch Statuen von Kolonisatoren gestürzt wurden, haben deutlich gemacht, wie wichtig Kommunikation ist – vor allem in den Online-Netzwerken. Anders als in anderen Bevölkerungsschichten spielt Fernsehen in indigenen Gemeinschaften keine große Rolle, wesentlich bedeutender sind das kommunale Radio und inzwischen auch die Online-Netzwerke – vor allem Facebook. Darüber gelangen jedoch auch viele Fehlinformationen in Umlauf. Daher ist es für uns wichtig, alternative Kanäle in eigener Sprache zu etablieren. Wir brauchen fundierte Informationen.

### **Was unterscheidet die indigene Berichterstattung von der in traditionellen Medien?**

Medien sollten auf Missstände hinweisen – auf Umweltdelikte, illegalen Bergbau oder Angriffe auf unsere Autoritäten. Das findet in den traditionellen Medien Kolumbiens jedoch kaum bis gar nicht statt. Indigene Berichtersteller\*innen wurden Opfer von Angriffen im Cauca, wie 2017 die Kollegin Efigenia Vásquez von der Gemeinschaft der Kokonuko oder die Reporterin von Radio Payumat Beatriz Cano, die im Juni 2021 nach einem Attentat verstarb.

### **Der Cauca zählt zu den gefährlichsten Regionen in Kolumbien. Haben sich die Bedingungen für journalistische Arbeit dort unter dem neuen linken Präsidenten Gustavo Petro seit dem vergangenen Jahr verbessert?**

Ja, der Regierungswechsel hat sich positiv bemerkbar gemacht, der Druck auf indigene Berichtersteller\*innen ist im Vergleich zu den Vorgängerregierungen von Álvaro Uribe, Juan Manuel Santos und Iván Duque deutlich zurückgegangen. Der bewaffnete Konflikt um die Kontrolle etlicher Regionen und Drogenkorridore schwelt aber weiter. Für Menschenrechtsaktivist\*innen, darunter viele Indigene, ist der Cauca nach wie vor gefährlich.

### **Sind die indigenen Gemeinschaften Kolumbiens heute medial sichtbarer als noch vor zehn Jahren?**

Ja, es wird mehr berichtet, aber wir sind weit davon entfernt, dass kontinuierlich und unvoreingenommen berichtet wird. Doch es gibt eine Reihe positiver Signale. Ein privater Medienkonzern wie Caracol sucht heute seinen Nachwuchs auch in indigenen Gemeinschaften – das wäre vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen. Workshops von öffentlichen Medien sind üblich, und hinzu kommt die Förderung unserer kommunalen Radionetzwerke durch internationale Medien wie die Deutsche Welle.

**Es gibt mit Agenda Propia jetzt eine erste indigene Presseagentur. Und Sie sind 2020 als beste indigene Journalistin Kolumbiens ausgezeichnet worden. Hilft das Ihrer Sache?**

Sicherlich sind das Erfolge, die uns sichtbarer machen. Sie zeigen dem Mediensystem, dass es lange auf einem Auge blind war und es oft auch noch ist. Ich bin als Beraterin bei der Agenda Propia dabei. Mittelfristig planen wir, ein Büro in Bogotá zu eröffnen.

**Diana Jembuel** wurde 2020 als beste indigene Journalistin Kolumbiens ausgezeichnet. Die 38-Jährige arbeitet derzeit als Generalsekretärin der autonomen Verwaltung der indigenen Gemeinschaft der Misak in der Provinz Cauca im Südwesten Kolumbiens.

**Knut Henkel** arbeitet als freier Korrespondent in Lateinamerika.

Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal von Knut Henkel.

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

---

# AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

**Indigene und Menschenrechte** – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)

---

# ECUADOR

## SIEG FÜR DIE RECHTE DER INDIGENEN VÖLKER UND DEN KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL

In den letzten Wochen und Monaten dominierte Ecuador die Schlagzeilen der internationalen Presse mit Informationen über einen Anstieg von Kriminalität und Unsicherheit, besonders während der Präsidentschaftswahlen, bei denen ein Kandidat ermordet wurde. Dabei waren die Wahlen nicht nur durch dieses negative Bild geprägt. Ecuador hat gleichzeitig Geschichte geschrieben: In einem Referendum stimmten die Ecuadorianer\*innen gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, was zweifellos einen bedeutenden Erfolg für die Indigenen und den globalen Kampf gegen den Klimawandel markiert. Eine Folge ist die Einstellung der Ölförderung im Yasuni-Nationalpark.

Der Yasuni-Nationalpark, eine der artenreichsten Regionen und Heimat vieler indigener Völker, z. B. der Waorani und zweier in freiwilliger Isolation lebender Gemeinschaften, ist Teil des nördlichen ecuadorianischen Amazonasgebietes. Immer wieder sehen sich indigene Völker mit Unternehmen konfrontiert, die im Rahmen der Ölförderung auf ihren Territorien operieren und somit ihre Lebensgrundlagen bedrohen. Seit Beginn der staatlich unterstützten Ölförderung 2016 bildeten sich verschiedene Organisationen und Protestbewegungen. Diese kämpften bereits über zehn Jahre für ein Referendum, das im Mai 2023 vom Verfassungsgericht des Landes nach jahrelanger Blockade durch staatliche Institutionen genehmigt wurde. In den Monaten vor den Wahlen wurden Kampagnen von indigenen und nicht-indigenen Aktivist\*innen und Organisationen durchgeführt. Das Vorhaben bekam viel Aufmerksamkeit.

59 Prozent der „Ja“-Stimmen stimmten für ein Ende der Erdölförderung im Yasuni-Nationalpark. Das war ein deutlicher Sieg. Das rechtskräftige Urteil verpflichtet nun die Regierung, die Ölförderung einzustellen, die implementierte Infrastruktur innerhalb eines Jahres abzubauen und Sanierungs- und Wiederaufforstungsmaßnahmen durchzuführen. Das hat gravierende Folgen für die Industrie der fossilen Brennstoffe, die der größte Verursacher des Klimawandels und verantwortlich für die Abholzung und Verschmutzung von Millionen Hektar des indigenen Regenwaldgebietes in Ecuador ist. Ecuador ist mit diesem Referendum das erste Land der Welt, welches der Erdölförderung durch eine Volksabstimmung ein Ende setzt. Somit liegt die Entscheidungsmacht über die Ressourcengewinnung erstmals bei Bürger\*innen und nicht länger allein bei Politiker\*innen und Konzernen.

Diesen Erfolg beschreibt die indigene ecuadorianische Aktivistin Nemonte Nenquimo mit folgenden Worten:

***„Heute ist ein historischer Tag! (...) Yasuni gibt unserer Welt Leben, und die ecuadorianische Gesellschaft ist endlich aufgewacht und hat für den Schutz des Waldes und den Respekt vor der Natur gestimmt! Sie haben endlich auf unsere Stimmen als indigene Völker gehört! Wir haben mit den Folgen von mehr als einem halben Jahrhundert Ölförderung gelebt, die keine Entwicklung gebracht hat, sondern nur die Natur, unsere Territorien und unsere Kulturen zerstört hat.***

***Die Menschen erkennen jetzt, dass die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht dadurch gelöst werden können, dass wir noch mehr Öl ausbeuten. Es geht darum, Mutter Erde zu respektieren und sich zusammenzuschließen, um eine bessere Welt für unsere Kinder, für zukünftige Generationen zu schaffen! Ecuador zeigt anderen Ländern, dass eine andere Welt möglich ist.***<sup>1</sup>

Auch wenn mit dieser Entscheidung ein bedeutender Schritt im Kampf gegen den Klimawandel und für die Anerkennung der indigenen Rechte gemacht wurde, geht er trotzdem weiter. Denn viele Politiker\*innen und Konzerne sind keinesfalls einverstanden mit den Folgen und werden versuchen, dagegen vorzugehen und Beschlossenes zu umgehen. Dazu kommt, dass sich Ecuador mit einer gravierenden Sicherheitskrise, steigender Kriminalität und erhöhtem Einfluss des Drogenhandels konfrontiert sieht. All das wird die Umsetzung der Volksabstimmung erschweren. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin aktuelle Entwicklungen im Blick hat und entsprechenden Druck ausübt, damit beschlossene Maßnahmen umgesetzt und indigene Rechte geschützt werden.

#### Quellen:

Amazon Frontlines, "Ecuador becomes the first country in the world to halt oil drilling through direct climate democracy", 23.08.2023,

<https://amazonfrontlines.org/chronicles/ecuador-becomes-the-first-country-in-the-world-to-halt-oil-drilling-through-direct-climate-democracy/>

Nachrichtenpool Lateinamerika, "Sieg über den Extraktivismus", 28.08.2023,

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/sieg-ueber-den-extraktivismus-in-ecuador/>

Rettet den Regenwald, „Ecuador: Ölförderung im Yasuni-Nationalpark durch Referendum gestoppt!“, 23.08.2023,

<https://www.regenwald.org/news/11693/ecuador-oelfoerderung-im-yasuni-nationalpark-durch-referendum-gestoppt>

Amelie Philipsenburg

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>1</sup> Amazon Frontlines, "Ecuador becomes the first country in the world to halt oil drilling through direct climate democracy", 23.08.2023, <https://amazonfrontlines.org/chronicles/ecuador-becomes-the-first-country-in-the-world-to-halt-oil-drilling-through-direct-climate-democracy/>

# PERU

AMNESTY JOURNAL – 02. OKTOBER 2023

## NOCH MEHR AUSBEUTUNG ABGEWENDET



"Wir tragen noch immer die Nachnamen der Bosse, die uns damals versklavt haben": Zoila Ochoa Garay, Sprecherin der indigenen Huitoto; © Andrzej Rybak

**Unternehmen und Wirtschaftsverbände machen in Peru Front gegen indigene Schutzgebiete. Vor allem indigene Gruppen in Isolation sind gefährdet. Doch die Zivilgesellschaft hält erfolgreich dagegen.**

*Von Andrzej Rybak*

Zoila Ochoa Garay wirkt bedrückt. Die zierliche Frau ist gerade aus der peruanischen Amazonas-Metropole Iquitos zurückgekehrt, wo sich Abgesandte mehrerer indigener Gruppen aus der Region Loreto trafen. "Die Lage ist überall gleich ernst", sagt die Sprecherin der indigenen Huitoto-Bevölkerung. "Überall drängen Holzfäller, Ölarbeiter und Siedler in unsere Gebiete ein, roden den Urwald und verpesten die Umwelt. Und der Staat schaut weg." Die 56-Jährige lebt in Centro Arenal, einem Dorf in der Nähe von Iquitos, das im Jahr 1975 Besitztitel für 2.000 Hektar Land bekam. Die etwa 30 Familien des Dorfes bauen dort Maniok und Bananen an. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich eine Ölraffinerie des Staatskonzerns Petroperu, der seit mehr als 50 Jahren im Amazonasgebiet Öl fördert. Die Pipelines, die das Rohöl zur Raffinerie transportieren, sind häufig undicht, das Öl verschmutzt den Boden und die Quellen, aus denen das Dorf sein Trinkwasser gewinnt.

**„Das Land gehört uns, doch wenn die Regierung hier eine neue Straße bauen will, werden wir nicht einmal konsultiert.“**

Aber nicht nur das Öl hinterlässt Spuren. "Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass entweder Holzfäller oder Jäger in unser Territorium eindringen", berichtet Ochoa. "Das Land gehört uns, doch wenn die Regierung hier eine neue Straße bauen will, werden wir nicht einmal konsultiert." Ein Vorgehen, das gegen die ILO-Konvention 169 verstößt, die vorschreibt, dass indigene Völker über große Bau- und Fördervorhaben, die ihre Lebensbedingungen beeinflussen, vorab informiert und um Zustimmung gebeten werden müssen.

Im peruanischen Amazonasgebiet leben heute noch etwa 2.000 Huitoto. Sie bilden den Rest einer viel größeren Bevölkerungsgruppe, die während des Kautschukbooms Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, als die industrialisierten Länder nicht genug Rohstoff für die Gummiproduktion bekommen konnten, von reichen Kaufleuten und Großhändlern zur Arbeit gezwungen und drastisch dezimiert wurde. "Wir tragen noch immer die Nachnamen der Bosse, die uns damals versklavt haben", sagt Ochoa.

### **ÜBERFALLEN UND ZUSAMMENGESCHLAGEN**

Aus Angst vor Verfolgung und Diskriminierung durfte sie als Kind ihren indigenen Dialekt nicht sprechen. Erst viel später brachte ein Onkel ihr die Sprache bei. Als Erwachsene wurde sie in den Vorstand der Indigenen Vereinigung für die Entwicklung im peruanischen Regenwald (AIDSEP) gewählt und arbeitete drei Jahre für den Dachverband in Lima. Vor einem Jahr kehrte sie nach Centro Arenal zurück und gründete eine Schule, in der sie die Sprache und Bräuche der Huitoto lehrt.

Weil sie für die Rechte Indigener kämpft, wurde Ochoa oft angefeindet und bedroht. Ihr Sohn Arthur, der sich ebenfalls in der indigenen Selbstverwaltung engagiert, wurde 2022 überfallen und zusammengeschlagen. "Die Politiker in Iquitos und Lima betrachten uns nicht als menschliche Wesen", sagt Ochoa. "Wir sind vielmehr ein störendes Element, das ihnen bei der Ausbeutung und Zerstörung der Amazonasregion im Weg steht."

Ein Beispiel dafür ist ein Gesetzentwurf, der bis vor Kurzem im Parlament verhandelt wurde. Er war im November 2022 von Jorge Morante Figari ins Parlament eingebracht worden. Der Abgeordnete der rechtskonservativen, wirtschaftsnahen Partei Fuerza Popular aus der Region Loreto schlug darin vor, die Einrichtung indigener Reservate künftig in die Zuständigkeit von Regionalregierungen zu überführen; bisher war die Zentralregierung zuständig. Der Entwurf sah außerdem vor, die Anerkennung sogenannter isolierter Völker (Pueblos indígenas en situación de aislamiento voluntario y contacto inicial, PIACI) und die Ausweisung neuer Reservate zu stoppen. Auch über den Fortbestand bereits anerkannter Reservate, die isoliert lebende Indigene schützen, sollte neu entschieden werden.

### **LOBBYISTEN MACHEN MOBIL**

Doch nach einer beispiellosen Mobilisierung indigener Organisationen sowie von Menschenrechts- und Umweltgruppen konnte der Gesetzentwurf in zwei Parlamentsausschüssen blockiert werden. Unter dem Druck der UNO und anderer internationaler Organisationen sprach sich der Ausschuss der Anden- und Amazonasvölker dafür aus, das Gesetz abzulehnen, der einflussreiche Dezentralisierungsausschuss erklärte sich kurzerhand für nicht zuständig. "Morantes Vorstoß ist damit vom Tisch, es fehlt nur noch eine offizielle Absage", sagt María Amelia Trigoso, Leiterin der Abteilung für Völker in Isolation im Kulturministerium. "Es ist aber nur ein Etappensieg, jederzeit kann ein neuer Angriff kommen."

Perus indigene Organisationen sind sich einig: Die isolierten Völker sind haarscharf an einer Katastrophe vorbeigeschrammt. Wäre Morantes Gesetzentwurf zur Abstimmung ins Parlamentsplenum gekommen, hätten die rechtskonservativen Abgeordneten, und damit die Mehrheit, dafür gestimmt.

Mit dem Politiker Morante verbündet sind Unternehmer aus Iquitos, die sich im Lobbyistenforum CDL zusammengeschlossen haben. Ihr Präsident ist der Bauunternehmer Christian Zeus Pinasco, der aus einer Dynastie stammt, die während der Kautschukära ein Vermögen machte. 2022 startete die CDL eine Medienkampagne, in der kurzerhand bestritten wurde, dass es isolierte indigene Gruppen gebe. Deshalb sei der Schutz solcher Gruppen aufzuheben und das entsprechende Gesetz abzuschaffen.

Indigene Organisationen wie AIDSESEP warnten, dass isolierten indigenen Gruppen, die während des Kautschukbooms in entlegene Gebiete des Regenwalds flohen und bis heute jeden Kontakt zur Außenwelt vermeiden, ein Genozid drohe. Ihr Immunsystem dürfte vielen Erregern der modernen Gesellschaft nicht gewachsen sein, der Ausbruch einer Grippe könnte tödliche Folgen haben.

**„Morantes Gesetz hätte das Überleben indigener Völker in Isolation ernsthaft bedroht. Es gibt in Peru rund 25 Gruppen mit etwa 7.500 Personen, die isoliert von der Außenwelt leben. Die Schutzgebiete sichern ihr Überleben und schützen den Regenwald.“**

*Beatriz Huertas, Ethnologin und Expertin für isolierte Völker*

"Morantes Gesetz hätte das Überleben indigener Völker in Isolation ernsthaft bedroht", sagt Beatriz Huertas, Ethnologin und Expertin für isolierte Völker. "Es gibt in Peru rund 25 Gruppen mit etwa 7.500 Personen, die isoliert von der Außenwelt leben. Die Schutzgebiete sichern ihr Überleben und schützen den Regenwald." Was passiert, wenn der Schutz der PIACI ausgehebelt wird, weiß man genau. In den 1980er Jahren erhielt der Konzern Shell Förderlizenzen im Gebiet der Nahua. Wenig später waren über die Hälfte der Nahua an Masern, Grippe und Tuberkulose gestorben.

Damit sich eine solche Tragödie nicht wiederholt, wurde das Kulturministerium mit der Einrichtung indigener Schutzgebiete für die isolierten Gruppen beauftragt. Politiker\*innen und Expert\*innen aus den Bereichen Ethnologie, Biologie und Umweltschutz, aber auch Jurist\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen arbeiten mit, wenn Studien erstellt und Territorien geprüft werden. Am Ende entscheidet eine 15-köpfige Kommission, zu der auch Vertreter\*innen der Regionalregierungen gehören. Der Anerkennungsprozess wird immer wieder von Wirtschaftslobbyist\*innen behindert und verzögert.

Derzeit gibt es sieben indigene Reservate – Madre de Dios, Mashco-Piro, Isconahua, Murunahua, Kakataibo Norte y Sur, Yavarí-Tapiche und Kugapakori-Nahua-Nanti-Andere – mit einer Fläche von rund vier Millionen Hektar. Fünf Reservate mit rund drei Millionen Hektar Fläche befinden sich in der Antragsphase: Napo-Tigre und Nebenflüsse, Yavarí Mirim, Pupuña, Atacuari und Kapanawa. Von diesen liegen vier in der Provinz Loreto.

## ÖL UND HOLZ

Recherchen des peruanischen Journalisten Cesar Hildebrandt belegen, dass Morante seinen Gesetzentwurf einreichte, nachdem das Kulturministerium isolierte Gruppen im Gebiet Napo-Tigre anerkannt und letzte Schritte zur Einrichtung des Reservats eingeleitet hatte. In dem Gebiet an der Grenze zu Ecuador wird seit Jahren nach Öl gebohrt. Der Konzern Perenco hat eine Lizenz für die Felder 39 und 67, die auf dem Territorium des geplanten Reservats liegen. Perenco versuchte die Anerkennung der PIACI-Gruppen mit einer Klage zu blockieren.

Der Regenwald an der ecuadorianischen Grenze ist außerdem reich an Harthölzern, für die sich viele Holzfirmen in Iquitos interessieren. "Morantes Gesetz sollte das Gebiet für die Ausbeutung öffnen", sagt Beltran Sandi Tuituy, Sprecher der indigenen Kichwa und Präsident der Organisation der Indigenen Völker des Ostens (ORPIO). "Die Unternehmer und Politiker in Iquitos sprechen immer von Fortschritt und Entwicklung, stattdessen zerstören sie den Wald und verpesten die Umwelt."

Die Kichwa, die an den Ufern des Rio Napo und des Rio Tigre leben, klagen seit Jahren über die Verschmutzung der Umwelt durch Öl. Zwischen 2011 und 2021 wurde der Ölkonzern Pluspetrol auf Geheiß der Umweltbehörden zur Zahlung von 47 Millionen Dollar an Strafen verurteilt, danach zog sich die Firma kurzerhand aus Peru zurück. "Sie verschmutzen die Wasserläufe, die Fische sterben, und wir werden krank", klagt Tuituy über andere Ölfirmen. "Wir müssen unser Land und das Land der PIACI-Gruppen verteidigen, wenn wir überleben wollen."

Die Ethnologin Huertas arbeitet seit 20 Jahren im Gebiet Napo-Tigre. "Das Gesetz verbietet uns direkten Kontakt zu PIACI, solange sie ihre Isolation nicht selbst aufgeben wollen", sagt die Wissenschaftlerin. Es gebe jede Menge indirekter Belege für deren Existenz: Satellitenfotos von Hütten und Weilern, gefundene Gebrauchsgegenstände, Berichte von Jägern und Holzfällern. "Wir sammeln diese Beweise und werten sie aus", sagt Huertas. "Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über die Rechte und das Leben indigener Völker gestellt werden."



"Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über die Rechte und das Leben indigener Völker gestellt werden": Beatriz Huertas, Ethnologin; © Andrzej Rybak

## UNTERSTÜTZUNG DURCH BISCHÖFE

Tausende Aktivist\*innen weltweit unterstützten in den vergangenen Monaten die Maßnahmen zum Schutz der PIACI. Doch entscheidend war der Widerstand aus Peru, auch von der katholischen Kirche. Die Bischöfe des peruanischen Amazonasgebiets verurteilten das Gesetzesvorhaben: "Die Novelle wäre ein schwerwiegender Rückschritt in Bezug auf den Schutz und die Rechte indigener Völker", sagte Bischof Miguel Ángel Cadenas aus Iquitos. "Die Existenz der Reservate bewahrt nicht nur Leben – sie schützt die biologische Vielfalt, die für die ganze Welt von großer Bedeutung ist."

Doch die Wirtschaftslobby wird nicht klein begeben. Sie beeinflusst das Parlament, die Unternehmen finanzieren Abgeordnete durch Spenden. Bewusst wird in der Bevölkerung Hass gegen Indigene geschürt. Die Lobbyist\*innen behaupten, dass neue Reservate den Ausbau von Straßen, die Verlegung von Glasfaserkabeln und den Bau von Stromleitungen unmöglich machten. "Viele Bewohner von Iquitos scheinen diesen Lügen zu glauben", sagt María Amelia Trigoso aus dem Kulturministerium. "Die PIACI werden für die Rückständigkeit von Loreto verantwortlich gemacht."

Die Regionalregierung in Iquitos steht aufseiten der Lobbyisten. Sie hat in den vergangenen Jahren 47 Holzkonzessionen in bestehenden oder beantragten Reservaten vergeben – entgegen geltender Gesetze. Ungeachtet dessen erwägt die deutsche Förderbank KfW ein Projekt zur "Ausweitung und Verbesserung der nachhaltigen Forstwirtschaft" zu finanzieren, das unter der Federführung der Regionalregierung steht.

### POSTKOLONIALE PRÄGUNG

Das gesamte Wirtschaftsmodell im Amazonasgebiet basiert seit der Kolonialzeit auf einer rücksichtslosen Ausbeutung des Urwalds und der Bodenschätze. Millionen Quadratkilometer des Regenwalds in Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien mussten Soja-Monokulturen, dem Bergbau oder der Viehzucht weichen. So entstand eine Ökonomie, die wenige Menschen reich machte und gleichzeitig die soziale Ungleichheit verschärfte. Auch das Ökosystem des Amazonas steht auf der Kippe, warnen Wissenschaftler\*innen. "Wir brauchen andere Wirtschaftsmodelle, um voranzukommen", sagt Valeska Ruiz Pena, Anwältin bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation SPDA. "Das Territorium von Loreto ist nicht das Eigentum einer Gruppe von reichen Unternehmern aus Iquitos, es gehört auch den indigenen Völkern, die die Biodiversität schützen."

Rund 40 Prozent der Bevölkerung sind Indigene. Dennoch sind sie weder im Parlament noch in der Regierung vertreten. Selbst auf lokaler Ebene üben sie nur selten politische Ämter aus. "Das muss sich ändern, wir brauchen eine indigene Bewegung, die an Wahlen teilnimmt und in den wichtigsten Gremien unsere Interessen vertritt", fordert AIDSESEP-Vorstand Julio Cusurichi. Dafür müssten die Indigenen zuerst interne Konflikte beilegen. Ein wichtiges Hindernis aber bleibt: "Der Aufbau einer nationalen politischen Infrastruktur und die Teilnahme an Wahlen erfordert viel Geld", sagt Cusurichi. "In Peru gibt es keine indigenen Unternehmer, wir haben keinen wirtschaftlichen Rückhalt."

*Andrzej Rybak ist freier Reporter. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

*Einen aktuellen Amnesty-Bericht über staatliche Repression gegen Proteste Indigener in Peru finden Sie [hier](#).*

Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal von Andrzej Rybak.

# BRASILILIEN

URGENT ACTION

## INDIGENE LANDRECHTE WEITERHIN BEDROHT

UA-057/2023-2 – AMR 19/7258/2023 – 29. September 2023 – mr

### Indigene in Brasilien

**Nach einem zweijährigen Verfahren hat das Oberste Gerichtshof Brasiliens am 27. September die Stichtagsregelung für verfassungswidrig erklärt und das ursprüngliche Recht der indigenen Bevölkerung auf die ausschließliche Nutzung ihrer angestammten Gebiete bestätigt. Am selben Tag verabschiedete der Bundessenat im Eilverfahren die Gesetzesvorlage 2.903/2023, mit der versucht wird, die Stichtagsregelung dennoch gesetzlich zu verankern. Amnesty International wendet sich nun über andere Wege an Präsident Lula und fordert die Ablehnung dieses neuen Gesetzentwurfs.**

Der neue Gesetzesentwurf liegt Staatspräsident Lula zurzeit zur Prüfung vor. Er kann jederzeit innerhalb der nächsten 15 Arbeitstage eine Entscheidung fällen. Aufgrund dieser Situation schließen wir die an Senatspräsident Rodrigo Pacheco gerichtete Eilaktion.

Zu den Bedrohungen zählen laut indigenen Organisationen die illegale Besetzung einiger indigener Gebiete. Der von der journalistischen Beobachtungsstelle De Olho nos Ruralistas erstellte Bericht „The Invaders“ hat Landdaten des Nationalen Instituts für Besiedlung und Agrarreform (Incra) abgeglichen und zeigt, dass 1.692 landwirtschaftliche Betriebe auf indigenem Land liegen, das entspricht 1,18 Millionen Hektar. 95,5 % dieser Fläche befinden sich in Gebieten, die noch nicht demarkiert wurden. Im Nationalkongress vertretene brasilianische Politiker\*innen besitzen zusammen rechtswidrig 96.000 Hektar Land auf indigenem Land.

Der Gesetzentwurf stellt eine Bedrohung für die Rechte der indigenen Bevölkerung dar, da er Folgendes vorsieht:

- Die Eingrenzung des Rechts auf ihre angestammten Gebiete auf diejenigen indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich am 5. Oktober 1988, dem Tag der Verkündung der Verfassung, dort aufhielten (Stichtagsregelung).
- Die Genehmigung des Baus von Straßen, Dämmen und anderen Arbeiten auf indigenem Land ohne vorherige, freie und informierte Konsultation der betroffenen Bevölkerung.
- Die Erlaubnis zum Sojaanbau, zur Viehzucht, zur Förderung des Bergbaus und Gewinnung von Mineralien in indigenen Gebieten.
- Die Möglichkeit, die Prozesse der Demarkierung in Frage zu stellen, einschließlich der bereits demarkierten Indigenengebiete.
- Die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Landbesitzes von Personen, die in der Vergangenheit auf indigenes Land vorgedrungen sind.

- Lockerung des Kontaktverbots mit indigener Bevölkerung, die in freiwilliger Isolation lebt.
- Neuformulierung verfassungsrechtlicher Konzepte der Indigenenpolitik, wie z. B. die Tradition der Besiedlung, die Ursprungsrechte und die ausschließliche Nutzung von Gebieten durch die indigene Bevölkerung.

**Weitere Aktionen sind zurzeit nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.**

Weitere Informationen zu UA-057/2023 (AMR 19/6857/2023, 5. Juni 2023 und AMR 19/6903/2023, 20. Juni 2023)

-----

## **DAS VETO DES PRÄSIDENTEN – EIN PARTIELLER ERFOLG FÜR DIE LANDRECHTE INDIGENER VÖLKER**

Am 20. Oktober 2023 hat der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva eine offizielle Stellungnahme abgegeben und sein Veto gegen wesentliche Teile der umstrittenen Gesetzesvorlage 2903/2023 (Marco Temporal) eingelegt. Vorausgegangen war eine zweiwöchige Kampagne der indigenen Bewegung zusammen mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, nachdem der Bundessenat mit einem Eilverfahren versucht hatte, die Gesetzesvorlage entgegen der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Brasilien gesetzlich zu verankern.

Der wichtigste Punkt seines Vetos ist der Schutz indigener Landrechte bzw. die vollständige Ablehnung der sogenannten Stichtagregelung. Ohne sein Veto hätten indigene Gemeinschaften nachweisen müssen, dass sie bereits vor dem 5. Oktober 1988<sup>1</sup> dauerhaft in ihren angestammten Gebieten gelebt haben. Nach dieser Regelung wäre ihnen sonst der Anspruch auf eine Demarkierung und ausschließliche Nutzung dieser Gebiete verwehrt worden und sie hätten das Land erneut verlassen müssen. Dabei wurde völlig ignoriert, dass viele von ihnen bereits vor diesem Stichtag kontinuierlich von ihrem angestammten Land vertrieben wurden und dabei massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren.

Das Veto des Präsidenten richtet sich ferner gegen den Versuch, das Recht indigener Völker auf „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu Infrastruktur-, Energie- und landwirtschaftlichen Projekten auf ihrem Land abzuschaffen und gegen das Verbot der Ausdehnung bereits abgegrenzter indigener Gebiete. Durch sein Veto können außerdem die Genehmigungen für Bergbau- und Infrastrukturprojekte auf indigenem Land gestoppt werden.

---

<sup>1</sup> Tag der Verkündung der neuen Verfassung in Brasilien

Allerdings sollen nach den Vorstellungen des Präsidenten zwei Artikel aufrecht erhalten bleiben, die von der Agib, der größten indigenen Organisation des Landes, als „besorgniserregend“<sup>2</sup> eingestuft werden. So darf das Recht Indigener auf eine ausschließliche Nutzung ihres Landes nach Artikel 20 der Gesetzesvorlage, nicht die Interessen der nationalen Verteidigungs- oder Souveränitätspolitik überlagern. Auch soll Artikel 26, der die „Zusammenarbeit“ von Indigenen und Nicht-Indigenen bei landwirtschaftlichen Aktivitäten erlaubt, bestehen bleiben. Das könnte für die indigenen Gemeinschaften eine Lockerung der ausschließlichen Nutzungsrechte ihres Territoriums bedeuten.

Innerhalb eines Monats muss das Veto des Präsidenten gegen die Gesetzesvorlage 2903/2023 (Marco Temporal) von den Abgeordnet\*innen und Senator\*innen in einer gemeinsamen Sitzung im Kongress bestätigt oder aufgehoben werden. Eine Ablehnung des Vetos erfordert die absolute Mehrheit der Stimmen im Unter- und Oberhaus. Sollte das Veto des Präsidenten abgelehnt werden, könnte eine gerichtliche Überprüfung vor dem Obersten Gerichtshof erfolgen.

Quellen:

<https://amazonwatch.org/news/2023/1020-brazils-president-lula-protects-indigenous-rights-and-the-environment-with-a-partial-veto-of-bill-2903>

<https://amerika21.de/2023/10/266497/sieg-fuer-indigene-brasilien>

<https://amerika21.de/2023/10/266547/indigene-brasilien-kritik-lula>

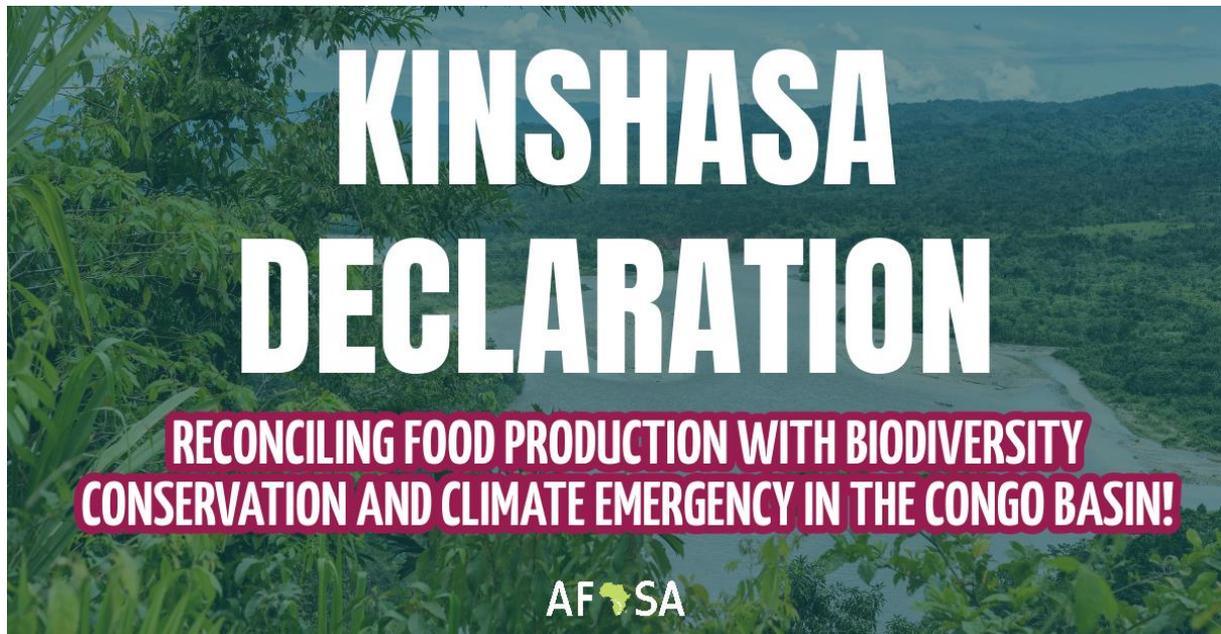
Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>2</sup> Murilo Pajolla, Gabriela Moncau, Brasil de Fato, amerika21 „Indigene in Brasilien: Kritik an „partiellem Veto“ Lulas gegen Marco Temporal“ 27.10.2023, <https://amerika21.de/2023/10/266547/indigene-brasilien-kritik-lula>

# KONGOBECKEN



## KINSHASA-ERKLÄRUNG ZUR VEREINBARUNG DER LEBENSMITTEL-PRODUKTION MIT DER ERHALTUNG DER BIODIVERSITÄT UND DEM KLIMA-NOTFALL IM KONGOBECKEN

**Wir**, 230 Teilnehmer aus sechs Ländern des Kongobeckens [Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo Brazzaville, Demokratische Republik Kongo, Äquatorialguinea und Gabun] sowie Teilnehmer aus anderen Ländern, die Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, indigene und lokale Organisationen, Frauenorganisationen, junge Menschen, Medien, religiöse Institutionen, Kulturinstitutionen, Forschungseinrichtungen, Pastoralisten, Fischer, Kleinbauern und Unternehmer vertreten, trafen sich vom 29. bis 31. August 2023 in Kinshasa im Rahmen des regionalen Gipfels zum Klimawandel, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zu Nahrungsmittelsystemen im Kongobecken;

**Erkennen Sie** die unübertroffene Bedeutung des Kongobeckens als zweitgrößter Tropenwald der Welt und als größter in Bezug auf die Kohlenstoffbindung an, der eine Schlüsselrolle bei der Eindämmung des Klimawandels spielt und eine Lebensader für rund 75 Millionen Menschen, ihre Traditionen und die reiche Artenvielfalt darstellt es beherbergt.

**Bringen Sie unsere tiefe Besorgnis über die** unmittelbaren Bedrohungen für dieses unschätzbare Walderbe zum Ausdruck, vor allem Entwaldung, Waldschädigung, Klimawandel, nicht nachhaltige Landwirtschaft und die dringende Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen Erhaltung und Ernährungssouveränität zu finden.

**Erkennen wir** das Potenzial der Agrarökologie als grundlegende Lösung für den Aufbau von Nahrungsmittelsystemen, die gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähig sind, und für die Stärkung lokaler Gemeinschaften und indigener Völker.

**Es sollte betont werden**, wie wichtig die unübertroffene Naturschutzkapazität des Kongobeckens ist und es an die Spitze der weltweiten Bemühungen gestellt werden soll.

**Bekräftigen Sie** die unbestreitbare Rolle indigener Völker und lokaler Gemeinschaften bei der Erhaltung der Artenvielfalt im Kongobecken.

**Lassen Sie uns** die wichtigsten Herausforderungen hervorheben, vor denen die Region steht, darunter:

- Unzureichende Finanzierungsmechanismen;
- Wissenslücken über agrarökologische Praktiken;
- Lücken in der Entwicklung und Umsetzung bestehender Richtlinien und Vereinbarungen;
- Infrastrukturmängel, die den Marktzugang erschweren;
- Die drängenden Fragen der Landbewirtschaftung und anderer natürlicher Ressourcen.

**Identifizieren Sie** den dringenden Bedarf an einer stärkeren sektorübergreifenden Zusammenarbeit, wirksamen Plattformen für den Austausch von traditionellem und endogenem Wissen, einer Harmonisierung der Richtlinien für die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Mechanismen für den Technologie- und Kompetenztransfer.

**Nennen wir diese Ziele:**

- Den Landrechten indigener Völker Vorrang einräumen, Landraub bekämpfen und die Anerkennung von Gemeinschaftsland gewährleisten;
- Unser Engagement für den Aufbau widerstandsfähiger und kulturell akzeptabler Lebensmittelsysteme fortsetzen;
- Stärkung der Rolle von Frauen und jungen Menschen in Naturschutz- und Agrarökologiepraktiken und Sicherstellung ihrer aktiven Beteiligung an Entscheidungsprozessen;
- Die traditionellen Praktiken übernehmen, die seit jeher die Lebensräume des Kongobeckens schützen, und gleichzeitig die Stärken und Vorzüge der Region anerkennen und weiterentwickeln;
- Befürwortung nachhaltiger, gemeinschaftsbasierter Lösungen wie Bienenzucht, gemeinschaftlicher Forstwirtschaft und Artendomestizierung.
- Sich kontinuierlich darum bemühen, das Bewusstsein der Bevölkerung für die Bedeutung agrarökologischer Praktiken zu schärfen und so die Erhaltung geschützter Gebiete zu gewährleisten.

**Rufen wir** internationale Organisationen, Geber, subregionale Institutionen, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, lokale Gemeinschaften, indigene Völker und alle Interessengruppen auf, sich in der Mission zum Schutz des Kongobeckens zusammenzuschließen. Nur durch kohärente und konzertrierte, aufgeklärte und aufrichtige Bemühungen können wir hoffen, diesen Schatz künftigen Generationen zu hinterlassen.

**Wir sind verpflichtet;**

- **Engagement in der Gemeinschaft:** Enge Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften, um das Bewusstsein für die Bedeutung von Agrarökologie, nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken und Naturschutz zu schärfen. Fördern Sie die Übernahme traditioneller Kenntnisse und Praktiken sowie der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die eine nachhaltige Landbewirtschaftung unterstützen.

- **Interessenvertretung:** Verteidigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften mit Schwerpunkt auf gemeinschaftlichem Landbesitz und Schutz vor Landraub.
- **Zusammenarbeit und Vernetzung:** Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft, Austausch von Ressourcen und Fachwissen, um die Wirkung der Bemühungen in den Bereichen Agrarökologie, Naturschutz und nachhaltige Entwicklung zu verstärken.
- **Kapazitätsaufbau:** Bereitstellung von Schulungsprogrammen und Workshops, die den lokalen Gemeinschaften die Fähigkeiten vermitteln, die sie für die effektive Umsetzung agrarökologischer Praktiken benötigen.
- **Geschlechtergleichheit:** Fördern Sie die Gleichstellung der Geschlechter, indem Sie die Beteiligung von Frauen an Naturschutz- und Agrarökologieinitiativen sowie ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen unterstützen.

### Aufruf zum Handeln:

#### Die Regierungen der Länder des Kongobeckens

- **Politische Reform und Umsetzung:** Überprüfung und Stärkung bestehender Richtlinien und Vereinbarungen in Bezug auf Naturschutz, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung. Sorgen Sie für eine wirksame Umsetzung durch regelmäßige Überwachungs- und Bewertungsmechanismen.
- **Indigene Landrechte:** Geben Sie der Gesetzgebung Vorrang, die die Landrechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften anerkennt und schützt. Legen Sie klare Verfahren für den kommunalen Landbesitz und den Schutz vor Landraub fest.
- **Stärkung der Frauen:** Integrieren Sie Geschlechteraspekte in alle Naturschutz- und Agrarökologieinitiativen. Förderung der aktiven Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit Ressourcenmanagement und Naturschutzbemühungen.
- **Kapazitätsaufbau:** Investieren Sie in Bildungs- und Schulungsprogramme, um die Wissenslücke zu agrarökologischen Praktiken zu schließen. Unterstützen Sie Forschungs- und Wissensaustauschplattformen, die es lokalen Gemeinschaften ermöglichen, nachhaltige Landwirtschaftsmethoden einzuführen.
- **Infrastrukturentwicklung:** Bereitstellung von Ressourcen zur Verbesserung der Infrastruktur wie Straßen und Marktzugang, um den Handel mit nachhaltig produzierten Gütern zu erleichtern. Dies wird die Lebensgrundlagen verbessern und den Druck auf die natürlichen Ressourcen verringern.

#### Spender und Entwicklungspartner

- **Finanzielle Unterstützung:** Einrichtung und Beitrag zu Finanzierungsmechanismen, die nachhaltige Entwicklungs-, Naturschutz- und Agrarökologieinitiativen im Kongobecken unterstützen. Stellen Sie sicher, dass diese Mechanismen für lokale Gemeinschaften und Interessengruppen zugänglich sind.
- **Technologietransfer:** Bereitstellung technischer Hilfe und Technologietransfer zur Verbesserung agrarökologischer Praktiken, nachhaltiger Landbewirtschaftung und Klimaresilienz.

- **Kapazitätsaufbau:** Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und Regierungen zum Aufbau der Kapazitäten von Institutionen, die im Bereich Naturschutz und nachhaltige Entwicklung tätig sind. Dazu gehört die Bereitstellung von Schulungen, Ressourcen und Fachwissen.
- **Forschungsfinanzierung:** Bereitstellung von Ressourcen für Forschung, die darauf abzielt, die Lücken in der Agrarökologie, Biodiversität und Anpassung an den Klimawandel im Kongobecken zu schließen.

### Organisationen der Zivilgesellschaft

- **Engagement in der Gemeinschaft:** Enge Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften, um das Bewusstsein für die Bedeutung von Agrarökologie, nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken und Naturschutz zu schärfen. Fördern Sie die Übernahme traditioneller Kenntnisse und Praktiken.
- **Interessenvertretung:** Verteidigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften, mit Schwerpunkt auf gemeinschaftlichem Landbesitz und Schutz vor Landraub.
- **Zusammenarbeit und Vernetzung:** Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft, Austausch von Ressourcen und Fachwissen, um die Wirkung von Naturschutz- und nachhaltigen Entwicklungsbemühungen zu verstärken.
- **Kapazitätsaufbau:** Bereitstellung von Schulungsprogrammen und Workshops, die es den lokalen Gemeinschaften ermöglichen, die Fähigkeiten zu erwerben, die sie für die effektive Umsetzung agrarökologischer Praktiken benötigen.
- **Geschlechtergleichheit:** Fördern Sie die Gleichstellung der Geschlechter, indem Sie die Beteiligung von Frauen an Naturschutz- und Agrarökologieinitiativen sowie ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen unterstützen.

Kinshasa, 31.08.2023

Aus: AF SA Allianz for Food Sovereignty in Africa vom 05.09.2023,  
von Kirubel Tadele

Aus dem Englischen mithilfe von DeepL.com übersetzt von Rosie Hofstetter  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# TANSANIA

## DIE SITUATION DER MASSAI IN LOLIONDO VERSCHÄRFT SICH ZUNEHMEND!

### UPDATE ÜBER DAS LETZTE HALBJAHR

Bereits in unseren Rundbriefen von Januar und Juni 2023 berichteten wir darüber, dass es im Juni 2022 zu brutaler Gewalt gegen die indigenen Massai im Distrikt Loliondo durch tansanische Sicherheitskräfte kam, die gegen die drohende Vertreibung von ihrem angestammten Land demonstrierten. Ihre Siedlungen sollen aufgelöst und der Zugang zu ihren Viehweiden verhindert werden. 1.500 km<sup>2</sup> Weideland der Massai wurde als Wildschutzgebiet deklariert, um Platz zu schaffen für Safaritourismus und Trophäenjagd.

Ausführliche Informationen über die Vertreibung und geplante Zwangsumsiedlung der Massai können dem Amnesty-Report vom 5. Juni 2023 „We have lost everything“ entnommen werden unter <https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/6841/2023/en/>. Die Kogruppe Kenia/Tansania/Somalia hat einen Auszug daraus als Kurzversion ins Deutsche übersetzt (<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2023/08/tansania-gewaltsame-vertreibung-der-maasai-in-loliondo/>).

Wir haben daraufhin im August eine Aktionspostkarte – gerichtet an die tansanische Präsidentin Dr. Samia Suluhu Hassan - gegen die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Massai im Distrikt Loliondo mit einem Hintergrundbericht erstellt.

Im Anschluss an den Amnesty-Report und unsere Postkartenaktion startete Amnesty International am 24. Oktober 2023 eine Kampagne gegen die Zwangsvertreibung der indigenen Massai aus Loliondo in den sozialen Medien: **#StoppMaasaiForcedEvictionsTZ**.

Auch Survival International startete am 27.10.2023 die Kampagne „Massai-Vertreibungen & Widerstand“, bei der auch ein Angehöriger der Massai, Karani Olenkaiser, in einem Video berichtet, wie das Land und das Leben der Massai seit Jahrzehnten angegriffen werden: <https://www.betterplace.org/de/projects/24367-we-are-one-einsatz-fuer-indigene-voelker/news/295838>

Eine Delegation von Massai-Vertreter\*innen startete im Mai eine zweiwöchige Reise in mehrere europäische Länder, traf deren Regierungsvertreter\*innen und Vertreter\*innen der EU sowie den tansanischen Botschafter, um verstärkt internationale Unterstützung gegen die anhaltenden Vertreibungen zu erhalten. Die Massai-Delegation forderte eine Änderung des Naturschutzmodells und dessen Vision einer Trennung von Naturschutz und menschlicher Besiedlung. Für die indigene Bevölkerung bedeutet das eine Zerstörung ihrer Lebensgrundlage im Namen des Naturschutzes.

In Deutschland appellierten die Massai an das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit, das Auswärtige Amt und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, die Menschenrechte bei ihren Projekten in Tansania zu beachten. Insbesondere Deutschland ist über die GIZ ein wichtiger Geldgeber für den Erhalt des Serengeti-Nationalparks. Die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, die die Einrichtung von Schutzgebieten seit Jahrzehnten unterstützt und finanziert und damit für Landraub mit verantwortlich ist, setzte nun erstmals ein Projekt zur Landnutzung aus.

Die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und der EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte, Eamon Gilmore, versicherten der Delegation, dass sie die Menschenrechts-

verletzungen in ihren Gesprächen mit der tansanischen Regierung weiterhin zur Sprache bringen würden. Jedoch wurde eine Delegation von EU-Abgeordneten Anfang September 2023 kurzfristig daran gehindert, nach Tansania einzureisen. Es war geplant, die Menschenrechtsverletzungen an den Massai zu untersuchen.

In Afrika greift das Schutzgebietsmodell in indigene Gebiete ein und verletzt die Rechte der Indigenen. Einige der artenreichsten Schutzgebiete der Welt liegen auf ihren Territorien, und im Namen des Naturschutzes werden sie gewaltsam vertrieben. Während der *Ordentlichen Sitzung der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker* in Arusha vom 20.10.-09.11.2023 hat Amnesty International vorgeschlagen, dass Grundsätze zur Prävention und zum Schutz vor Zwangsräumungen entwickelt werden und ein Statement u. a. auch zur Situation der Massai in Loliondo verfasst.

Das Statement vom 25.10.2023 mit dem Titel *„Ordinary Session of the African Commission on Human and Peoples’ Rights – Agenda Item 6(x): Activity Report of the Chairperson of the Working Group on Indigenous Population/Communities in Africa“* kann dem folgenden Link entnommen werden: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/7298/2023/en/>

Derzeit laufen mehrere Gerichtsverfahren gegen die tansanische Regierung wegen der Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Massai. Die meisten Entscheidungen stehen noch aus, aber es gibt eine positive Nachricht zum Distrikt Loliondo, in dem ein neues Wildschutzgebiet, die sogenannte Pololeti Game Controlled Area, geschaffen werden soll:

Mit dem Urteil vom 22.08.2023 hat der Oberste Gerichtshof<sup>1</sup> von Tansania die Umsetzung der Regierungsmittelung 604/2022 gestoppt und bestimmt, die Entscheidung bis zur gerichtlichen Überprüfung des Falls vor dem High Court<sup>2</sup> auszusetzen.

Jedoch wird bisher das Urteil von der Regierung missachtet und gegen die Gerichtsentscheidung verstoßen, indem weiterhin Land und Vieh beschlagnahmt werden. Es wurde auch ein Gerichtsbeschluss des Ostafrikanischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2018 missachtet, der der tansanischen Regierung die Räumung der Massai-Siedlungen verbietet.

Inzwischen werden kriminelle Sicherheitskräfte verklagt, die im Juni 2022 an der mit brutaler Gewalt durchgeführten Vertreibung der Massai in Loliondo beteiligt waren.

Kürzlich gelang es den örtlichen Verantwortlichen, die Verabschiedung eines neuen Distrikt-Landnutzungsplans zu stoppen, der von der tansanischen Regierung und internationalen Naturschutzorganisationen gefördert wurde und der 90 % des Ngorongoro-Distrikts in Naturschutzgebiete umgewandelt hätte. Es bleibt abzuwarten, was mit diesen Plänen passieren wird.

Denn am 03.12.2023 sagte Regierungssprecher Mobhara Matinyi, dass der Bau von 5.000 Wohneinheiten in Msomera, Sauni und Kitwai bis März 2024 abgeschlossen sein wird, um die Umsiedlung der Massai zu ermöglichen. Matinyi deutete auch an, dass das Gesetz in Zukunft geändert werden soll, um die Möglichkeit abzuschaffen, im Ngorongoro-Schutzgebiet zu leben. Die Regierung zieht weiterhin wesentliche soziale Dienste ab und schließt medizinische Einrichtungen. So soll der Druck auf die Massai erhöht werden, um sie zum Umzug zu zwingen.

---

<sup>1</sup> Der **Oberste Gerichtshof** ist die zweite Ebene in der Hierarchie der Justizvermittlung. Es verfügt über Berufungssachen, hat aber auch Befugnisse in Zivil- und Strafsachen. Es hört Berufungen von den Courts of Resident Magistrate, den District Courts und District Land and Housing Tribunals in Ausübung ihrer ursprünglichen, Berufungs- und/oder Revisionskompetenz.

<sup>2</sup> Die **High Courts** verfügen über eine uneingeschränkte Zuständigkeit für die Behandlung aller Arten von Fällen. Alle Berufungen der nachgeordneten Gerichte gehen an den High Court.

**LAND IS EVERYTHING TO US.  
OUR CULTURE, OUR IDENTITY,  
OUR LIVELIHOOD.  
WE HAVE LOST EVERYTHING.**

Maasai woman from Ololosokwan village, Tanzania

**BITTE UNTERSTÜTZEN SIE DIE MASSAI IN TANSANIA!**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**Dear Madam President,**

I am deeply concerned about your government's plans to forcibly relocate over 70,000 Maasai from their homes and grazing lands in Loliondo with the aim of establishing a conservation area that would subsequently be used for safari tourism and trophy hunting. The brutal crackdown of the Maasai protests against the forced eviction and demarcation on 10<sup>th</sup> June 2022 resulted in serious injuries and must arrests. Many had to flee.

**I therefore urge you to**

- Ensure that Tanzanian authorities recognize and protect the right of the Maasai to their ancestral lands and their leading role in conservation.
- Suspend the ongoing forced evictions and human rights violations against the Maasai. No decision should be made without the free, prior and informed consent of the Maasai community.
- Investigate the violence against the Maasai community during the June 2022 protests.

Best regards

\_\_\_\_\_  
Name, Surname

\_\_\_\_\_  
Date, City, Signature

Tanzania: Authorities brutally violated Maasai amid forced evictions from ancestral lands. Report by Amnesty International

Bitte mit  
95 Cent  
freimachen

Excellency Dr. Samia Suluhu Hassan  
President of the  
United Republic of Tanzania  
President's Office  
P.O. BOX 670 / Utumishi Street  
Dodoma  
TANZANIA

## "LAND IST ALLES FÜR UNS. UNSERE KULTUR, UNSERE IDENTITÄT, UNSERE LEBENSGRUNDLAGE. WIR HABEN ALLES VERLOREN."

69-jährige Massai-Frau aus Ololosokwan im Distrikt Loliondo, Tansania

### **BITTE UNTERSTÜTZEN SIE DIE INDIGENEN MASSAI IN TANSANIA, UM DIE ZWANGSUMSIEDLUNG VON IHREM LAND ZU VERHINDERN!**

Tansanische Sicherheitskräfte haben am 10. Juni 2022 brutale Gewalt gegen Massai im Distrikt Loliondo angewandt, wobei es zum Teil zu schweren Verletzungen und willkürlichen Verhaftungen kam. Die indigene Bevölkerung demonstrierte gegen Regierungspläne, nach denen über 70.000 Mitglieder ihrer Gemeinschaft von ihrem angestammten Land vertrieben werden sollen. Zahlreiche ihrer Häuser wurden zerstört, und der Zugang zu ihren Viehweiden wurde ihnen verwehrt. Viele Massai flüchteten zu Verwandten, in die Wälder oder nach Kenia.

Die halbnomadischen Massai sollen sich nach den Plänen der Regierung in einer 600 km entfernten Region niederlassen, wo sie ihr traditionelles Leben nicht fortführen könnten.

Die Zwangsräumungen sind Teil eines Landrechtskonflikts zwischen der indigenen Massai-Bevölkerung und dem tansanischen Staat, der ihr seit Generationen genutztes Land in Loliondo nicht anerkennt. Die Regierung hat dort 1.500 km<sup>2</sup> als „Wildschutzgebiet“ deklariert. Dafür sollen die sich in diesem Gebiet befindlichen Massai-Siedlungen aufgelöst und der Zugang zu ihren Viehweiden verhindert werden, um Platz zu schaffen für Safaritourismus und Trophäenjagd. Dabei sind die Massai beim Natur- und Wildschutz besonders erfolgreich. Denn ihre Lebensweise ist darauf ausgerichtet, die Biodiversität zu bewahren.

Um den Druck auf die Massai zu erhöhen, wurde u. a. auch der Zugang zu Schulen und zur Gesundheitsversorgung massiv eingeschränkt.

Entgegen der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker wurden die Massai weder konsultiert noch haben sie ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung zur Aufgabe ihres Territoriums erteilt. Auch eine Entschädigung wurde nicht gewährt.

Am 11. Mai 2023 schrieb Amnesty International an den Premierminister von Tansania, an alle zuständigen Minister sowie an den kenianischen Kabinettssekretär für Inneres und nationale Verwaltung, um ihnen eine Zusammenfassung über die begangenen Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte zu übermitteln. Amnesty International forderte Stellungnahmen zu den Ereignissen, erhielt jedoch bisher keine Antwort.

Amnesty International kritisierte die rechtswidrige Zwangsräumung in Loliondo, die sowohl in ihrem Ausmaß als auch in ihrer Brutalität schockierend sei. Sie appellierte an die Behörden, die laufende Demarkations- und Sicherheitsoperation in Loliondo zu stoppen und echte Konsultationen mit der Massai-Gemeinschaft zu beginnen.

**„Die tansanischen Behörden müssen dringend die Rechte der Massai auf ihr angestammtes Land, ihre Territorien und ihre natürlichen Ressourcen anerkennen und erfüllen.“**

Tigere Chagutah, Regionaldirektorin für Ost- und Südafrika, Amnesty International

Weitere Informationen können dem Amnesty-Report von Juni 2023 entnommen werden:

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/6841/2023/en/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/06/tanzanian-authorities-brutally-violated-maasai-amid-forced-evictions/>

Rosie Hofstetter, Imke Vonalt, David Weiß  
Länderkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

## TARANGIRE NATIONALPARK – AUCH HIER WURDEN MASSAI VERTRIEBEN

Ein ähnliches Vorgehen der tansanischen Regierung wurde auch über die am Rande des **Tarangire Nationalparks** lebenden Massai bekannt. Sie sind gewaltsam von ihrem angestammten Land vertrieben worden. Der Tarangire Nationalpark wurde 1970 durch die Vertreibung von dortigen Massai-Bewohnern gegründet. 2022 wollten die tansanischen Behörden den Nationalpark weiter ausdehnen und als Wildschutzgebiet deklarieren. Mehr als 2.000 Massai hatten eine Frist von wenigen Tagen erhalten, um ihre Siedlungen mit ihrem Vieh zu verlassen. Es kam zu massiven Konflikten, bei denen Massai verhaftet und ihr Vieh beschlagnahmt wurde. Nachdem am 5. Juli 2022 Ranger einen 17-jährigen Massai erschossen, löste dies vor allem in den sozialen Medien eine beispiellose Verurteilung aus. Der Druck wurde für TANAPA (Tanzania National Parks), so groß, dass sie sich gezwungen sah, am 12. Juli 2022 eine öffentliche Entschuldigung abzugeben. Gegen die Verantwortlichen für das brutale Vorgehen wurden keine Maßnahmen ergriffen. Bislang wurden die Massai an der Rückkehr auf ihr angestammtes Land gehindert.

-----

## WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN UND STAATLICHE GEWALT JETZT AUCH IN ENDULEN, NGORONGORO CONSERVATION AREA (NCA)

Seit dem 15.08.2023 gingen paramilitärische Gruppen, Polizei und Ranger in **Endulen** mit Gewalt und willkürlichen Verhaftungen gegen die Massai vor, zerstörten Gebäude und beschlagnahmten ihr Vieh. Wie im Distrikt Loliondo ist auch hier das Ziel der tansanischen Regierung, die Massai von ihrem angestammten Land zu vertreiben, das als Wildschutzgebiet ausgewiesen werden soll und um Platz zu schaffen für Tourismusprojekte.

**AMNESTY INTERNATIONAL – PRESSEMITTEILUNG – 25. August 2023**

## BEENDEN SIE DAS VORGEHEN GEGEN DIE MASSAI IN ENDULEN, DIE SICH GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN IN NGORONGORO WEHREN

Als Reaktion auf Berichte über die Festnahme von 39 Mitgliedern der Massai-Gemeinschaft und dem Parlamentarier Emmanuel Lekishon Shangai in **Endulen** im Ngorongoro-Schutzgebiet in Tansania und ihre rechtswidrige Inhaftierung an unbekanntenen Orten ohne Zugang zu ihren Anwälten sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika:

**„Die tansanischen Behörden müssen diese neue Welle von Verhaftungen und Inhaftierungen beenden, die eine erneute Repression gegen die indigene Gemeinschaft der Massai darstellt, die sich für ihre Rechte auf das Land ihrer Vorfahren und grundlegende Dienstleistungen wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Wasserprojekte in Ngorongoro einsetzt.“**

Wir fordern die Regierung auf, den Aufenthaltsort der 40 verhafteten Gemeindemitglieder unverzüglich offenzulegen, ihnen Zugang zu ihren Anwälten und ein ordnungsgemäßes Verfahren zu gewähren, einschließlich der sofortigen Vorführung vor Gericht, um die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung anzufechten.

Die jüngste Sicherheitsoperation findet vor dem Hintergrund von Drohungen statt, die indigenen Massai in einem seit über einem Jahrzehnt andauernden Streit aus ihrem angestammten Land in Ngorongoro gewaltsam zu vertreiben.

Die Massai leben in Angst davor, gewaltsam aus Ngorongoro vertrieben zu werden, um Platz für ein Wildreservat und ein geschütztes Naturschutzgebiet zu machen, zu dem sie weder konsultiert noch im Vorfeld und nach Aufklärung ihre Einwilligung gegeben haben.

### HINTERGRUND

Am 15. August 2023 versammelten sich Mitglieder der Massai-Gemeinschaft auf dem Endulen-Markt, um darüber zu sprechen, was ihrer Meinung nach der Einsatz der Medien durch die Regierung bewirkt, um ihr Ziel zu erreichen, sie zum Verlassen des Ngorongoro-Schutzgebiets zu bewegen. Nachdem Gemeindemitglieder Journalisten von der Versammlung vertrieben hatten, begannen Sicherheitskräfte, darunter die Polizei und Ranger der Ngorongoro Conservation Area Authority (NCAA), gezielt gegen die Massai-Gemeinschaft vorzugehen. Seit dem 16. August wurden 39 Massai festgenommen und an unbekanntem Orten festgehalten.

Am 21. August 2023 wurde der Parlamentsabgeordnete von Ngorongoro, Emmanuel Lekishon Shangai, von der tansanischen Polizei und NCAA-Rangern in seinem Haus in Karatu festgenommen und dann zur Polizeiwache von Karatu gebracht, wo er wegen seiner Forderungen nach Rechenschaftspflicht für den Sicherheitseinsatz in Ngorongoro verhört wurde. Anschließend wurde er an einen unbekanntem Ort verlegt.

Am 6. Juni 2023 veröffentlichte Amnesty International einen **Bericht**, der die Misshandlung, den übermäßigen Einsatz von Gewalt, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie die Zwangsräumung von Mitgliedern der indigenen Gemeinschaft der Massai in Loliondo, das zum Ngorongoro-Schutzgebiet gehört, hervorhebt.

-----

### AKTUELLE NACHRICHT:

Am 10.12.2023 wurde dem Massai-Angehörigen Josef Moses Oleshangay anlässlich des Internationalen Menschenrechtstags der Vereinten Nationen der Weimarer Menschenrechtspreis 2023 verliehen. Oleshangay setzt sich seit Jahren gegen die Vertreibung der indigenen Massai aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet ein. Als Mitglied der „Legal and Human Rights Centre“ (LHRC), eine der führenden Menschenrechtsorganisation in Tansania, war der Rechtsanwalt bereits mehrfach Ziel von staatlichen Repressionen, die in einem misslungenen Mordanschlag gipfelten.

<https://thechanzo.com/2023/12/14/the-chanzo-morning-briefing-tanzania-news-december-14-2023/>

Übersetzt und zusammengestellt von Rosie Hofstetter  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# KENIA

## REGIERUNG VERTREIBT INDIGENE OGIEK AUS DEM MAU-FOREST

Am 26. Oktober veröffentlichte das Ogiek Peoples Development Program (OPDP) eine Erklärung, in der es hieß, die örtlichen Behörden hätten angeordnet, ihr angestammtes Land zu verlassen, um sich auf eine mögliche Räumung vorzubereiten. Als Begründung wurden Umwelt- und Naturschutz sowie Wiederaufforstung des Mau-Forest genannt.

Mitglieder des Ogiek-Ältestenrates kontaktierten sofort verschiedene Behörden des Kreises Narok sowie nationale und internationale Behörden, um einen Dialog zu führen und eine Lösung zu finden, doch vergeblich.

Am 2. November 2023 begannen die Forstbehörde und der Kenyan Wildlife Service zusammen mit der örtlichen Polizei damit, rund 700 Mitglieder der indigenen Ogiek-Gemeinden in Sasimwani in einer brutalen Aktion zu vertreiben. Ihre Häuser und Schulen wurden zerstört.

**„Diese illegale Aktion steht in direktem Widerspruch zu zwei Urteilen des afrikanischen Gerichtshofs, in denen ausdrücklich klargestellt wurde, dass die Ogiek die Eigentümer dieses Landes sind und die Regierung es ihnen im Rahmen eines umfassenden Konsultationsverfahrens zurückgeben muss“**, sagte Lucy Claridge, Direktorin des International Lawyers Project, die die Ogiek seit 2010 vertritt.

Die kenianische Regierung gibt die Erhaltung des Mau-Forest als Grund für die Räumung an, obwohl sie zuvor eingeräumt hat, dass nicht die Anwesenheit der Ogiek in ihrem angestammten Territorium die Ursache für die Schädigung sei, sondern Abholzungslicenzen und internationale Projekte.

Amnesty International, Minority Rights Group International und Survival International haben in einer gemeinsamen Erklärung im November 2023 vor Beginn der COP28 die illegale Vertreibung der indigenen Ogiek verurteilt und vor einer weiteren Eskalation gewarnt.<sup>1</sup> Sie machen deutlich, welche Rolle Naturschutzprojekte und CO<sub>2</sub>-Zertifikate bei Landraub spielen. In diesem Zusammenhang geht es um einem Kredit, den die kenianische Regierung vor kurzem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart hat, um die Waldflächen zu vergrößern.

Diese Entwicklung fällt mit der Ankündigung des Präsidenten zusammen, dass alle "Wassertürme" eingezäunt und jede menschliche Präsenz verhindert werden soll. Die Regierung wird aufgefordert, zu klären, ob die Vertreibung der Ogiek mit der jüngsten Ankündigung einer Regierungsinitiative zum Handel mit CO<sub>2</sub>-Gutschriften im Zusammenhang steht.

---

<sup>1</sup> [https://assets.survivalinternational.org/documents/2503/231129\\_Joint\\_statement\\_on\\_forced\\_evictions\\_of\\_Indigenous\\_Peoples\\_in\\_Kenya.pdf?utm\\_medium=email&utm\\_source=engagingnetworks&utm\\_campaign=utm\\_campaign&utm\\_content=231129%20PR%20\(Joint%20statement%20against%20Ogiek%20evictions\)](https://assets.survivalinternational.org/documents/2503/231129_Joint_statement_on_forced_evictions_of_Indigenous_Peoples_in_Kenya.pdf?utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=utm_campaign&utm_content=231129%20PR%20(Joint%20statement%20against%20Ogiek%20evictions))

Daniel Kobei, Sprecher der Ogiek und Vorsitzender des Ogiek People's Development Program (OPDP), erklärte: **„Wir fordern die kenianische Regierung auf, die Rechtsstaatlichkeit, den afrikanischen Gerichtshof und das Recht der Ogiek-Gemeinschaft zu respektieren und diese Ländereien in den Händen der Ogiek zu belassen sowie die Gemeinden zu entschädigen, die unter wiederholten Angriffen und der Zerstörung ihres Eigentums gelitten haben.“**<sup>2</sup>

#### HINTERGRUND:

**Der Mau-Forest**, 3.000 m über dem Meeresspiegel, ist der größte Hochwaldkomplex in Ostafrika und wird der „Wasserturm Kenias“ genannt. 12 Flüsse haben hier ihre Quelle. Daher gilt der Mau-Forest als wichtigste Wasserressource. Er wird traditionell von den indigenen Ogiek bewohnt. Sie leben entweder in den Wäldern, obwohl die Regierung versucht, ihre Jagd einzuschränken, oder sie sind sesshaft geworden und betreiben Ackerbau und Viehzucht.

Im Laufe der Jahre haben die kenianischen Behörden das Land der Ogiek an Dritte und politische Verbündete vergeben, die einen Großteil des Waldes abholzten und damit erhebliche Gewinne erzielten. Dadurch sind die Naturwälder bereits stark dezimiert worden. Dies verstärkt den Druck auf die verbliebenen Wälder im oberen Wassereinzugsgebiet, und der massive Kahlschlag bedroht das Ökosystem.

Der Kenya Forest Service erklärte, dass die Regierung den Mau-Forest-Komplex beschlagnahmen will, da der „Wasserturm“ mit der Zerstörung des Waldes konfrontiert und deshalb ein Wiederaufforstungsprogramm geplant sei.

Daraufhin zogen die Ogiek vor Gericht, um ihre Landrechte durchzusetzen und gewannen. Zwei bahnbrechende Urteile des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestätigten die Landrechte der Ogiek am Mau-Forest. Im Urteil von 2017 wurde festgestellt, dass die Regierung die Landrechte der Ogiek verletzt hat, und die entscheidende Rolle der Ogiek bei der Erhaltung und dem Schutz des Mau-Forest wurde ausdrücklich anerkannt.

Unter Verletzung dieses Urteils fuhr die kenianische Regierung jedoch fort, Ogiek-Gemeinschaften aus dem Mau-Wald zu vertreiben. Die Ogiek brachten daraufhin ihren Fall erneut vor den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Im Jahr 2022 erließ der Gerichtshof ein Entschädigungsurteil, in dem er festlegte, was die Regierung den Ogiek für die Nichteinhaltung des Urteils von 2017 schuldet.

**„Das Gericht stellte auch klar, dass der Naturschutz keine Rechtfertigung für eine Räumung darstellt. Es ist äußerst besorgniserregend, dass die Regierung nicht nur keine Schritte unternommen hat, um die Urteile des Gerichtshofs umzusetzen, sondern auch Schritte unternommen hat, die ihnen direkt zuwiderlaufen, unter anderem durch diese Räumungen“**, sagte Lucy Claridge, Direktorin des International Lawyers Project.

Indigene Völker werden von der kenianischen Regierung als potenzielle Bedrohung für die Natur angesehen, sie werden von ihrem Land vertrieben und die Gebiete militarisiert, um sie an der Rückkehr zu hindern, obwohl sie – wie auch der Oberste Gerichtshof bestätigt hat – die besten Hüter\*innen des Mau-Forest sind und es keine Beweise dafür gibt, dass die Regierung die biologische Vielfalt im Mau-Forest besser schützen kann, als es die Ogiek bereits tun. Der Naturschutz kann nicht als Vorwand für die Vertreibung indigener Völker von ihrem angestammten Land dienen.

Entgegen den Behauptungen der Regierung, dass das Land der Ogiek für „Erhaltungszwecke“ benötigt wird, ist die Sicherung der Rechte indigener Ogiek auf Leben, Kontrolle und Pflege ihres Landes der wirksamste Weg zur Biodiversität und zum Schutz des Waldes.

---

<sup>2</sup> Pressemitteilung vom 03.11.2023, <https://www.forestpeoples.org/en/2023/press-release/Ogiek-face-humanitarian-crisis-as-Kenyan-government-evicts-them-in-direct-violation>

Klimabezogene Fonds und Projekte von internationalen Geldgebern treiben die Räumungen voran. So setzt u. a. der WWF im Mau-Forest ein Projekt zur Wiederherstellung des Mau-Forest um 10.000 Hektar degradierter Naturwaldflächen sollen aufgeforstet und als Schutzzone ausgewiesen werden.

**„Den internationalen Geldgebern zum Schutz der „Wassertürme“ und anderer Gebiete sollte bewusst sein, dass ihre Projekte Menschenrechtsverletzungen und keine echten Naturschutzbemühungen unterstützen“**, erklärte Eunice Chepkemoi, Mitglied der Ogiek of Mau-Gemeinschaft und der East Africa Women-Led Assemblies.

Quellen:

<https://www.africa-live.de/kenia-regierung-vertreibt-indigene-ogiek-aus-ihren-angestammten-waeldern/>, 07.11.2023

Pressemitteilung vom 23.06.2023, Indigene Ogiek in Kenia feiern Entschädigungsurteil

<https://www.forestpeoples.org/en/press-release/06-2022/ogiek-kenya-celebrate-reparations-judgement>

Pressemitteilung vom 26.05.2020, <https://www.forestpeoples.org/en/Kenya-Ogiek-still-excluded-from-forest-three-years-after-land-rights-win>

<https://iprights.org/index.php/en/all-news/mas-de-140-personas-defensoras-de-los-derechos-humanos-de-todo-el-mundo-piden-el-fin-de-los-desalojos-forzados-del-pueblo-ogiek-del-bosque-de-mau>, 10.11.2023

<https://www.africa-live.de/kenia-stecken-co2-zertifikate-hinter-den-vertreibungen-indigener-bevoelkerung/>, 30.11.2023

Rosie Hofstetter

Themenkooperationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# INDIEN

## BAUXITMINE AUF INDIGENEM LAND

Im rohstoffreichen Osten Zentralindiens kommt es bei Bergbauprojekten immer wieder zu Konflikten zwischen Staat, Konzernen und der ortsansässigen Bevölkerung. Im Folgenden geht es um eine Bauxitmine in Odisha. Hierbei handelt es sich nur um ein Beispiel unter vielen ähnlich gelagerten Fällen.

Im Februar 2023 wurde eine Konzession zum Bauxitabbau<sup>1</sup> im Süden des ostindischen Bundesstaats Odisha<sup>2</sup> vergeben. Den Zuschlag erhielt der Vedanta-Konzern, der unweit des über 1.549 Hektar umfassenden Bauxitvorkommens bereits eine Fabrik zur Verarbeitung von Bauxit betreibt.<sup>3</sup> Vedanta hob in einer Presseerklärung hervor, die Erschließung des Vorkommens würde Odishas Aluminiumindustrie stärken und zur Schaffung von rund 400.000 Arbeitsplätzen beitragen.<sup>4</sup>

Eine Bauxitmine des Konzerns in den nahegelegenen Niyamgiri-Hügeln wurde 2014 durch die indigenen Dongria Kondh abgelehnt, nachdem das Oberste Gericht Indiens entschieden hatte, dass deren Zustimmung erforderlich sei.<sup>5</sup> Die Fabrik des Vedanta-Konzerns ist durch das Vereiteln dieses Projekts derzeit auch auf Bauxit-Importe angewiesen.<sup>6</sup>

Das nun in den Sijimali-Hügeln geplante Projekt wäre demnach ebenso auf die Zustimmung der lokalen, indigenen Bevölkerung angewiesen. Erfolgt ist diese Zustimmung bislang nicht.

Im Juli, also nach Vergabe der Konzession an Vedanta, änderte die indische Regierung den *Forest Conservation Act* so, dass diese Zustimmung nicht mehr in allen Fällen vorgeschrieben sein wird. Einige Aktivist\*innen kritisierten, hiermit ermögliche es die Regierung einigen Konzernen, das Land indigener Gemeinschaften zu übernehmen.<sup>7</sup>

Für das Projekt müssten rund 100 vorwiegend indigene Familien umgesiedelt werden, weitere 500 in insgesamt 18 Dörfern wären in ihrem Lebenswandel direkt betroffen. Die lokale Bevölkerung fürchtet unter anderem, dass die für ihre Landwirtschaft unverzichtbare Wasserversorgung gefährdet würde. Außerdem haben die Hügel für die lokale Bevölkerung eine wichtige religiöse Bedeutung, denn sie bezeichnen Sijimali als ihre Göttin. Durch die Mine sehen sie ihre Religion in Gefahr.<sup>8</sup> Ebenso kritisieren

---

<sup>1</sup> Bauxit wird vorwiegend zur Gewinnung von Aluminium genutzt.

<sup>2</sup> Der Staat ist auch als „Orissa“ bekannt, was näher an der Aussprache des Namens ist.

<sup>3</sup> Siehe dazu Debarata Mohanty: Public hearing for Vedanta's mining ends abruptly amid opposition by villagers, Hindustan Times, 16.10.2023, <https://www.hindustantimes.com/cities/others/public-hearing-for-vedanta-s-mining-ends-abruptly-amid-opposition-by-villagers-101697471759822.html>, [13.11.2023].

<sup>4</sup> Siehe Debarata Mohanty.

<sup>5</sup> Siehe hierzu unter anderem Survival International: Die Dongria Kondh, <https://www.survivalinternational.de/indigene/dongria#main>, [14.11.2023].

<sup>6</sup> Siehe Siba Mohanty: A race for Odisha's bauxite treasure, 15.10.2023, The New Indian Express, <https://www.newindianexpress.com/good-news/2023/oct/15/a-race-for-odishas-bauxite-treasure-2624118.html>, [13.11.2023].

<sup>7</sup> Siehe: Subhashish Mohanty, Basant Kumar Mohanty: Odisha – Tribal groups protest against lease of forestland to Vedanta, Adani for bauxite mining, The Telegraph online, 19.09.2023, <https://www.telegraphindia.com/india/odisha-tribal-groups-protest-against-lease-of-forestland-to-vedanta-adani-for-bauxite-mining/cid/1967240>, [14.1.2023].

<sup>8</sup> Siehe Debarata Mohanty.

sie, dass bisherige Bergbauprojekte in der Region nicht die versprochenen wirtschaftlichen Vorteile für die indigene Bevölkerung gebracht hätten.<sup>9</sup> Teile des Gebiets liegen zudem in einem Wildtierreservat. Das geplante Roden von fast 700 Hektar Wald wird vermutlich auch die lokale Biodiversität stark beeinträchtigen.

In den vergangenen Monaten gab es wiederholt Proteste der betroffenen Bevölkerung gegen das Projekt, zuletzt im Kontext einer öffentlichen Anhörung zu Umweltimplikationen, die aufgrund der Proteste abgebrochen wurde.<sup>10</sup>

Zugleich haben polizeiliche Repressionen gegen die betroffenen Menschen und Aktivist\*innen zugenommen. In den vergangenen Monaten kam es zu einer Verhaftungswelle. Mehr als 90 Menschen wurden diverser Vergehen beschuldigt, darunter unter anderem auch Mord, Vergewaltigung und Kontakte zu maoistischen Guerillagruppen.<sup>11</sup> <sup>12</sup> Die Betroffenen sehen hierin eine Einschüchterungstaktik durch staatliche Stellen.<sup>13</sup> Zumindest einige der Terrorismusvorwürfe<sup>14</sup> wurden mittlerweile zurückgezogen.<sup>15</sup>

Einige Beschuldigte kamen gegen Kautionszahlungen frei. Diese stellen für die ohnehin eher arme Bevölkerung eine zusätzliche Belastung dar.

Vor Ort soll nicht nur die Bevölkerung eingeschüchtert werden, es wird auch von regelmäßigen Polizeikontrollen gegen Ortsfremde berichtet, zudem sollen Journalist\*innen durch Beauftragte von Vedanta beobachtet werden. Des Weiteren sollen Beschäftigte des Unternehmens versucht haben, die lokale Bevölkerung durch Zahlungen zur Zustimmung zu bewegen.<sup>16</sup>

Auch die Oppositionsparteien in Odisha kritisierten das Vorgehen als willkürliche Einschüchterung der indigenen Bevölkerung.<sup>17</sup>

Trotz der ausstehenden „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ zum Bauxitabbau-Projekt kursieren Vorwürfe, dass eine von Vedanta beauftragte Baufirma bereits mit den Arbeiten an der Mine begonnen hätte.<sup>18</sup>

David Weiß

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>9</sup> Siehe Debarata Mohanty.

<sup>10</sup> Siehe dazu Debarata Mohanty.

<sup>11</sup> Die Maoisten hatten sich zuvor auch gegen das Projekt ausgesprochen.

<sup>12</sup> Siehe Debarata Mohanty.

<sup>13</sup> Siehe Debarata Mohanty.

<sup>14</sup> Der dazu genutzte *Unlawful Actions Prevention Act* (UAPA) wird regelmäßig für die Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit genutzt und widerspricht internationalen Menschenrechtsstandards. Es wurde u. a. auch für die Inhaftierung mehrerer Aktivisten infolge der Bhima-Koregan-Proteste genutzt, für deren Freilassung sich Amnesty einsetzt. Amnesty hat sich wiederholt gegen den Missbrauch von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung ausgesprochen, siehe zuletzt Amnesty International: India- Stop Abusing Counterterrorism Regulations, 03.11.2023, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/india-stop-abusing-counterterrorism-regulations/>, [14.11.2023].

<sup>15</sup> Siehe Groundxero: An Update on Sijimali struggle against Bauxite mining by Vedanta, 01.11.2023, <https://www.groundxero.in/2023/11/01/an-update-on-sijimali-struggle-against-bauxite-mining-by-vedanta/>, [14.11.2023].

<sup>16</sup> Siehe Groundxero.

<sup>17</sup> Siehe Vikah Sharma: Resentment erupts over Vedanta's bauxite mining at Sijimali in Odisha, Odishatv.in, 05.09.2023, <https://odishatv.in/news/odisha/resentment-erupts-over-vedanta-s-bauxite-mining-at-sijimali-in-odisha-214162>, [13.11.2023].

<sup>18</sup> Siehe Vikah Sharma.

# BANGLADESCH

## GERICHTSVERFAHREN GEGEN DIE CHT REGULATION 1900

Die Internationale Kommission für die Chittagong Hill Tracts (CHTC) bringt in einer Presseerklärung am 27. September 2023 ihre tiefe Besorgnis über die laufenden Klagen gegen die Chittagong Hill Tracts Regulation 1900 zum Ausdruck. Die CHT Regulation 1900 stammt aus der Kolonialzeit und garantiert dem Gebiet der CHT und den dort lebenden indigenen Völkern einen besonderen Schutz. Immer wieder werde mit Gerichtsverfahren versucht, die Gültigkeit dieser Verordnung infrage zu stellen. Dabei habe die Berufungskammer des Obersten Gerichtshofs von Bangladesch im November 2016 die Chittagong Hill Tracts Regulation 1900 zum gültigen und wirksamen Gesetz erklärt. In einem weiteren Gerichtsverfahren im Jahr 2017 wurde die Gültigkeit der Verordnung abermals bestätigt. Im Jahr 2018 hätten jedoch zwei bengalische Siedler beide Urteile vor dem Obersten Gerichtshof durch Prüfanträge angefochten. Diese Anträge, die nur in Ausnahmefällen zugelassen werden, wurden bisher nicht abgelehnt.

In der CHT-Vereinbarung, die 1997 nach einem langen bewaffneten Konflikt vereinbart wurde, hat man die CHT Regulation 1900 ebenfalls anerkannt und festgeschrieben, dass im Falle von Änderungen Beratungen durch die lokalen Behörden notwendig seien. Der Minister für Angelegenheiten der Chittagong Hill Tracts, Bir Bahadur Ushwe Sing, hat diesen Tatbestand ebenfalls betont.

Die CHT-Kommission ruft alle Beteiligten dazu auf, im Einklang mit dem CHT-Abkommen von 1997, der ILO-Konvention 107<sup>1</sup>, der Bangladesch beigetreten ist, und der Verfassung von Bangladesch das kulturelle und historische Erbe der indigenen Völker in den CHT zu schützen.

Ruth Oelgeklaus  
Koordinationsgruppe Bangladesch

---

<sup>1</sup> Die ILO-Konvention 107 wurde im Zuge einer zunehmenden Sorge über die Menschenrechtssituation nach dem Zweiten Weltkrieg ausgearbeitet. Sie ist in den Ländern, die sie ratifiziert haben, immer noch rechtlich bindend, wurde aber inzwischen in vielen Ländern durch die ILO-Konvention 169 ersetzt.

# AUSTRALIEN

AMNESTY INTERNATIONAL – PETITION

## IM KAMPF GEGEN DIE STEIGENDEN MEERESSPIEGEL



Die indigenen Inselbewohner in der Torres-Straße Onkel Pabai und Onkel Paul werfen der australischen Regierung unzureichende Klimaschutzmaßnahmen vor. © Amnesty International

**Schreiben Sie an den australischen Premierminister und verlangen Sie, dass die Rechte der Indigenen-Gemeinden in der Torres-Straße geschützt werden: Die Kohlenstoffemissionen müssen im Einklang mit der weltweiten Verpflichtung zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C und in Übereinstimmung mit den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen rasch reduziert werden.**

### PETITIONSTEXT:

Sehr geehrter Herr Premierminister,

zum Schutz der Torres-Straße und der Menschenrechte ihrer indigenen Bewohner\*innen fordere ich Ihre Regierung auf, angemessene und menschenrechtskonforme Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen. Ich appelliere an Sie, die Kohlenstoffemissionen im Einklang mit der weltweiten Verpflichtung zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C und auf Basis der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse rasch zu reduzieren.

Ihre Regierung erklärt derzeit, dass sie die Emissionen bis 2030 um 43 % unter das Niveau von 2005 senken wird. Das reicht nicht aus, um die Inseln der Torres-Straße zu retten. Führende Klimawissenschaftler\*innen des "Climate Targets Panel" haben errechnet, dass die australischen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 74 % reduziert werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

**"Wenn wir zu Klimaflüchtlingen werden, verlieren wir alles: unser Zuhause, unsere Gemeinschaft, unsere Kultur, unsere Geschichten und unsere Identität", sagt Onkel Paul. Onkel Pabai und Onkel Paul sind indigene Bewohner der Inseln Boigu und Saibai in der Torres-Straße. Ihre Vorfahren lebten seit Tausenden von Jahren hier. Doch jetzt sind die Inselbewohner\*innen in Gefahr, durch den steigenden Meeresspiegel alles zu verlieren.**

Onkel Pabai und Onkel Paul sind Gemeindevorsteher der Guda Maluyigal Nation. In der Gemeinde werden sie zum Zeichen des Respekts "Onkel" genannt. Die beiden haben sich an die Justiz gewandt. Sie werfen der australischen Regierung vor, keine ausreichenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Zerstörung ihrer Gemeinden und ihrer Kultur durch den Klimawandel zu verhindern.

Der steigende Meeresspiegel verursacht jedes Jahr größere Zerstörungen. Das Wasser unterspült Strände, zerstört heilige Kulturstätten und Friedhöfe der Guda Maluyigal Nation, vernichtet die Gärten, in denen sie ihre Nahrungsmittel anbauen und gefährdet die gesamte Infrastruktur der Insel. Damit sind ihre Lebensweise, ihr traditionelles Wissen und ihre kulturellen Praktiken bedroht, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden.

Die australische Regierung muss dringend geeignete Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, damit die Inselbevölkerung in der Torres-Straße nicht gezwungen ist, ihre Heimat zu verlassen. Dies wäre für die indigenen Gemeinden verheerend.

### **Fordern Sie Australien auf, dringend Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.**

Zeigen Sie Onkel Pabai, Onkel Paul und ihren Gemeinden, dass Sie sie unterstützen!

Senden Sie ihnen Solidaritätsbotschaften und zeigen Sie den Bewohner\*innen der Torres-Straße, dass sie in ihrem Kampf um den Schutz ihrer Heimatinseln nicht allein sind.

#### Adresse:

Uncle Pabai and Uncle Paul  
c/o Amnesty International Australia Locked bag 23  
Broadway, NSW, 2007 AUSTRALIEN

**Über diesen Link können Sie sich auch online an der Briefmarathon-Kampagne 2023 von Amnesty International für Onkel Pabai, Onkel Paul beteiligen:**

<https://www.amnesty.de/australien-indigene-pabai-paul-im-kampf-gegen-die-steigenden-meeresspiegel?ref=981377>

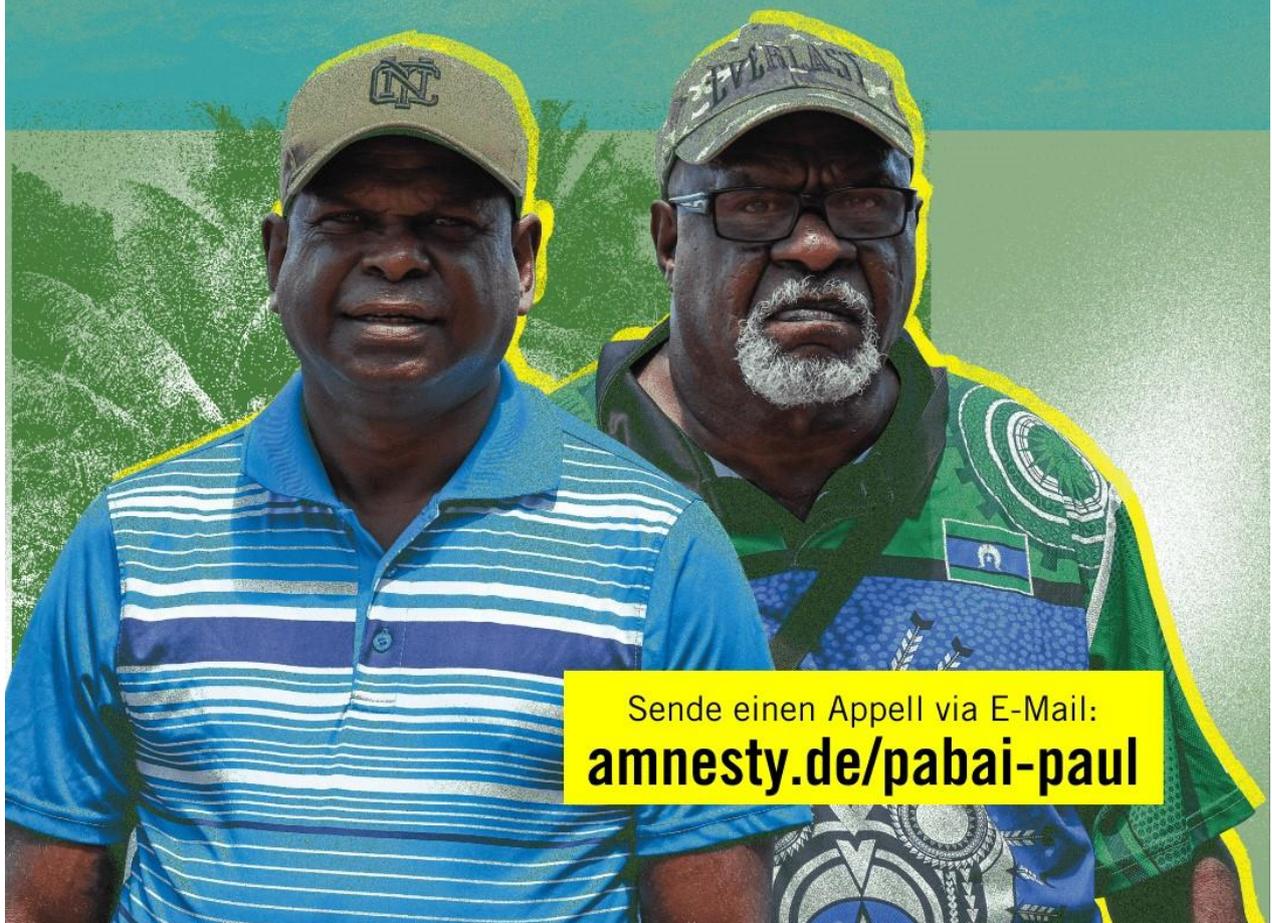
**SCHREIB  
FÜR  
FREIHEIT**

BRIEFMARATHON  
15.11. – 22.12.2023

AMNESTY  
INTERNATIONAL 

 **Australien**

# KLIMASCHUTZ FÜR DIE GEMEINDE VON ONKEL PABAI & ONKEL PAUL!



Sende einen Appell via E-Mail:  
**[amnesty.de/pabai-paul](mailto:amnesty.de/pabai-paul)**

# ABLEHNUNG DES REFERENDUMS ZUR MITBESTIMMUNG DER INDIGENEN IM PARLAMENT: „*THE VOICE*“

**"Wir sind die letzten, die gehört werden, die letzten, die gezählt werden. Wir wollen nicht mehr die letzten sein; wir wollen gleichberechtigt sein."** Aunty Ruth Dunn<sup>1</sup>

Am 14. August 2023 fand das Referendum über *The Voice* statt. *The Voice* sollte ein beratender Körper im Parlament werden, wodurch indigene Australier\*innen im Parlament eine verfassungsmäßig verankerte Stimme erhalten hätten und sie so offiziell anerkannt worden wären. (1) Für die Einführung war ein Referendum in Form einer Volksabstimmung nötig mit der Fragestellung, ob die Verfassung dahingehend geändert werden soll. 60 % der Wähler\*innen lehnten das Referendum ab.

Zu diesem Ergebnis hat sicher auch die massive vorherige Einflussnahme verschiedener Interessengruppen beigetragen. So gab es diverse irreführende und falsche Informationen über das Ziel dieses Referendums, um die Wähler\*innen entsprechend zu beeinflussen.

Es bildeten sich im Vorfeld der Abstimmung vor allem drei Gruppierungen:

- **Yes:** Sie sahen den Zweck von *The Voice* darin, den Stimmen der indigenen Australier\*innen bei Entscheidungen im Parlament Gehör zu verschaffen.
- **Progressive No:** Ihnen ging *The Voice* nicht weit genug.
- **No:** Ihnen ging *The Voice* zu weit.

Die **Yes**-Gruppierung sah als Ziel des Referendums u. a. darin, dass die indigenen Australier\*innen bei allen Maßnahmen, die sie betreffen, ein Mitspracherecht haben. So könnten sie die Regierung z. B. bei Fragen der Gesundheit, Erziehung und Wohnsituation der indigenen Bevölkerung beraten. Da ihre Stimme verfassungsmäßig verankert wäre, könnten zukünftige Regierungen sie nicht einfach per Referendum abschaffen. (2)

**„Wir brauchen eine Stimme, die unsere Leute, unsere Kultur und unsere Nation repräsentiert.“** Aunty Ruth Dunn<sup>2</sup>

Amnesty International hat sich zum Referendum geäußert, u. a. mit verschiedenen Aktionen und einem internationalen „Walk for Yes“. Die „Walks for Yes“ waren überall in Australien und sogar in London und New York eine kraftvolle Demonstration der Unterstützung für ihre Stimme im Parlament.

Die **Progressive No-Gruppe** befürchtete, dass das *The Voice*-Referendum nur als eine symbolische Beteiligung verstanden werden könnte und ihre Stimme im Parlament ignoriert würde. Es gab Skepsis darüber, ob die Stimme tatsächlich das Leben der Indigenen verbessern und nicht eher ihre Souveränität beeinträchtigen würde.

Es gab also nicht nur einen Grund, die Stimme für **No** abzugeben.

---

<sup>1</sup> Caitlin Fitzsimmons and Jack Latimore, "Raising Indigenous voices on a Voice to parliament", The Sydney Morning Herald, January 20, 2023 <https://www.smh.com.au/national/raising-indigenous-voices-on-a-voice-to-parliament-20221213-p5c604.html>

<sup>2</sup> ebd.

Die Argumentation der **No**-Gruppierung bezog sich vor allem auf ihre Sorge, dass durch *The Voice* der Aspekt der Ethnizität mit in die Verfassung eingebracht werden könnte, was die Kluft zwischen Australier\*innen erweitern würde. *The Voice* wäre ein erster Schritt hin zu „radikaleren“ Veränderungen wie etwa die Reparationen für die Geschehnisse während der Kolonisation. (2) Es gäbe nicht genug Informationen dazu, wie *The Voice* implementiert werden soll. (3) Unter den **No**-Befürworter\*innen waren offenbar auch sogenannte „Alt-Right“-Anhänger\*innen, also extreme Rechte.

Die sehr kleine Gruppierung um die **No**-Befürworter\*innen führte eine aggressive mediale Kampagne. Von ihr wurden massiv Fehlinformationen veröffentlicht, um ihre Position bei der Abstimmung zum Erfolg führen zu können.

Bereits im September 2022 legte Amnesty International ein Dokument (4) vor, welches die Gefahren von Fehlinformationskampagnen darlegt. Nun haben sie leider auch das Referendum über *The Voice* beeinflusst.

Quellen:

- (1) [Amnesty International Australia: FAQ International zum The Voice to Parliament](#)
- (2) [SBS News: Übersicht über die jeweiligen Yes- oder No-Argumente](#)
- (3) [The Guardian: Misinformation Fact Checked](#)
- (4) [Amnesty International: A Human Rights Approach to Tackle Disinformation](#)

Rosie Hofstetter

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# NEUSEELAND

## MÄORI VON MENSCHENRECHTS- VERLETZUNGEN BEDROHT

EINE ZUSAMMENFASSUNG DER GEMEINSAMEN PRESSEMITTEILUNG VON JUSTSPEAK<sup>1</sup> UND AMNESTY INTERNATIONAL AOTEAROA NEUSEELAND VOM 23. JUNI 2023

Die *Human Rights Measurement Initiative* hat am 22. Juni 2023 neue Analysen zur Menschenrechtssituation in Aotearoa veröffentlicht. Aotearoa ist die Bezeichnung der Māori für Neuseeland. Die Analysen zeigen u. a. erhebliche Probleme im Rechtssystem und widersprechen der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP). So sind Inhaftierte nicht sicher vor Misshandlungen und Einzelhaft. Junge Māori und Pasifika<sup>2</sup> sind besonders von willkürlichen Maßnahmen bedroht. Einmal im Rechtssystem „gefangen“, gelangen vor allem Jugendliche nicht mehr hinaus.

Vor über zehn Jahren unterzeichnete Aotearoa die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker. Seit Unterzeichnung ist die Regierung verpflichtet, die Rechte indigener Völker zu verwirklichen – beschloss allerdings im Dezember 2022, die Arbeit an einem Umsetzungsplan auf Eis zu legen.

Den im Juni 2023 veröffentlichten Analysen der *Human Rights Measurement Initiative* zufolge, ist das durch die UN-Erklärung garantierte Recht auf Selbstbestimmung für die Gemeinschaften der Māori eingeschränkt. Dies wird insbesondere auf eine weit verbreitete Diskriminierung, die die Māori ausgrenzt, zurückgeführt. Die geschäftsführende Direktorin von *JustSpeak*, Aphiaphy Forward-Taua, sagt, dass die Regierung Māori-geführte Lösungen ignoriere, die zu einem transformativen Wandel in Aotearoa führen können. Sie beschreibt das neuseeländische Rechtssystem als ein Labyrinth ohne Ausgänge. Wenn Menschen erst einmal in dieses System hineingeraten, erhielten sie nur selten die Unterstützung, die sie bräuchten, um auch wieder hinauszufinden. Aotearoa brauche ein Rechtssystem, das den Vertrag von Waitangi aufrechterhält. Dieser Vertrag aus dem Jahr 1840 wurde zwischen der britischen Krone und den Māori abgeschlossen und ist einer der ältesten Verfassungsurkunden Neuseelands. Damit gaben die Māori ihre Souveränität auf und wurden britische Staatsbürger\*innen. Neuseeland wurde britische Kronkolonie.

Die Analysen der *Human Rights Measurement Initiative* zeigen, dass es seit 2017 tendenziell mehr willkürliche Verhaftungen und Misshandlungen gibt, was dem Verbot von willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlung entgegensteht. Lisa Woods, Direktorin für Kampagnen bei Amnesty International Aotearoa Neuseeland fordert: „Die Regierung muss dringend die Ursachen für diesen Rückschritt untersuchen und den Menschenrechten oberste Prioritäten einräumen.“

Amnesty International Aotearoa Neuseeland und *JustSpeak* haben im Juni 2023 ein gemeinsames Dokument beim UN-Ausschuss gegen Folter eingereicht. Die Organisationen äußern hierin unter anderem Bedenken, dass die Menschenrechte in neuseeländischen Gefängnissen konsequent eingehalten

---

<sup>1</sup> JustSpeak ist eine von Jugendlichen getragene Organisation, die sich für einen Wandel in der Strafjustiz einsetzt.

<sup>2</sup> Die Pasifika sind eine ethnische Gruppe, die von den Pazifischen Inseln außerhalb von Neuseeland stammen und mit den dortigen indigenen Völkern verbunden sind. Nach einer Jahrzehntelangen Migrationsgeschichte sind heute viele in Neuseeland geboren.

werden. Es gibt zum Beispiel Bedenken, ob den Inhaftierten ausreichend Zeit außerhalb der Zelle und ein angemessener Zugang zu einem Rechtsbeistand ermöglicht wird. Anlass zur Sorge bereiten außerdem die Anwendung von Zwangsmaßnahmen, wie die Trennung und Isolierung von Inhaftierten. Die Gefängnisinspektionsbehörde (Office of the Inspectorate) stellte in einem kürzlich erschienenen Bericht fest, dass in der Vergangenheit wahrscheinlich viele Inhaftierte in Einzelhaft untergebracht waren.

Im September 2022 veröffentlichten die Unabhängige Behörde für das Verhalten der Polizei (Independent Police Conduct Authority) und der Datenschutzbeauftragte (Privacy Commissioner) die Ergebnisse einer gemeinsamen Untersuchung zum Verhalten der Polizei beim Fotografieren von Bürger\*innen. „Dieser Bericht gab Anlass zu ernststen Bedenken, insbesondere zum Racial Profiling“, so Lisa Woods von Amnesty International Aotearoa. Im Jahr 2022 wurden offenbar insbesondere junge Māori und Pasifika ohne ihre Erlaubnis von der Polizei fotografiert. Vermutlich sind sie von willkürlicher oder politisch motivierter Verhaftung und Inhaftierung besonders bedroht. Es bedarf einer effektiven Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften der Māori, um den Umgang der Polizei mit Kindern und Jugendlichen zu regeln und um Fortschritte bei der Einhaltung der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker zu erzielen.

Die *Human Rights Measurement Initiative* berechnete das Maß, in dem Kinder in ihrer Gemeinschaft sicher vor Gewalt sind. 0 zeigt die geringste Sicherheit an und 10 die höchste. In der Analyse wurde die Sicherheit mit 4,3 bewertet. Zur Gewalt an Kindern tragen folgende Faktoren bei:

- häusliche Gewalt,
- körperliche und sexuelle Gewalt,
- psychische Auffälligkeiten oder Gefahr der Selbsttötung bei Kindern und Jugendlichen,
- die Auswirkungen von Covid-19,
- schlechte Wohnverhältnisse,
- mangelnde Gesundheitsversorgung,
- fehlende Verbindung zum kulturellen Erbe.

„Die Regierung muss sich dringend um die Probleme kümmern, denen Kinder und Jugendliche in Aotearoa ausgesetzt sind. Es ist an der Zeit, dass die Regierung erkennt, dass die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen ein wichtiger Schlüssel zu sinnvollen Veränderungen für die Zukunft von Aotearoa ist“, so Forward-Taua, geschäftsführende Direktorin von *JustSpeak*.

Übersetzt und zusammengefasst von Sarah Ahrens  
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

# BUCHTIPPS



**Simone Schlindwein:**

**Der grüne Krieg.  
Wie in Afrika die Natur auf Kosten  
der Menschen geschützt wird –  
und was der Westen damit zu tun  
hat**

Christoph Links Verlag (eine Marke  
der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG  
Berlin)

1. Edition, 28. März 2023

256 Seiten

ISBN 978-3-96289-188-6

Taschenbuch 20,00 €

eBook: 13,99 €

## Ein aufrüttelndes Buch

Weltweit werden immer mehr Naturräume unter Schutz gestellt. Das klingt nach einem wichtigen Beitrag zur Rettung des Planeten. Doch in diesen Gebieten leben Millionen Menschen. Im Globalen Süden wird den Ärmsten ein Großteil ihres fruchtbaren Ackerlandes weggenommen. Geht Artenvielfalt auf Kosten von Menschenrechten?

Simone Schlindwein hat mehr als ein Jahr im Kongo und in Uganda recherchiert, nicht selten unter Lebensgefahr. Sie berichtet davon, wie Nationalparks zu Festungen ausgebaut werden und hochgerüstete Wildhüter immer häufiger Gewalt gegen Indigene und örtliche Bauern anwenden. Als Geldgeber sind darin westliche Länder wie Deutschland verstrickt, deren Rüstungskonzerne zugleich von der Militarisierung des Naturschutzes profitieren. Dabei gäbe es zu westlichen Schutzkonzepten durchaus afrikanische Alternativen.

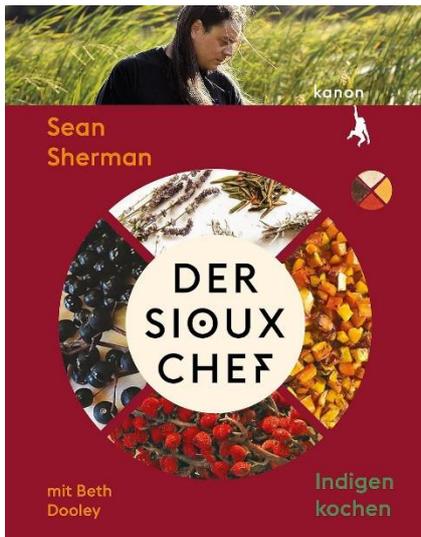
### Zur Autorin:

**Simone Schlindwein**, Jahrgang 1980, lebt seit 2008 in Uganda und ist Korrespondentin der Tageszeitung (taz) für die Region der Großen Seen: DR Kongo, Ruanda, Burundi, Uganda, Zentralafrikanische Republik, Südsudan. Von 2006 bis 2008 war sie u. a. Moskau-Korrespondentin des *Spiegel*. Für ihre Arbeit wurde sie u. a. mit dem Journalistenpreis »Der lange Atem« sowie dem Otto-Brenner-Preis ausgezeichnet. Zuletzt veröffentlichte sie die Bücher »Diktatoren als Türsteher Europas« (mit Christian Jakob) und »Tatort Kongo« (mit Dominic Johnson und Bianca Schmolze).

### Presse:

»Simone Schlindweins bahnbrechende Recherchen gehören ganz oben auf die Agenda des globalen Naturschutzes.«

*Dominic Johnson, die tageszeitung*



**Sean Sherman + Beth Dooley:  
Der Sioux-Chef – Indigen kochen**

Aus dem Amerikanischen von  
Sabine Franke  
232 Seiten, gebunden  
Originalausgabe:  
The Sioux Chef's Indigenous Kitchen  
Minnesota Press, 2017  
ISBN 978-3-98568-082-5  
€ 38,00 (D) / € 39,10 (A)

**Grundgesunde Süßkartoffeln mit Ahorn Chili Crunch**

*»Dieses Kochbuch widme ich unseren Vorfahren und allen indigenen Menschen, die jahrhundertlang unter dem Kolonialismus gelitten haben. Wir, die First Nations Nachfahren, geben unser Wissen, unsere Lebensmittel und unsere Heilmittel an alle künftigen Generationen weiter.«*

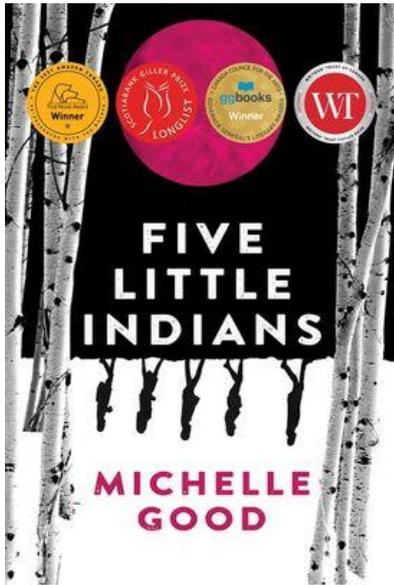
Das erste Kochbuch seiner Art auf Deutsch: Der Spitzenkoch von der Oglala Lakota Sioux Nation Sean Sherman erfindet eine der ältesten und gesündesten Küchen neu: indigene, gluten-, milch-, zuckerfreie Rezepte. Leicht nachzukochen.

Sean Sherman ist Botschafter eines neuen indigenen Selbstbewusstseins. Die Gerichte des Sioux-Chefkochs umfassen u.a. Wildbret, Wacholder, Salbei, Fisch, Pflaumen und eine Fülle von Kräutern. Zu seinen Rezepten gehören etwa gegrillte Wildreiskuchen, Drei-Schwestern-Salat oder geröstetes Mais-sorbet. Seine Philosophie reicht weit über seine Heimat hinaus. Es ist eine Küche der tiefen Verbundenheit mit der Natur, dem Respekt vor Pflanzen und Tieren. Sie setzt auf Selbstversorgung, ist hyperlokal, ultrasaisonal und supergesund. Sie ist von Natur aus niedrigglykämisch, eiweißdivers, salzarm, pflanzlich – und vor allem absolut köstlich.

Zu den Autoren:

**Sean Sherman**, geb. 1974, wuchs im Pine Ridge-Reservat auf. Früh lernte er zu jagen und Pflanzen zu sammeln. Er arbeitete sich zum Chefkoch hoch. Mit 29 hatte er ein Burn-out und trat seine Reise zu seinen kulinarischen Wurzeln an. Sein Owamni in Minneapolis wurde 2022 zum besten Restaurant der USA gewählt, seine Küche macht weltweit immer mehr Schule.

**Beth Dooley** ist Autorin vieler preisgekrönter Kochbücher.



**Michelle Good:**

**Five Little Indians**

Herausgeber: Harper Perennial

(14.08.2020)

Sprache: Englisch

304 Seiten

ISBN 978-1-44345-918-1

22,99 CAD

Klappentext – übersetzt aus dem Englischen:

Kenny, Lucy, Clara, Howie and Maisie wurden ihren Familien entrissen, als sie noch sehr klein waren und in eine abgelegene, von der Kirche geführte Internatsschule geschickt. Sie waren kaum aus dem Kindesalter heraus, als sie endlich nach Jahren der Gefangenschaft entlassen wurden.

Allein und ohne irgendwelche Fertigkeiten, Unterstützung oder Familien finden die Jugendlichen ihren Weg in die schäbige und fremde Welt von Downtown Eastside Vancouver, wo sie sich auf der Suche nach einem Ort der Sicherheit und Geborgenheit aneinander klammern in einer Welt, die sie nicht haben will. Die Wege der fünf Freund\*innen kreuzen und überkreuzen sich im Laufe der Jahrzehnte, während sie darum kämpfen, das Trauma, das sie in der Mission erlitten haben, zu überwinden oder zumindest zu vergessen.

Mit Mitgefühl und Einfühlungsvermögen schildert Five Little Indians die verzweifelte Suche der Überlebenden des Internats, um mit ihrer Vergangenheit ins Reine zu kommen und schließlich einen Weg nach vorn zu finden.

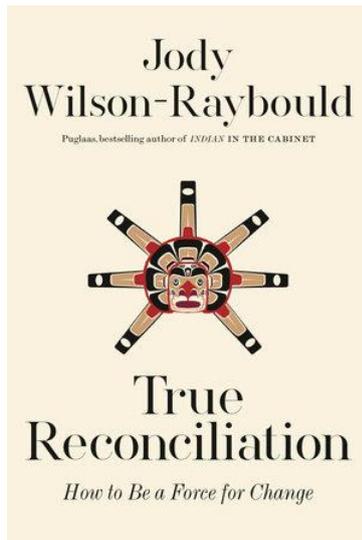
Zur Autorin:

**Michelle Good** ist eine Schriftstellerin mit Cree Vorfahren und Mitglied der Red Pheasant Cree Nation in Saskatchewan. Sie erhielt ihren Abschluss in Rechtswissenschaften, nachdem sie drei Jahrzehnte mit indigenen Gemeinschaften und Organisationen gearbeitet hat. Während sie noch als Anwältin praktizierte, erwarb sie ihren MFA in kreativem Schreiben an der UBC und gewann für diesen Roman 2018 den HarperCollins/UBC Prize for Best New Fiction. Ihre Gedichte, Kurzgeschichten und Essays wurden in Zeitschriften und Anthologien in ganz Kanada veröffentlicht. Michelle Good lebt und schreibt in South Central British Columbia.

Leseprobe:

[https://preview.aer.io/Five\\_Little\\_Indians-](https://preview.aer.io/Five_Little_Indians-)

[MjUxOTAx?social=1&retail=1&emailcap=0&imprint=harpercollinsca](https://preview.aer.io/Five_Little_Indians-MjUxOTAx?social=1&retail=1&emailcap=0&imprint=harpercollinsca)



**Jody Wilson-Raybould:  
True Reconciliation  
How to Be a Force for Change**

Verlag: McClelland & Stewart Inc.  
Erscheinungsdatum: 08.11.2022  
224 Seiten  
Sprache: Englisch  
ISBN 978-0-7710-0438-4  
Gebundene Ausgabe: 32,95 CAD

Klappentext – übersetzt und gekürzt:

Eine Frage wird Jody Wilson-Raybould häufiger als alle anderen von Kanadier\*innen gestellt: Was kann ich tun, um die Versöhnung voranzubringen? Es ist klar, dass die Menschen im ganzen Land konkrete und umsetzbare Maßnahmen ergreifen wollen, die echte Veränderungen bewirken. Wir müssen nur wissen, wie wir anfangen können. Dieses Buch bietet diesen nächsten Schritt. Für Wilson-Raybould ist das, was Einzelpersonen und Organisationen tun müssen, um wahre Versöhnung voranzutreiben, selbstverständlich, zugänglich und realisierbar. *True Reconciliation* ist in drei Kernpraktiken unterteilt - Lernen, Verstehen und Handeln -, die von Einzelpersonen, Gemeinschaften, Organisationen und Regierungen angewendet werden können.

Die Praktiken beruhen nicht nur auf den historischen und aktuellen Erfahrungen indigener Völker in ihrem Einsatz für Veränderung und Entkolonialisierung, sondern auch auf dem Verständnis und Fachwissen darüber, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, was wir heute richtig und falsch machen und was unsere gemeinsame Zukunft erfordert. Grundlegend für eine gemeinsame Denkweise ist ein Verständnis für die Erfahrungen indigener Völker in der Geschichte Kanadas. In der Art und Weise, die die Arbeit im Big House widerspiegelt, bietet *True Reconciliation* eine „mündliche“ Geschichte dieses Landes, erzählt durch indigene und nicht-indigene Stimmen aus unserer Vergangenheit und Gegenwart. Das Ziel von *True Reconciliation* besteht darin, das Land in einen Ort zu verwandeln, auf den wir alle stolz sein können.

Zur Autorin:

**Jody Wilson-Raybould**, P.C., O.B.C., K.C., war bis zu ihrem Rücktritt im Jahr 2019 unabhängiges Mitglied des Parlaments für Vancouver Granville, Justizministerin und Generalstaatsanwältin Kanadas, Ministerin für Veteranenangelegenheiten und stellvertretende Ministerin für nationale Verteidigung. Sie ist Direktorin der JWR Group, Anwältin, Fürsprecherin und Führungspersönlichkeit unter den indigenen Völkern Kanadas. Sie war Staatsanwältin auf Provinzebene, Ratsmitglied der We Wai Kai Nation, Vorsitzende der Finanzbehörde der First Nations und diente als Regionalchefin der Assembly of First Nations. Jody Wilson-Raybould ist eine Nachfahrin der Musgamagw Tsawataineuk und Laich-Kwil-Tach, die Teil der Kwakwaka'wakw sind. Sie ist Mitglied der We Wai Kai Nation. Ihr traditioneller Name, Puglaas, bedeutet "Frau, die von edlen Menschen geboren wurde".

Leseprobe:

<https://insight.randomhouse.com/widget/v4/?isbn=9780771004384&title=True%20Reconciliation&author=Jody%20Wilson-Raybould&width=600&refererURL=penguinrandomhouse.ca>

# FILM-FESTIVAL-TIPPS

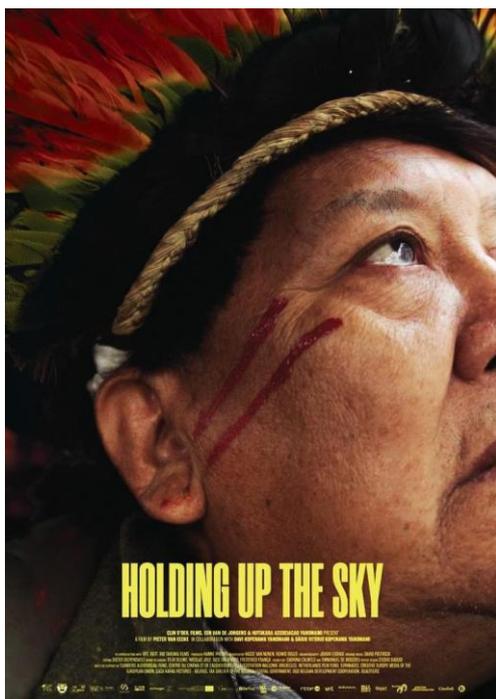
Die hier vorgestellten Film-Festivals sind zwar in diesem Jahr bereits gelaufen. Aber wer Interesse daran hat, möchte vielleicht recherchieren, wann diese im nächsten Jahr stattfinden werden.

Die *„11. Tage des Indigenen Films“* fanden vom 24.-26.11.2023 in **Rostock** statt.

Der globalisierungskritische Filmfestival *„globaLE“* in **Leipzig** fand vom 03.08.-31.10.2023 statt.

Das *„Human Rights Film Festival“* in **Berlin** wird zum Sprachrohr für indigene Filme. In diesem Jahr fand es vom 11.-22.10.2023 statt.

Zwei der bei den Film-Festivals gezeigten Filme werden auch als Stream online verfügbar sein:



## Holding up the Sky

Dokumentarfilm  
 Regie: Pieter van Eecke  
 Dauer: 80 Minuten  
 Produktionsjahr: 2023  
 Start: 05.11.2023  
 Verleih: Motivés e.V.

Wenn der Schamane aufhört zu tanzen und das Leben im Regenwald aus dem Gleichgewicht gerät, wird der Himmel auf die Erde stürzen und alles unter sich begraben. Dies ist Teil der Kosmologie der Yanomami im brasilianischen Amazonasgebiet. Aber Goldgräber\*innen vergiften die Flüsse, der Regenwald geht zugrunde und die Erde erwärmt sich immer weiter. Davi Kopenawa – Schamane, Stammesführer und bekannter Sprecher der Yanomami – reist unermüdlich um die Welt, um sein Volk vor den neuen Kolonist\*innen zu schützen. Werden die Weißen verstehen, dass der herabstürzende Himmel nicht nur die Yanomami vernichten wird?



**We Are Guardians**

Brasilien, USA 2023 – 84 Min.  
 Chelsea Greene, Edivan dos Santos Guajajara, Rob Grobman  
 Englisch, Portugiesisch mit Untertiteln

Mit dem Schicksal des Amazonasbeckens steht auch das Schicksal seiner indigenen Gemeinschaften auf dem Spiel: Seit 2014 wurden mindestens 600 indigene Landhüter\*innen beim Schutz ihrer Territorien ermordet. Der indigene Aktivist Puyr Temb  und der Landhüter Mar al Guajajara setzen sich zur Wehr: gegen die Bergbauindustrie und gegen Tausende von illegalen Eindringlingen, die jahrhundertalte Bäume für den Export f llen und seltene Ressourcen ausbeuten. Die gestohlenen Waren gehen ins Ausland, westliche Märkte profitieren massiv von Brasiliens größtem Umweltverbrechen.

Doch die Weisheit der indigenen Kulturen erinnert uns daran: Wir alle können – und müssen – H ter\*innen werden. Denn ohne das Amazonasbecken wäre unser Weltklima verloren.